

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 31. Januar 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Paul Singer zum Gedächtnis.

Heute jährt sich der Tag, da uns die schmerzliche Trauerboßhaft traf, daß Paul Singer einer Lungenentzündung erlegen sei.

Nie haben wir den großen Verlust dieser empfunden als gerade in diesen Tagen. Einen prachtvollen Sieg hat die Sozialdemokratie errungen. Als stärkste Partei zieht sie in den Reichstag. Stolz Gefühle werden unsere Fraktion bewegen, wenn sie in der nächsten Woche zu ihrer ersten Sitzung zusammentritt. Doch in das Gefühl der Genugtuung und der Freude wird sich auch der feurige Gedanke einmengen, daß ihr Präsident nicht mehr unter ihnen weilt, daß der Mann, der wie kein zweiter durch seine Ruhe, seine Geistesgegenwart und seine Befonnenheit zur Leitung der schwierigen und verantwortungsvollen Geschäfte dieses Amtes berufen war, daß Paul Singer diesen Tag nicht mehr erleben konnte.

Freilich, daß dieser Tag kommen werde, daran hat Paul Singer nie gezweifelt. Unererschütterlich war stets seine Siegeszuversicht, die aus der klaren Einsicht in das Wesen der Arbeiterbewegung und der Notwendigkeit ihrer Ziele beruhte. Als damals vor fünf Jahren die Hubschiffschiffen von den Mandatsverlusten einliefen, da hat Paul Singer keinen Moment lang die Fassung verloren und mit kühler Gelassenheit sagte er in jenen bösen Stunden den künftigen Sieg voraus. Und er selbst konnte noch erleben, wie seine Zuversicht recht behielt, wie bei jeder Nachwahl die sozialdemokratischen Stimmen emporschnellen und unserer Fraktion neue Kämpfer zuführte. Aber tragisch ist es, daß dieser Mann, dem die Partei alles war, sterben mußte, ohne den großen Triumph des 12. Januar noch sehen zu können.

Wir aber, wir gedenken gerade nach der gewonnenen Schlacht und am Vorabend neuer und harter Kämpfe mit Wehmut und in Treue dieses kypsern, aufrechten Mannes, der nie jagte und nie an feige Kompromisse dachte. Wir wissen, von den vielen Organisatoren, denen wir unser unaußholbares Fortschreiten zu verdanken haben, war Paul Singer einer der unermüdetsten und erfolgreichsten. In den Zeiten des Sozialistengehekes wie nach dem Fall des Ausnahmezustandes hat er sich vor allem jener täglichen politischen Arbeit gewidmet, die so unerlässlich ist für die Erringung der großen Erfolge. Er hat ein Hauptverdienst daran, wenn die Partei der Arbeit über die nötigen finanziellen Mittel und vor allem über die nötige Presse verfügt, die zur Führung unserer Kämpfe unerlässlich sind. Und des seine Verständnis, das er für politische Machtverhältnisse hatte, hat die Partei in vielen schwierigen Fragen oft vor Irrtümern und Irrwegen bewahrt.

Unvergessen ist auch die wichtige Stellung, die Paul Singer im Reichstage einnahm. Sei es, daß er in seiner klaren eindringlichen, wuchtigen Weise zum Ankläger gegen die bürgerliche Gesellschaft wurde, sei es, daß er in den Kommissionsberatungen mit eindringlicher Sachkenntnis sich zum Fürsprecher der Beamten und Arbeiter machte. Vor allem aber war Singer der anerkannte Meister der Geschäftsordnung, dessen Urteil auch für die Gegner Autorität besaß. Und mit Bewunderung sahen die Freunde, mit Schrecken die Feinde, zu welcher Woffe in die Hände Singers die Geschäftsordnung werden konnte, als der Obstruktionskampf gegen den Zolltarif entbrannt war.

Ein ganz besonderes inniges Band der Liebe aber hat die Berliner Arbeiterklasse mit ihrem verstorbenen Führer verbunden, war er doch einer ihrer Abgeordneten und der Führer ihrer kommunalen Vertretung. Und gerade auf dem Gebiete der städtischen Politik hat Singer bahnbrechend gewirkt. Seine ganze treue Sorgfalt hat er hier zu zeigen vermocht und nicht nur die Parteigenossen wußten ihm Dank, auch die Gegner konnten ihre Anerkennung seinem selbstlosen Bemühen nicht versagen.

So fehlt uns denn unser verstorbenen Führer jeden Tag und immer wieder merken wir, wie schwer dieser Verlust gewesen, welche Lücke dieser verehrte Mann zurückgelassen hat. Und was in unser aller Herzen lebendig ist, das wird bald auch sichtbaren Ausdruck finden, wenn auf dem Grabe in Friedrichsfelde sich das schlichte Denkmal erheben wird, das die Berliner Parteigenossen ihm setzen wollen. Das Komitee, das sie eingeseht haben, hat bereits die nötigen Schritte getan und rasch wird jetzt an die Ausführung gegangen werden.

Das schönste Denkmal aber, das Paul Singer gesetzt ist, das ist die deutsche Arbeiterbewegung selbst. Sein Name gehört für immer ihrer Geschichte an und unter den Führern, die ihr in der schwersten und opfervollsten Zeit zur Seite standen, ihr die Wege gewiesen und gebahnt haben, wird der Name Paul Singer immer genannt werden.

Die Wirkung unseres Sieges in England.

Genosse Mollenbaur schreibt uns:

Ich war einer der wenigen Genossen, die den ganzen Wahlkampf mit durchgemacht und doch in Deutschland nichts von dem Jubel gehört haben, den die Wahlsiege der Stichwahlen hervorriefen. Als am 22. Januar die Wahlhandlung geschlossen wurde, sah ich im Schnellzuge nach Bissingen auf der Reise nach Birmingham, um im Kella des englischen Imperialismus an dem Parteitage der englischen Arbeiterpartei (Labor party) teilzunehmen. Daß man die Town Hall (Rathaus) in Birmingham als Kongresslokal gewählt hatte, war an sich schon eine Demonstration; denn Birmingham Town Hall ist das Lokal, in welchem Joseph Chamberlain sein Evangelium des Imperialismus predigt. Birmingham ist die Stadt, in der Chamberlain ohne Widerspruch ins Parlament gewählt wird.

Obwohl Birmingham eine Universität und eine Kunstakademie hat, ist die Stadt eine Fabrikstadt, wie sie Dickens in „Carte Blanche“ schildert. Etwas religiöse Toleranz liegt vielleicht in einem Teil der dortigen Fabrikation. Um auch den Heiden ihre Religion zu erhalten, werden dort nämlich Götzenbilder in großer Anzahl hergestellt. Die frommen Fabrikanten, die täglich für das Seelenheil der Ungläubigen beten, würden in Vergewaltigung kommen, wenn die Heiden sich zum puritanischen Christentum bekehren und alle Götzen und Götzenbilder ins Feuer werfen würden.

Obwohl Birmingham in den dreißiger und vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts das Zentrum des Chartismus war, so gibt es heute wohl kaum in einer Großstadt des britischen Reiches eine Bevölkerung, die in gleichem Maße für den Imperialismus eintritt, wie das Bürgertum Birmingham. Und doch behaupte ich, daß nur sehr wenig Parteigenossen in Deutschland solchen Jubel und solche Begeisterung über den Ausfall der deutschen Reichstagswahlen erlebt haben, wie ich in Birmingham.

Von den englischen Imperialisten ist die Mär verbreitet, daß das deutsche Volk England haßt und danach drängt, Großbritannien in Kriege zu verwickeln. Jede englandfeindliche Rede von Liebert, Latmann, Reim und Konforten, die Kriegsbegehren der „Post“, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, der „Domburger Nachrichten“ usw. werden von den Imperialisten Englands als Versicherungen des deutschen Volkes verbreitet. Etwas friedensfreundliche blühen mit banger Sorge nach Deutschland, indem sie befürchteten aber gar für ziemlich sicher annahmen, es werde ein imperialistischer Reichstag gewählt werden. Nun kamen die Resultate, die aller Welt zeigten, daß das ganze Volk sich gegen den Imperialismus wendete. Das wirkte bei allen Friedensfreunden wie eine Erlösung.

Einstimmig war man der Meinung, daß die deutschen Wähler nicht nur die deutschen Anhänger des Imperialismus niedergeschlagen, sondern auch den englischen Teil dieser geringfügigen Seite den Todesstoß versetzt haben. Ein alter Großindustrieller, der 6000 Arbeiter beschäftigt und ein besonderer Philanthrop ist, erklärte mir, daß er sich kein Urteil über die Wirkungen des Ausfalles der Wahl in Deutschland erlauben könne. Aber, sagte er, in Großbritannien hat es mindestens die Bedeutung, wie der Sturz der unionistischen Regierung durch die Parlamentswahlen von 1906. Damals hat Englands Volk die Imperialisten aus der Regierung entfernt und jetzt habe Deutschland den Imperialismus völlig zerschmettert.

Noch größer werde aber die Wirkung auf die Arbeiter sein. In weiten Kreisen der Arbeiter bestche immer noch Zweifel, ob die Arbeiterklasse je durch selbständiges Auftreten bei den Wahlen Erfolg erzielen könne. Der Wahlerfolg der deutschen Sozialdemokratie sei ein Argument, mit dem man auch den stupidesten englischen Arbeiter aus seiner lethargie aufrütteln könne und sehr bald werde bei der englischen Arbeiterklasse der Entschluß reifen, es den deutschen Arbeitern nachzumachen. Seien auch bei den Streiks des letzten Sommers syndikalistische Reigungen zutage getreten, so werde sich hier bald ein Umschwung bemerkbar machen, denn der Syndikalismus lebe von der Behauptung, daß die Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten stets eine schwache von anderen Parteien abhängige Gruppe bleiben werden.

Urteilen so die Leute, die der Arbeiterpartei fernstehen, so ist es erklärlich, daß die Siege der deutschen Sozialdemokratie bei der Arbeiterpartei geradezu unbeschreibliche Begeisterung hervorriefen. Auf dem Kongress waren 470 Delegierte aus allen Gewerben und allen Gegenden des britischen Reiches vertreten. In jedem Sitzungstage wurden neue Wahlsiege mitgeteilt und jede Siegesnachricht steigerte die Begeisterung. Mehrfach erhoben sich alle Delegierten von den Sitzen und gaben ihren Gefühlen durch Hurraufen und Tüchererschwenken Ausdruck.

Besonders bemerkenswert ist die Massensammlung vom Freitagabend. In dieser war die Bevölkerung Birmingham's vertreten. Auch hier rief jede Erwähnung der deutschen Wahlsiege stürmischen Beifall hervor. Den impulsivsten Beifall fand aber W. C. Anderson, der sich in besonders drohenden Anträgen gegen die auswärtige Politik Englands wandte, die England in Gegensatz zu Deutschland bringe. Er hob hervor, daß diese Politik England zum Bundesgenossen des blutdürstigen, kulturfeindlichen Jargonismus mache, während Englands Volk auf der Seite des geduckten Volkes Russlands stehe, das Leben und Freiheit einlege, um den Jargonismus zu stürzen. In dieser Verammlung trat deutlich zutage, daß selbst im imperialistischen Birmingham die Freiheitsliebe die Massen besetzt. In dem Wahlergebnis erblickt man einen

Sieg der Freiheitskämpfer. Das schauzöllnerisch-militaristische Deutschland wird mit Mißtrauen angesehen. Jetzt wurde man angenehm überrascht, indem man plötzlich sah, daß die reaktionären Kriegshelger in Deutschland eine verschwindende Minderheit sind, während die nach Freiheit ringende Masse, die auch für die Erhaltung des Friedens eintritt, die übergroße Mehrheit der Bevölkerung bildet. Weil man in dem Wahlergebnis eine gewaltige Friedensdemonstration erblickte, wurden die Gegner des Massenmordes zu dieser Begeisterung hingerissen. Gewiß sind die internationalen Kongresse oft erhebende Demonstrationen für den Ausdruck internationaler Solidarität; niemals habe ich jedoch Szenen erlebt, in denen das internationale Solidaritätsgefühl mit so elementarer Gewalt zum Ausdruck kam, wie auf diesem nationalen Kongress der englischen Arbeiter.

Sammlungsblasen im Dreiklassenparlament.

Preußen bildet den Hort der Reaktion auch für das Reich. Die schwere Niederlage, die der schwarzblaue Block der Ritter und Heiligen bei der Reichstagswahl erlitten, möchte er im Dreiklassenparlament zu parieren suchen. Hier, wo das schändlichste aller Wahlsysteme, das noch immer trotz der Thronrede ungemindert herrscht, dem schwarzblauen Block eine ungeheure Mehrheit sichert, möchte er das Terrain zurückerobern, das er bei den Reichstagswahlen verloren hat. Bei den Reichstagswahlen, die zwar auch infolge der struppelosen agrarischen Wahlkreisgeometrie zugunsten der Konservativen und des Zentrums kein ungetrübtes Bild von dem Willen des Volkes geben, die aber immerhin die ultramontan-konservative Mehrheit trotz der Helfersdienste der Rechtsnational-liberalen für den blauschwarzen Block gerinnert haben. Das Werk, das die Regierung zwischen den Wahlschichten durchzuführen versucht, mit dem sie aber täglich gescheitert, möchten die niedergegitterten Schwarzblauen fortsetzen. So kam es denn, daß sich die Erörterungen der Etatsdebatte, die am Dienstag begannen, weit weniger auf den Etat selbst oder auch nur auf die preußische Politik im allgemeinen konzentrierten, als vielmehr auf eine Erörterung der Reichstagswahl und ihrer Ergebnisse.

Kein Mensch hatte das auch anders erwartet. Soweit sich die Redner, deren am ersten Tage drei zum Worte kamen, auf die Erörterung des preußischen Etats und spezifisch preußische Angelegenheiten beschränkten, hörte ihnen kein Mensch zu. Weder dem ersten Redner, dem Sprecher der Konservativen, Herrn v. Pappenheim, der obendrein einen recht schlechten Tag hatte, noch dem Zentrumsredner Herold. So lange diese Herren sich mit den preußischen Fragen und dem Spezialthema, dem Etat, beschäftigten — was allerdings in ausgedehnt langweiliger Weise geschah — sprachen sie unter allgemeiner Unaufmerksamkeit. Kaum je haben die Redner der Mehrheitsparteien so wenig Teilnahme gefunden als diesmal. Das lag zum Teil an der einschläfernden Belanglosigkeit der Etatskritik dieser Herren, zum Teil freilich auch daran, daß man von der Etatsdebatte etwas ganz anderes erwartete: eben einen Vorstoß auf das Gebiet der großen Politik, der Reichspolitik, eine Aufrollung der wichtigsten politischen Fragen, die durch die neue Konstellation der Parteien im Reichstage geschaffen worden ist. Als dann endlich Herr v. Pappenheim sich zu einigen Ausführungen auf das Gebiet der allgemeinen Politik verstand, fand er auch sofort willigeres Gehör. Und auch Herr Herold, der vor leeren Bänken der Rechten und der Linken sprach, und dem selbst unter seinen eigenen Fraktionsgenossen nur spärlichste Resonanz antwortete, fand erst das sogenannte Ohr des Hauses, als er mit seinen Wahlkummer herausrückte, den Liberalismus als den Helfershelfer und Steigbügelhalter der Sozialdemokratie perhorreszierte und das Zentrum unter großer Heiterkeit der Linken als die zuverlässigste Stütze der göttlichen Gesellschaftsordnung junterlich-pfäffischer Kultur nach Kräften heraufstrich. Der Erfolg des Herrn Herold war trotzdem nur ein überaus schwacher. Die eigenen Parteifreunde spendeten ihrem Redner, der die undankbare Rolle des Trauerredners für das Hinscheiden des Schnapsblocks doch so opernmütig und hingebend übernommen hatte, nur verhältnismäßig spärlichen und spröden Beifall, während die Linke sich über die Kapuzinaden des Zentrumsredners gegen den Arm in Arm mit dem „Umschwung“ marschierenden Liberalismus und über die gar zu naiven Anreißereien der alleinseligmachenden und staatserkhaltenden Zentrumspolitik köstlich amüsierte.

Untrügliche Debe brütete über dem Hause während der Rede des Herrn v. Pappenheim. Der sonst so draufgängerische Junterführer trante sich offenbar anfangs nicht heraus. Offenbar suchte er einer Besprechung über die allgemeine politische Lage geflüchtlich aus dem Wege zu gehen. Er beschränkte sich auf Ausführungen rein finanztechnischer Art, um erst am Schluß seiner Rede, als er über die Untergrabung der Autorität des Staates jammerte und seine Freunde als berufene Hüter der staatlichen Ordnung in empfehlende Erinnerung brachte, aus der Rolle zu fallen. Offenbar hatten ihn seine Freunde im Einverständnis mit der Regierung verpflichtet, politische Erörterungen zu unterlassen, besonders nicht auf den zurückliegenden Wahlkampf einzugehen, weil die Herren ja nachgerade wissen, daß solche Debatten

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Nummern
über dem Raum 10 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Erörterungen
und Berichtigungen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das selbgedruckte
Bort 30 Pfg. (zuletzt 2 Pfg. pro Zeile
Borte), jedes weitere Wort 10 Pfg.
Ergänzungen und Schlußzeilen
zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes
weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

zur zu ihrem Nachteil auszuschlagen vermögen. Anders der Abgeordnete Herold vom Zentrum, der im zweiten Teil seiner Rede in echt jesuitischer Manier zuerst gegen die Linke zu Felde zog, um hinterher um ihre Stimmen in dem gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, zu buhlen. Sein böses Gewissen sagte ihm, daß die Sozialdemokratie schonungslos das ganze Sündenregister des Zentrums aufrollen werde. So suchte er denn im Voraus für seine Partei Stimmung zu machen, indem er sich und seine Genossen als festes Bollwerk gegen die roten Hinzustellen suchte, mit fester Stirn jedes Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie von vornherein ableugnete und in hurrapatristischen Phrasen alle bisher gekannte Zentrumsdemagogie übertrumpfte. Natürlich verlegte er auch gelegentlich der Regierung ein paar Seitenschiebe, namentlich weil sie sich noch immer nicht bereit finden lassen will, auch die Fortbildungsschule der Kirche auszuliefern. Der preussischen Wahlreform gedachte er mit keinem Worte! Offenbar ist das Zentrum heilfroh, daß die Thronrede keine Wahlreform angeht.

Als dritter Redner kam für die sozialdemokratische Fraktion Genosse Hirsch zum Wort. In knappen, scharfen Strichen kennzeichnete er die wichtigsten Fragen des Etats. Die Steuerreform bezeichnete er, soweit die Forderung neuer Steuern erhoben wird, als überflüssig. Die preussischen Finanzen seien derartig, daß eine dauernde Erhebung der Zuschläge überflüssig sei. Nicht der geringste Anlaß liege vor, Preussen Steuern auf Vorrat zu bewilligen. Dagegen fordere die Sozialdemokratie von neuem eindringlich, daß endlich das Steuermindernde entsprechend der unerhörten Verteuerung der Lebensmittel herausgesetzt werde. Angesichts der schamlosen Ausplünderung der Massen durch die direkten Steuern sei die Befreiung der Einkommen bis zu 1200 oder 1500 M. absolut unabwendbar. Doch in der Thronrede trotz der Verteuerung einer früheren Thronrede, die die organische Fortentwicklung des preussischen Wahlrechts als eine der dringendsten Aufgaben bezeichnete, keine Wahlrechtsreformvorlage enthalten sei, sei tief bedauerlich. Es sei doch ganz unglücklich, daß etwa die Regierung sich einbilden könne, durch Einbringung des derzeitigen Wahlrechtswechsels als ihr feierliches Versprechen eingelöst zu haben. Festzugeln aber sei, daß auch der Zentrumsredner kein Wort über die Wahlrechtsreform gesagt habe.

Dann aber ging Genosse Hirsch unbarmherzig ins Gericht mit der Reichenbitter- und Sammlungsrede des Herrn Herold. Mit ägender Ironie geißelte er die Tartüfferie des Zentrums, das jetzt dem Liberalismus das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie vorzuwerfen wagt, das es selbst früher so oft geübt hat. Wenn Herr Herold dem Liberalismus die Stichwahlunterstützung der Sozialdemokratie als Verbrechen anrechnet, so gehört das Zentrum zu den Gewohnheitsverbrechern. Denn es gehört ja zu den altgeübten Praktiken des Zentrums, mit der Sozialdemokratie Stichwahlbündnisse abzuschließen. Das wies Genosse Hirsch an der Hand eines erdrückenden Beweismaterials unter andauernder stürmischer Heiterkeit der ganzen Linken und unter schwächlichen Protestkundgebungen des Zentrums den biedereren Ultramontanen Schritt für Schritt nach. Nicht nur bei früheren Wahlen hat sich das Zentrum, um Mandate zu ergattern, jederzeit mit der Sozialdemokratie verbündet, nicht nur in Bayern und im Dome zu Speyer und anderwärts ist eine gemeinsame Stichwahltafel zwischen Zentrum und Sozialdemokratie abgeschlossen worden, sondern auch im Jahre 1907 hat das Zentrum in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache wider den Gottentötendblock gemacht. Damals war von nationalen Skrupeln beim Zentrum nichts zu verspüren. Damals hat Herr Müller-Hulda — und zweifellos nicht ohne Einverständnis mit der Zentrumsleitung — ein Abkommen mit der Sozialdemokratie für eine ganze Reihe von Wahlkreisen getroffen. Aber es ist gar nicht nötig, so weit in die Ferne zu schweifen. Noch bei den elsässisch-lothringischen Landtagswahlen hat das Zentrum der Sozialdemokratie einen Kluchhandel angeboten, der freilich abgelehnt worden ist. Ja noch bei den Wahlen im Jahre 1912 hat das Zentrum in Oberschlesien den Versuch gemacht, mit der Sozialdemokratie einen Pakt gegen seine eigenen Freunde, die Polen, zustande zu bringen.

So belanglos diese Feststellungen an sich seien, so notwendig seien sie doch zur Entlarfung der unsäglichen Heuchelei des diesmal mit seinen staatsbehaltenden Tendenzen paradiesierenden „unbestechlichen“ Zentrums. 1907 habe der Zentrumsführer Gröber dem Wilomblock, der das Zentrum wegen seines wahltaftischen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie angriff, ein „Stück politischer Heuchelei“ vorgelesen. Dieser Vorwurf in potenziertem Form treffe auf Herrn Herold zu, wenn er jetzt den Liberalismus wegen seines wahltaftischen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie anzugreifen die Stirn habe. Ebenso unbegründet sei die Renommisterei des Herrn Herold mit der katholischen Konfession, die ein unerhörtes Bollwerk gegen die Sozialdemokratie bilde. Habe doch der Zentrumssturm böse Sprünge aufzuweisen. Köln und Düsseldorf habe er verloren und noch eine Reihe von anderen Wahlkreisen würde er eingebüßt haben, wenn nicht gewisse Kreise des Nationalliberalismus ihm zu Hilfe gekommen wären. Der wirkliche Sieger des Wahlkampfes sei die Sozialdemokratie gewesen. Zeige sich der Liberalismus der historischen Aufgabe gewachsen, so werde das Niederreiten der Reaktion, das im Reiche einen so verheißungsvollen Anfang genommen, auch in Preußen seine Fortsetzung finden, damit endlich an die Stelle des verunklerten und verpöfchten Preußen ein modernes Staatswesen treten könne.

Als nächster Redner wird am Mittwoch Herr Friedberg das Wort erhalten. Es wird sich zeigen, ob auch er gleich Herrn Wasserfallmann aus der Reichstagswahl seine Lehren gezogen haben wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Januar 1912.

Kanzler und Konservative.

Zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen vollzieht sich ein recht interessantes Intrigenspiel. Anstatt ihr eigenes politisches Verhalten und die Ungeschicklichkeit ihres Oberstrategen, des Herrn v. Heydebrand, machen die Konservativen für ihre Wahlniederlage Herrn v. Bethmann Hollweg verantwortlich und suchen diesen durch allerlei auf die Wirkung nach oben berechnete Notizen und Korrespondenzen zu stürzen. Begreiflich, daß Herrn v. Beth-

mann Hollweg dieses Spiel nicht behagt; aber anstatt dreinzuschlagen, daß den Intriganten die Köpfe knallen, verlegt sich der Philosoph der gottgewollten Abhängigkeit auf das Ermahnen und gütliche Zureden. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ brachte nämlich gestern abend folgende Verteidigung:

In den Erörterungen der Presse über den Ausfall der Wahlen finden sich mehrfach Versuche, der Regierung die Schuld an dem Ergebnis zuzuschreiben. Sie habe die Finanzreform ohne gebildet und nicht gegen das Bestreben der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie getan. Als sie eingegriffen habe, sei es zu spät gewesen.

Diese Vorwürfe sind nicht berechtigt. Die Bemühungen der Regierung sind dauernd, und zwar nicht erst seit der Eröffnung der eigentlichen Wahlkampagne, darauf ausgegangen, die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien auszugleichen und sie auf den gemeinsamen Boden des staatlichen Gesamtinteresses zurückzuführen. Wenn diese Bemühungen an der Verbitterung der Parteien gescheitert sind, so trifft die Schuld jedenfalls nicht die Regierung. Hätte sie in dem Streit um den inneren Wert der Reichsfinanzreform für die eine oder andere Seite Partei ergriffen, so hätte sie ihre Versuche von vornherein zur Ausschlußlosigkeit verdammt. Wohl aber lag es in der Richtung ihrer Aufgabe, die für die Reichsfinanzen günstigen Ergebnisse der Reform mit Nachdruck darzulegen sowie sie erkennbar waren. Daß dies bei jeder Gelegenheit und noch bis in die letzten Tage der Reichstagsession hinein geschehen ist, kann nicht bestritten werden.

Der zweite Vorwurf, daß die Regierung es an Entschiedenheit in ihrer Stellung zur Sozialdemokratie habe fehlen lassen, ist nicht minder haltlos. Die Auffassung der Regierung ist vor den Hauptwahlen wie vor den Stichwahlen mit völliger Klarheit zum Ausdruck gekommen. An ihr liegt die Schuld also nicht, wenn die bürgerlichen Parteien sich zur gegenseitigen Unterstützung gegen die Sozialdemokratie nicht zusammengefunden und die Regierung mit ihren Bemühungen um die Einigung des Bürgerturns allein gelassen haben. Gerade in der gegenwärtigen Zeit sollten sich Blätter, die für die Stärkung der Staatsautorität eintreten, solcher unbilligen Vorwürfe gegen die Regierung enthalten.

Daß eine derartige weismütige Entschuldigung den Leuten vom Schlage der Heydebrand, Kröcher und Dertel nicht sonderlich imponiert, ist selbstverständlich, und verächtlich antwortet denn auch bereits heute morgen die „Deutsche Tagesztg.“:

Niemand hat von der Regierung verlangt, daß sie „für die eine oder andere Seite im Streit um den inneren Wert der Finanzreform Partei ergreifen“ solle. Verlangt wurde nur, daß sie die Wahrheit vor dem Lande feststellen und den böswilligen und bössartigen Uebertreibungen der Finanzreformgegner entgegenzutreten solle. Das war eine berechtigte Forderung schon deshalb, weil eine Regierung, die Beschlüssen des Parlaments zustimmt, dafür doch mindestens genau so verantwortlich vor dem Lande ist, wie Parteien, die ihre Zustimmung zu Regierungsvorschlägen geben, den Wählern dafür Rechenschaft ablegen müssen. Es ist wohl ein beispielloser Vorgang, daß eine Regierung ein so gewaltiges Gesetzgebungsstück, das sie doch durch ihre Zustimmung selber als vereinbar mit dem Wohle des Landes anerkannt hat, mit den ungeheuerlichsten Uebertreibungen und Schärfen angreifen ließ, ohne die Verpflichtung zu fühlen, auch ihrerseits im Rahmen der Tatsachen dieser gemeinschaftlichen Agitation entgegenzutreten. Jenes Verlangen war aber um so begründeter, als die Gestaltung der Reichsfinanzreform durchaus nicht das einseitige Werk der Regierung war, sondern die Regierung gerade an einigen der unstrittensten Punkte durch eigene Vorschläge oder Ablehnung von Reichstagsvorschlägen bestimmend mitgewirkt hatte. Es mußte mit Recht stärksten Befremden erregen, daß die Regierung durch ihre Passivität auch das Odium für diese Teile der Reform allein die Parteien tragen zu lassen suchte.

Ebenso hätte die Regierung weit früher und weit nachdrücklicher, als es geschehen ist, den Politikern bürgerlicher Parteien mit der Sozialdemokratie entgegenzutreten müssen. Schon die völlige Wirkungslosigkeit ihrer Mahnungen und Einigungsversuche kurz vor und während der Wahlen sollte doch beweisen, daß ihre Aktion zu spät einsetzte und nicht kraftvoll genug war, um noch etwas an der bereits seit langem vorbereiteten taktischen Stellung der Linksparteien ändern zu können.

Und noch schärfer schreibt die „Post“:

Als Herr v. Bethmann Hollweg aus den Händen der Rechtsparteien und des Zentrums die Reichsfinanzreform entgegennahm und mit seiner Namensunterschrift den Gesetzesentwurf dekte, hat er die Pflicht und Schuldigkeit, dieses Gesetz gegen die maßlos einschneidende Steuerhebe in Schutz zu nehmen und zu verteidigen. Nichts davon dem ist geschehen. Anstatt das Zentrum gegen die Regierung untätig zusehen, wie in einer alle Grenzen überschreitenden Weise die bürgerlichen Parteien untereinander verhetzt wurden, wie eine zielbewußt arbeitende Demagogie zwischen den konservativen und den liberalen bürgerlichen Lagern eine Kluft aufriß, die vor der Wahl in der Arbeit von wenigen Wochen schlechterdings nicht mehr zu überbrücken war. . . .

Und will es Herr v. Bethmann schließliche in Abrede stellen, daß sein Ausfall gegen den konservativen Abgeordneten v. Heydebrand am zweiten Tage der Marollobedatte des Reichstages ganze Ströme von Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie leiten mußte? Gegenüber diesen Tatsachen fällt es gar nicht ins Gewicht, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in den letzten Tagen vor der Wahl in ein paar, obendrein sehr leichten Artikeln den Versuch einer Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie unternommen hat.

Die Herren von der Rechten sind des Philosophen von Hohensinnow überdrüssig; sie verlangen in der heißen Situation, in der sie sich befinden, einen energischeren Prokuristen für ihren Ministerium genannten Interessenausdruck.

Herr v. Dusch als Sozialistenstörer.

In der heutigen Sitzung der badischen Zweiten Kammer, in der die Debatte über die Finanzlage Badens fortgesetzt wurde, ergriff Staatsminister Freiherr v. Dusch die Gelegenheit, um eine wohl vorbereitete Rede über die Staatsgefährlichkeit der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien vom Stapel zu lassen. Nach der Meldung des Wölfischen Teleg. Bureaus sagte er:

Die badische Regierung sei immer für die Erbschaftsteuer eingetreten und werde auch in Zukunft für sie eintreten. Was ein patriotisches Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit den anderen Parteien in Reichstagsangelegenheiten, so seien seine Hoffnungen auf das geringste Maß beschränkt. Sich über die Sammlungspossession lustig zu machen, sei die heutige Zeit nicht angetan. Diese Sammlungspossession werde aber kommen, da die Sozialdemokratie wie bisher so auch künftig in bayerländischen Fragen versagen werde. Im letzten Sommer, als es sich um die

Existenzfrage des Deutschen Reiches handelte, habe sich die Sozialdemokratie geradezu empörend benommen, und wenn sie in dieser Beziehung nicht einlenke, so würden die Wogen, die jetzt zurückgedrängt seien, wiederkommen. Eine solche Haltung könne das deutsche Volk nicht auf die Dauer ertragen. Die bürgerlichen Parteien würden dann zusammenstehen müssen gegen die Sozialdemokratie, um die Interessen des Vaterlandes zu wahren. Die auswärtige Politik des Reichskanzlers, erklärte der Minister, habe die schwebenden Fragen in glänzender Weise gelöst. Gestützt auf unser scharfes Schwert sei es gelungen, den Frieden zu erhalten, was auch im Willen der Sozialdemokratie gelegen habe. Auch für eine Kolonialpolitik, die doch im Interesse der Arbeiterschaft liege, sei diese Partei nicht zu haben. Wenn die Sozialdemokratie den Ministern empfehle, ihren Monarchen vorzuschlagen, einen modus vivendi mit der Sozialdemokratie zu treffen, so bedeute das geradezu eine Herausforderung und Beleidigung der Regierung. Die Reichsversicherungsordnung, die ja mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien zustande gekommen sei, sei in der sozialdemokratischen Presse als ein Schandwerk bezeichnet worden. Unter solchen Umständen könne der Friede zwischen der Sozialdemokratie und der Regierung nicht hergestellt werden.

Herr v. Dusch ließ, wie man sieht, mit Erfolg die „Nordd. Allgem. Ztg.“

Anträge für das preussische Abgeordnetenhaus.

Die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei im preussischen Abgeordnetenhaus beschloß, die preussische Regierung zu ersuchen:

1. das Statistische Landesamt mit einer umfassenden Darstellung der Regelung der Arbeitsverhältnisse der im Staatsdienst beschäftigten Arbeiter (Zeit, Lohn, Ordnungen, Wohlfahrts-einrichtungen usw.) zu beauftragen,

2. schon jetzt durch allgemeine Anordnungen dafür Sorge zu tragen, daß

a) die regelmäßig im Staatsdienst beschäftigten Arbeiter in den Staatsbetrieben überall mindestens mit dem Lohn beginnen, der in ihrem Bezirk als Ortslohn (§ 149 Reichsversicherungsordnung) festgelegt ist,

b) nach 10-jähriger Beschäftigung die Entlassung nur aus wichtigen Gründen erfolgen darf.

Ein neuer Gouverneur für Kamerun.

Der Gouverneur von Kamerun, Dr. Klein, hat sich, wie es heißt aus Gesundheitsrücksichten, gezwungen gesehen, seinen Abschied zu nehmen. An seiner Stelle ist der Wehrmeister Oberregierungsrat im Reichskolonialamt Karl Ebermaier zum Gouverneur von Kamerun ernannt worden.

Graf Posadowskys Dank.

Reichstagsabgeordneter Graf Posadowsky läßt durch seinen Wahlkreiszug folgenden Dank veröffentlichen:

Anlässlich meiner Wahl zum Mitgliede des Reichstages sind mir aus dem dortigen Wahlkreise so viele freundliche Grüße und gute Wünsche zugegangen, daß ich leider völlig außerstande bin, meiner Neigung entsprechend, dieselben alle einzeln zu beantworten. Den bekannten und unbekanntenen Freunden, die mir in dieser Weise ihre wohlwollende Bestimmung ausgedrückt haben, spreche ich deshalb hiermit meinen herzlichsten Dank aus.

Nach Beendigung des Wahlkampfes bin ich Vertreter aller Einflüsse des Wahlkreises und hoffe als solcher, daß nach der politischen Erregung wieder verhältnismäßiger Frieden in die thätige werktätige Bevölkerung des Ravensberger Landes einziehen möge.

Raumburg (Saale), 26. Januar 1912.

Posadowsky.

Ideologie durch und durch!

Die Teuerung der Lebensmittel.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer des elsässisch-lothringischen Landtages hat folgende Interpellation eingebracht:

„Ist es dem Herrn Statthalter bekannt, daß infolge der Einführung des Zolltarifes vom Jahre 1902 die Lebensmittelpreise dauernd über der normalen Höhe erhalten wurden und daß dadurch die ausreichende Ernährung des elsässisch-lothringischen Volkes bedeutend erschwert ist. Ist der Herr Statthalter bereit, die elsässisch-lothringischen Bundesratsbevollmächtigten dahin zu informieren, daß sie im Bundesrate für zollpolitische Erleichterungen und dem schrittweisen Abbau des bestehenden Zollsystems eintreten?“

Schwarze Denunziationen.

Schon bei der Düsseldorf Reichstagswahl hat die Zentrumspresse sich nicht genug tun können in der Verächtlichmachung der Reichs- und Staatsbeamten, daß sie sozialdemokratisch gewählt hätten. Jetzt, bei den Stichwahlen, haben sich die beiden Blätter der Herren Bachem in Köln angelegen sein lassen, jeden Beamten zu denunzieren, der nicht gesonnen war, das Zentrum gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen. Das Persönliche auf diesem Gebiete ist ein Artikel des „Kölnischer Lokal-Anzeiger“, worin ausgeführt wird, im Gegensatz zu den unteren und mittleren Postbeamten hätten die höheren Postbeamten nicht ihre Pflicht getan, um den „Sieg der vaterlandsfeindlichen roten Internationalen“ zu verhindern. Trotzdem die unteren und mittleren Angestellten bei der letzten Besoldungsreform am ungünstigsten geschnitten seien, hätten sie „ein erhebendes Beispiel wahrer Vaterlandsliebe und deutscher Beamtenereue gegeben“.

Dann heißt es weiter: „Das gleiche kann man leider von der Mehrheit der höheren Postbeamten, unter denen viele Reserveoffiziere sind, nicht sagen. Viele haben ganz offen ihrem liberalen Empfinden nach jugendlicherer Kölner Art Ausdruck gegeben und aus Zentrumsstolz den Sieg der Sozialdemokratie als wünschenswert bezeichnet. Andere haben sich durch mittlere Beamte der eigenen Verwaltung mehrmals bitten lassen, ihrer Wahlpflicht zu genügen, und sind dann, soweit bis jetzt festgestellt, teilweise doch nicht zur Wahl gegangen. Andere freilich hatten's auch eilig; sie gingen und wählten — nicht Trübsen.“

Aus diesen Mitteilungen geht deutlich hervor, daß die Schwarzen eine förmliche Ueberwachung der höheren Postbeamten organisiert haben müssen. Sonst sagt man darüber, daß die Wähler durch vorgezogene höhere Beamte in ihrer Wahlfreiheit beeinträchtigt werden; in Köln machen es die Schwarzen umgekehrt. Die feigen Denunziationen der Zentrumspresse zeigen, auf welchen sittlichen Tiefstand die Ultramontanen gesunken sind. Nach den Erfahrungen der eben beendeten Reichstagswahlkämpfe darf man sagen: Es gibt keine Niedertracht, deren die Merkmalen im Kampfe mit ihren Gegnern nicht fähig wären!

Demokratische Vereinigung.

Auf dem am Sonntag zu Köln stattgefundenen Parteitag des Demokratischen Verbandes für Westdeutschland, der von annähernd 60 Delegierten aus allen Teilen Westdeutschlands besucht war, wurde folgende Resolution beschlossen:

„Der Westdeutsche Parteitag der Demokratischen Vereinigung erachtet den Fortbestand einer selbständigen demokratischen Organisation für eine politische Notwendigkeit. Er würde es für verfehlt halten, auf Grund einer wiederholten ganz vorübergehenden politischen Konstellation eine Tätigkeit einzustellen, die schon bisher manche Erfolge in der Richtung der Demokratisierung der Wählerschaft gezeitigt hat und auch für die Zukunft unentbehrlich erscheint.“

Weitere Wahlproteste.

Der Reichsverbandsgeneral v. Liebert wurde im sächsischen Reichstagswahlkreise Borna mit zwei Duzend Stimmen Mehrheit gewählt. Da schwere Wahlbeeinträchtigungen vorgekommen sein sollen, ist nach einer Meldung aus Borna gegen die Wahl Protest eingelegt worden.

Im Wahlkreise Kofel-Großstrehlig wollen die Polen gegen die Wahl des sächsischen Kommissarius Slowacki wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten Einspruch erheben.

In Rattowitz-Jahrze werden die Sozialdemokraten die Wahl des Polen Sosinski anfechten.

In Löwenberg beabsichtigen die Konservativen gegen die Wahl des fortgeschrittenen Rektors Kopsch Protest einzulegen.

Gegen die Schweizer Stichwahl protestieren die Polen. Nach polnischen Blättern erkannte der Minister die Berechtigung der schon gemeldeten polnischen Beschwerde über die Feststellung der Hauptwahl an. Danach wäre Sab-Jaworski gewählt gewesen und die Stichwahl ungültig. Der Ministerbescheid traf aber verspätet ein.

Der „sozialdemokratische Kandidat“ Schulze über Junker und Pfaffen.

In Grimma (Sachsen) — so erzählt jetzt fast die ganze bürgerliche Presse ihren gläubigen Lesern — soll der „sozialdemokratische Kandidat“ Schulze seine Rede mit den Worten geschlossen haben: „Darum sage ich Euch, Genossen, es wird nicht eher besser in der Welt, ehe wir nicht loskommen von dem Druck der Junker und Pfaffen“. Diesen Worten sei donnernder Beifall gefolgt und der „Genosse“ Schulze habe sich mit siegesbewusstem Lächeln gesetzt.

Darum wäre ja an sich nichts Verwunderliches. Aber — so wird dann weiter erzählt — nun habe Schulze von dem anwesenden Pfarrer L. eine gründliche Abfuhr erhalten. Dieser habe u. a. gesagt:

„Aber die Pfaffen! Ich gehöre ja selbst zu dieser verwerflichen Menschenklasse. Und da muß ich leider mit dem Verständnis beginnen: „Ich habe Herrn Schulze auch gedrückt!“ — Allgemeines „Aha!“ „Ja, ich habe ihn wiederholt gedrückt“, fuhr L. unbeeinträchtigt fort. „Es sind nun vier Jahre her, da starb seine Frau. Ich habe ihr damals die Grabrede gehalten, und da mir das Herz warm war, auch dem betäubten Gatten in herzlicher Teilnahme die Hand gedrückt. Das war der erste Druck! Danach über eine Zeit hörte ich, daß Herr Schulze wegen sozialistischer Umtriebe aus der Arbeit entlassen sei und nun mit seinen armen Wärmern in arge Not geraten sei. Da bin ich wieder zu ihm gegangen und habe ihm damals die Hand gedrückt und auch etwas in die Hand, soweit meine Kräfte reichten. Das war der zweite Druck. Und vier Wochen nachher klopfte es an meine Tür, und herein trat Herr Schulze und bat, ob ich nicht ein gutes Wort für ihn einlegen wolle bei dem Herrn, daß er wieder in Arbeit komme. Da habe ich ihm damals die Hand gedrückt und versprochen, daß ich es versuchen wolle. Und ich freute mich, daß er auf meine Befürwortung wieder angenommen worden ist. Das war der dritte Druck! Und darum, meine Herren, stehe ich heute als armer Sünder vor dem Herrn Schulze und muß Ihnen allen gestehen: „Ich habe wiederholt gedrückt!“

Nach diesen Worten war der „Genosse“ Schulze tatsächlich etwas „gedrückt“; das argumentum ad hominem hatte seine Wirkung nicht verfehlt.

Diese alberne Notiz ist von A bis Z erlogen. Der Kandidat für den 11. sächsischen Wahlkreis, wozu Grimma gehört, ist nicht Schulze, sondern Genosse Lipinski-Leipzig. Des ferneren können wir nach den an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen noch folgendes hinzufügen: Wenn es in einigen Blättern heißt „Agitator“ Schulze oder „Redner“ Schulze, so trifft auch das nicht zu. Während des ganzen Wahlkampfes hat nicht ein einziger Referent mit Namen Schulze gesprochen, ebensowenig ein Debatteredner Schulze. — Die ganze Notiz ist uralte; dieses Märchen machte schon einmal die Kunde durch die Presse zu der Zeit, als die Pastor Hilleichen Schriften noch benutzt wurden, die Sozialdemokratie totzuschlagen.

Allerlei von der Militärjustiz.

Vor dem Kriegsgericht in Trier wurden am 22. drei Fälle behandelt, die unsere schöne Militärjustiz prächtig charakterisieren: Nr. 1. Vor einigen Wochen kam in eine Wirtschaft in Trier, in welcher viel Soldaten verkehren, ein Russeier vom Infanterieregiment Nr. 161 in schwer angetrunkenem Zustande und machte allerlei dumme politische Bemerkungen. In seiner Trunkenheit ließ er sich auch zu einigen unflätigen Bemerkungen über den Kaiser hinreißen, ohne die Tragweite seiner Feuerzungen zu übersehen. Da er sang und tobte, wurde die Polizei aufmerksam. Sie benachrichtigte die Gendarmerie, und der Betrunkene wurde verhaftet. Am 22. Januar hatte er sich wegen dieser Taten zu verantworten. Die Verhandlung wurde unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt und nur die Bekanntgabe des Urteils geschah öffentlich. Das Urteil lautet auf 3 Jahre Gefängnis.

Nr. 2. Ein Artillerist vom 44. Artillerieregiment hatte sich eines Nachts an einen Kameraden, der Wachdienst hatte, vergreifen und ihn beleidigt. Wie in der Verhandlung festgestellt wurde, hatte er ihn nur an der Schulter berührt. Trotzdem folgendes Urteil: 3 Jahre und 14 Tage Gefängnis wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten.

Im härtesten Gegensatz zur unerwünschten Strenge dieser Urteile steht das Urteil Nr. 3:

Zwei Sergeanten vom Infanterieregiment Nr. 30 waren angeklagt der Mißhandlung bzw. der unvorschriftsmäßigen Behandlung von Untergebenen. Der eine Sergeant wurde freigesprochen, der andere erhielt sieben Tage Mittelarrest.

Nach milder als das Kriegsgericht in Trier urteilt manchmal das Kriegsgericht der 3. Division in Hannover.

Unter der schweren Anklage des tätlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten, der Beleidigung von Vorgesetzten und der Annahme von Befehlsbefugnissen, begangen vor versammelter Mannschaft, stand der aus Pafewalk gebürtige Leutnant Schilling vom hannoverschen Trainbataillon Nr. 10 vor dem genannten Kriegsgericht. Der Anklage lagen Ausschreitungen zugrunde, die sich der Angeklagte in angetrunkenem Zustande gegen den Wachhabenden und die Mannschaften der hiesigen Traindepotwache zuschulden kommen ließ. Nach mehrstündiger unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung wurde der vom Rechtsanwalt Wojunga verteidigte Angeklagte, gegen den der Vertreter der Anklage unter Berücksichtigung mildernder Umstände 2 Jahre 2 Monate Festungshaft und Dienstentlassung beantragt hatte, nur wegen Annahme von Befehlsbefugnissen zu acht Tagen Stubenarrest verurteilt. Für die Beleidigung der Urteilsgewalt wurde wiederum die Öffentlichkeit ausgeschlossen und — eine äußerst seltene Maßnahme — auch die Entscheidung der militärischen Zeugen, sogar der Offiziere, angeordnet.

Oesterreich.

Politik und Geschäft.

Zu diesem unerwünschten Kapitel liefert nun gerade das Sterben einer Partei die inhaltreichsten Beiträge, einer Partei, die durch den Kampf gegen die Korruption groß geworden ist: die Wiener Christlichsozialen. Die Verhandlungen des von ihnen beherrschten niederösterreichischen Landtags sind jetzt ganz erfüllt von dem Gestank des aufgewühlten Schlammes der Christlichsozialen Wirtschaft in Stadt und Land. Soeben ist folgendes festgestellt worden: Das im Etat der elektrischen Landesbahn Wien—Gresten vorgesehene elektrische Kraftwerk für 1,8 Millionen Kronen wird nicht gebaut, die Summe wird aber nicht verringert. . . . Nun erzählt der Chef der Landesbahnen-Landesauschuss Sturm, daß eine Firma, die sich um den Bau betraut, sich erbot, für den (Christlichsozialen) Wahlfonds einen wesentlichen höheren Betrag als 100 000 Kronen (wohl eine Viertelmillion!) zu widmen, ein anderer Unternehmer bot das gleiche, wenn ihm das Land Aktien für 1 150 000 Kronen abkaufe! Wie sehr müßten die Kontrahenten der christlichsozialen Verwaltungen die Kontributionen für den „Wahlfonds“ schon gewohnt sein, wenn sie das schon förmlich als Geschäftsanfrage üben! Natürlich muß der Käufer, also das Land oder die Gemeinde diesen Betrag selbst wieder, in Form eines erhöhten Preises zahlen — und so wandern öffentliche Gelder indirekt, aber sicher in die Parteikasse. Und das Fazit? Wohl hat Sturm, wie er sich rühmt, diese Diener von der Vergabung der Lieferung ausgeschlossen, aber item: Der Bau kommt schließlich doch um eine Million höher zu stehen, als ursprünglich berechnet war.

Kein Wunder, wenn ganz Wien in dem Kauf des Zillingsdorfer Braunkohlenwerks, das noch vor kurzem für 7/8 Millionen zu haben war, von der Stadt aber für 1 1/2 Millionen erworben wird, dunkle „Wahlfonds“-Geschäfte sieht. Die Christlichsozialen wissen schon, warum sie aus den nichtöffentlichen geschäftsführenden Ausschüssen der Stadt und des Landes, aus dem Stadtrat und dem Landesauschuss jeden Oppositionellen unbedingt fernhalten!

Türkei.

Die Reformen des neuen Regimes.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel: Nach einem kurzen Anlauf ist das Reformwerk der jungen Türkei eingeschlagen, oder vielmehr es geriet auf ein totes Geleise. Vielleicht werden jetzt die Wahlen einen Impuls geben, um das Reich aus der lethargie herauszureißen. Sicher ist, daß von überall her der Wunsch und Drang nach Reformen sich vernehmen läßt.

Sieht man sich nun nach dem während der letzten Jahre in der Türkei vollzogenen Reformwerk um, so wird man vor allem auf die Eisenbahnbauten aufmerksam. Das ist in diesem Augenblick unzweifelhaft das wichtigste Problem des Landes. Es sind unter dem neuen Regime für 2077 Kilometer Eisenbahnbauten vergeben worden, die größtenteils bereits im Bau begriffen sind, während für 1430 Kilometer Vorverträge geschlossen worden sind. Es werden Verhandlungen geführt über eine Reihe großer und kleiner Eisenbahnprojekte, die sich zusammen auf über 10 000 Kilometer belaufen. Die Ausführung dieser Pläne ist nicht durch den mangelnden Reformeifer der Regierung oder des Parlaments, sondern durch die Rivalität der Großmächte, die Zutritte der Hochfinanz, den Krieg und die Finanznot des Landes verhindert worden.

Verträge wurden abgeschlossen zum Bau von 10 000 Kilometer Schaulsen, was bei dem völligen Mangel an Sandsteinen, nicht nur in der asiatischen, sondern auch in der europäischen Türkei, von großer Bedeutung ist.

Große Irrigations- und Drainagearbeiten sind in Mesopotamien und an anderen Orten in Angriff genommen worden.

Da alle diese großen Arbeiten, die erst die Grundlage für die wirtschaftliche Erschließung des Landes bilden sollten, durch die Finanznot in engen Schranken gehalten werden, so war offenbar der Reform der Finanzen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wer nun den verwahrlosten Zustand studiert hat, in dem das parlamentarische Regime die Finanzen der Türkei vorfindet, wird zugeben müssen, daß auf diesem Gebiete nicht unbedeutendes geleistet wurde.

Es wird von allen Kennern anerkannt, daß das parlamentarische Regime Ordnung in die alten verlotterten Verhältnisse gebracht und ein soviel wie möglich klares Staatsbudget zusammengestellt hat. Um dies zu erreichen, mußten erst viele persönliche Änderungen sowohl in der Finanzverwaltung wie in der allgemeinen Administration vorgenommen werden.

Man führte auch einige Ersparnisse durch. Vor allem wurde die Zivilliste nebst Prinzenapanagen fast um die Hälfte vermindert, von 902 110 türkischen Pfunden auf 493 640; auch die Gehälter der Minister und sonstiger hohen Beamten wurden reduziert. Im ganzen wurde dadurch eine Ersparnis von 719 953 türkischen Pfund oder 10 1/2 Millionen Franz jährlich erzielt.

Im allgemeinen ist freilich das Ausgabebudget gestiegen und mußte auch steigen, da Reformen Geld kosten.

In absoluten Zahlen hat der Militarismus weitläufig das meiste geschluckt. Doch in bezug auf die militärischen Ausgaben Umkehr haben und Ersparnisse vornehmen möchte, hat der Konflikt mit dem Kriegsminister gezeigt.

Das muß und soll, unbeschadet der Kritik, die wir an dem jungtürkischen Komitee zu üben haben, anerkannt werden. Das alles geschah aber fast ausschließlich im ersten Ansturm der Revolution. Seitdem ist man nicht kühner, sondern vorsichtiger geworden und man ist bereits hinter die Reformpläne zurückgewichen, die man selbst im Anfang in Aussicht genommen. Das bezieht sich besonders auf die Steuerreform. Man erklärte feierlich, die furchtbaren Abgaben, die jetzt das Bauerntum bedrücken, aufheben zu wollen. Jetzt denkt man nicht mehr daran. Und doch liegt hier die Wurzel aller Uebel: der wirtschaftlichen Stagnation, der politischen und kulturellen Rückständigkeit, der ewigen Unruhen und Vandalenkämpfe nebst dem Mäntelchen und der Emisfarentätigkeit der ausländischen Diplomatie.

Ohne Agrarreform kann es keine moderne Türkei geben, und die Agrarreform ist unmöglich ohne Steuerreform.

Der Krieg.

Italiensfeindliche Stimmung in Tunis.

Paris, 30. Januar. Der bisher Italien sehr freundlich gesinnte „Matin“ veröffentlicht einen Artikel seines Sonderberichterstatters in Tunis, der behauptet, die in Tunis lebenden 8000 Italiener hofften, daß es ihnen gelingen werde, den Haß der Araber auf die Franzosen zu lenken und dadurch in einem gegebenen Augenblick in den Besitz des Landes gelangen zu können. Die Franzosen hätten die vorgezogene antitalienische Kundgebung vor der Generalversammlung nur veranstaltet, weil sie wußten, daß der geringste Funke eine nur ganzes Land bedrohende Feuerbrunst verursachen könnte, und daß es leichter sei, einem Aufruhr vorzubeugen, als ihn zu unterdrücken.

Offiziere unter den 29 Türken der „Manuba“.

Paris, 30. Januar. Nach einer Zeitungsmeldung aus Marseille hätten die französischen Behörden die Ueberzeugung gewonnen, daß sich unter den 29 türkischen Reisenden der „Manuba“ in der Tat mehrere Offiziere befänden, namentlich seien vier oder fünf der angeblichen Krankenwärter Offiziere, darunter zwei Genieoffiziere. Allerdings werde die angeordnete Untersuchung kaum eine sichere Feststellung gestatten, da die seit längerer Zeit ausgestellten Papiere der türkischen Reisenden von den Konstantinopeler Behörden und verschiedenen türkischen Konsulaten legalisiert seien. Hr. Cagliari sei zwar angeblich bei einem Türken ein Brief gefunden worden, als dessen Empfänger ein Genieoffizier bezeichnet worden war, doch hätten die Türken erklärt, daß er keinem von ihnen gehöre.

Kämpfe bei Tobronk.

Rom, 30. Januar. Wie aus Tobrouk berichtet wird, unternahmen gestern die vereinigten türkischen und arabischen Streitkräfte einen Angriff auf das italienische Lager und versuchten, durch ein lebhaftes Gewehrfeuer die Italiener zum Rückzuge zu bewegen. Diese wiesen jedoch den Angriff durch ein starkes Geschützfeuer, dem die vereinigten Truppen nicht Stand zu halten vermochten, zurück. Noch mehrmals versuchten die Türken und Araber, die italienischen Stellungen zu nehmen, wurden indessen auf der ganzen Linie zurückgeschlagen.

Die Revolution in China.

Vor der Entscheidung.

Peking, 20. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Revolutionäre sind in Peking sehr rührig. Nordchina befindet sich in einem Zustand akuter Spannung, da das Volk die Abdankung der Dynastie morgen erwartet. Die endlosen Verhandlungen wurden in einer aufgeregten Versammlung der Mandchu-Prinzen und Mongolenfürsten im Palaß wieder aufgenommen, hatten aber kein Ergebnis. Es waren besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Später wurden die Verhandlungen in der Nähe der Wohnung Yuanfukais fortgesetzt. Die Friedensverhandlungen dauern fort, obwohl der Waffenstillstand offiziell nicht erneuert worden ist.

Flottenaktion der Japaner.

Peking, 30. Januar. Die japanische Flotte ist in Port Arthur angekommen. Man glaubt, daß sie die Absicht verfolgt, die Bewegungen der revolutionären chinesischen Flotte in Tschifu zu überwachen. 3000 kaiserliche Truppen befinden sich auf dem Anmarsch nach Tschifu, das südlich von Peking gelegen ist. 25 000 Soldaten der Revolutionsarmee rücken an der Tientsinbahn vor.

Aus der Partei.

Alexander Jonas.

New York, 30. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“).

Jonas gestirbt. „Volkzeitung“.

Alexander Jonas ist Ende der dreißiger Jahre als der Sohn eines Berliner Kaufmanns geboren und wandte sich schon frühzeitig der politischen Bewegung zu. Als Anhänger des linken Flügels der bürgerlichen Demokratie finden wir ihn anfangs der sechziger Jahre in reger politischer Tätigkeit. Seine Intelligenz und nicht gewöhnliche Rednergabe verschafften ihm einen hervorragenden Platz in der damaligen Bewegung der demokratischen Bestrebungen Berlins. Verluste, die er als Inhaber einer Buchhandlung erlitt, führten zu deren Zusammenbruch und nötigten ihn, etwa um das Jahr 1865 sich in Amerika eine Existenz zu suchen. Drüben entwickelte er sich zum Sozialdemokraten und wurde für die unter schwierigsten Verhältnissen kämpfende sozialdemokratische Bewegung in den Vereinigten Staaten einer der wertvollsten Vorläufer, zumal er auch mit der Zeit die englische Sprache rednerisch zu meistern gelernt hatte. Er war, wenn nicht der Begründer, so doch einer der ersten Redakteure unseres dortigen Bruderorgans, der „New Yorker Volkzeitung“.

Zusammen mit Alexander Schewitsch, dem jüngst verstorbenen Gatten der Helene Dönniges, hat Jonas lange Jahre dieses Blatt mit großer Umsicht und Tatkraft durch alle Schwierigkeiten hindurch geleitet, die sich drüben einem sozialdemokratischen Tageblatt entgegenstellten. Der temperamentvolle Russe, den sein revolutionäres Feuer leicht weiter als gut über die profanischen Wirklichkeiten hinwegzutrag, fand in dem besonnenen Deutschen eine vortreffliche Ergänzung. Die Freundschaft zwischen Jonas und dem Ehepaar Schewitsch war eine sehr herzliche und hat auch die Zeit über angehalten, wo Schewitsch und Frau in Europa lebten.

Jonas selbst hat wiederholt Europa besucht und sich dadurch über Wesen und Stand unserer Partei in Deutschland unmittelbar unterrichtet. Er hatte einen starken Sinn für das Tatsächliche, der sich bei ihm glücklich mit der Fähigkeit abstrakten Denkens einigte. Zeugnis davon legt unter anderem seine kleine Propagandabroschüre „Reporter und Sozialist“ ab, die er Mitte der achtziger Jahre verfaßte.

Wie er ein liebenswürdiger Kollege war, so war er auch ein hilfsbereiter Parteigenosse. Als 1888 der Schweizer Bundesrat den Stab des Züricher „Sozialdemokrat“ aus der Schweiz auswies und einer der Ausgewiesenen, Genosse Hermann Schläpfer, sich nach New York wandte, bot ihm Jonas sofort an, sich mit ihm in der Führung der Redaktion des Blattes zu teilen. Später nötigte ihn Krankheit, sich ganz der Redaktionsarbeit zu entziehen. Aber wie er nie aufhörte, mit der Partei und ihrer Organisation selbst in lebendiger Verbindung zu bleiben, so blieben auch seine Beziehungen zum Blatt durchaus intim, und in den letzten Jahren hat er dann wieder ihm seine Feder gewidmet.

Ein treuer Kamerad und karibischer Geist ist mit ihm dahingegangen, er hat das tragische Ende des Ehepaars Schewitsch nicht lange überlebt. Auf demigen Feld, wo kaum Ehre zu ernten waren, hat er Jahrzehnte unermüdet gewirkt. Wenn Amerika jetzt eine sozialdemokratische Bewegung hat, so hat kein Zweites mehr und eindringlicher dazu beigetragen, als Alexander Jonas.

Nach ein Parteiveteran dahingegangen. Am 27. Januar verstarb als ältester Genosse der bremischen Sozialdemokratie der Parteigenosse Heinrich Bohm im Alter von 80 Jahren. Geboren in Rethem a. d. Aller kam er als fünfzehnjähriger nach Bremen, erlernte hier die Ristenmacherei und nahm an der Bewegung des Jahres 1848 vollen Anteil. Während der Zeit des Sozialistengeheuses wurde in seiner Werkstatt in der Weizenkampstraße manche geheime Zusammenkunft der Genossen abgehalten. Ebenso wurde von seinem Lokal aus die Verbreitung des Züricher „Sozialdemokrat“ bewerkstelligt. Im Jahre 1855 wurde in seinem Lokal die noch bestehende Organisation der Ristenmacher gegründet, die ihn dann im folgenden Jahre zum Vorkämpfer des Gewerbetreibenden wählte, welches Amt er volle 12 Jahre innegehabt hat, bis ihn sein hohes Alter dazu zwang, sich von der politischen Laufbahn zurückzuziehen. Sein Interesse an unserer Sache bezugte er noch dadurch, daß er noch 3 Wochen vor seinem Tode dem Verlauf der Reichstagswahlen mit größter Spannung entgegenjah. Ihre seinem Andenken!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung im Herrenmaßschneidergewerbe.

Die Lohnbewegung in der Herrenmaßschneiderei scheint, nach dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes zu urteilen, keinen friedlichen Verlauf nehmen zu sollen. Bei den Verhandlungen, die kürzlich stattgefunden haben, kamen die Arbeitgeber mit Vorschlägen, die für einzelne Preisbestimmungen, Herabsetzungen der jetzt geltenden Tariflöhne enthalten, und beim Weiter gingen sie sogar soweit, daß sie den Akkordlohn um 1 M. herabsetzen wollten. Daß man unter diesen Umständen einer Einigung nicht näher kommen konnte, ist leicht begreiflich. Die letzte Sitzung endete damit, daß die Arbeiter den Unternehmern anheimstellten, sich erst einmal andere Vorschläge von ihren Mitgliedern geben zu lassen. — Offenbar denkt man auf Seiten des Arbeitgeberverbandes, daß es, da sich die diesjährige Bewegung der Herrenmaßschneider über ganz Deutschland erstreckt, doch zur Aussperrung kommen wird und Berlin dann mitmachen muß. Sonst kann der Arbeitgeberverband kein großes Interesse an einem Lohnkampf haben, denn groß ist sein Anhang in den Kreisen der Unternehmer nicht, und die Mehrheit derselben würde es offenbar viel lieber sehen, wenn durch zweckmäßiges Entgegenkommen der Friede gesichert wird. Mit der Mitgliederzahl des Arbeitgeberverbandes ist es seit der Bewegung von 1907 zurück, statt vorwärts gegangen, während auf Arbeiterseite die Organisation noch bedeutend stärker geworden ist als damals. Uebrigens wird demnächst eine Mitgliederversammlung der Herrenmaßschneider zu der Situation Stellung nehmen.

Mühlsteinarbeiter! Nachdem die Firma Goldammer nach in Berlin-Nichtenberg vergeblich versucht hat, Zusammenfeger aus den Reihen der Mühlsteinarbeiter als Arbeitswillige zu bekommen, versucht dieselbe nunmehr ihr Glück bei den Steinmehlern. Sie bedient sich dabei eines Arbeitswilligenlieferanten Albert Koch, Berlin N.O. 55, Hofemannstr. 11. Dieser Herr sucht durch Inserat in der „Morgenpost“: Steinmehlern, dauernde Arbeit, sofort unter Nf. 33, Morgenpost, Alexanderplatz. Da dieser Arbeitswilligenlieferant höchstwahrscheinlich seine Chiffre ändern wird, warnen wir die Steinmehlern vor Annahme der durch Inserat in der „Morgenpost“ angebotenen Arbeit, da es sich um Streikarbeit handelt! Es ist bisher gelungen, die sich auf das Inserat meldenden Steinarbeiter von der Annahme von Arbeit bei Goldammer zurückzuhalten bezw. sie aus dem Betrieb herauszuweisen. Der Streik bei Goldammer dauert unverändert fort. Die Firma Goldammer ist für Steinarbeiter gesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.
Verband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Die diesjährige Tarifbewegung in der Holzindustrie umfaßt nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Städten, aber es befinden sich einige bedeutende Industrieorte wie Nürnberg, Frankfurt a. M., Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Kassel usw. darunter. In den letzten Jahren hat sich für die Frühjahrsbewegungen im Holzgewerbe der Brauch herausgebildet, daß die eigentlichen Tarifabschlüsse in Berlin vollzogen wurden. Nachdem die Parteien je an ihrem Orte Beratungen gepflogen hatten, die jedoch in den meisten Fällen nicht zum Ziele führten, wurden die Vertreter der Parteien nach Berlin berufen, wo dann die Verhandlungen unter Assistenz der beiderseitigen Zentralvorstände fortgesetzt und auch in der Regel zu einem gedeihlichen Ende geführt wurden.

Diese Art der Tarifverhandlungen hat aber in den Kreisen der Unternehmer Mißstimmung erregt. Ihnen gefällt es zunächst schon nicht, daß es der Deutsche Holzarbeiterverband verstanden hat, den Verhandlungen einen gleichzeitigen Ablaufstermin für sämtliche Verträge festzusetzen, erfolgreich Widerstand zu leisten. Aber auch durch den materiellen Inhalt der Verträge fühlen sie sich benachteiligt. Dieser Mißstimmung wurde auf der letzten Generalversammlung des Arbeitgeber-Sängerverbandes für das deutsche Holzgewerbe im Sommer vorigen Jahres zu Dresden deutlich Ausdruck gegeben. Auf dieser Generalversammlung wurde zwar dem Vorsitzenden des Sängerverbandes, dem Berliner Obermeister Rahardt, ein glänzendes Vertrauensvotum ausgestellt, es wurde aber auch beschlossen, daß die Verhandlungen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband künftig in anderer Form zu führen sind. Die zentralen Verhandlungen sollten möglichst vermieden und versucht werden, eine Verständigung an den einzelnen Orten herbeizuführen.

Diesem Wunsch, auf die örtlichen Verhältnisse einen größeren Nachdruck zu legen, entgegenzutreten, batte der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes keine Veranlassung. Es ist deshalb mit den einzelnen Städten in den letzten Wochen fleißig verhandelt worden, aber bisher ohne nennenswertes Ergebnis. Am 23. Januar fand in Berlin eine Konferenz der Zentralvorstände statt, in welcher die Protokolle über die örtlichen Verhandlungen durchgesehen wurden, wobei sich ergab, daß in den meisten Städten noch erhebliche Differenzpunkte bestehen. Um diese zu beheben, wurde beschlossen, daß Mitglieder der beiderseitigen Zentralvorstände nunmehr eine Rundreise durch die beteiligten Städte unternehmen, um durch ihre Teilnahme an den örtlichen Verhandlungen einer Verständigung die Wege zu ebnen. Ob und inwieweit das gelingt, läßt sich vorerst nicht absehen, zumal in wichtigen Punkten die Meinungen der Parteien noch sehr weit auseinander gehen. Die Verträge laufen am 17. Februar ab. Bis dahin muß es sich entscheiden, ob der Frieden erhalten bleibt, oder ob es wieder zu einem größeren Kampf in der Holzindustrie kommt.

Am Schluß des Jahres 1911 bestanden im Holzgewerbe 937 Verträge für 13 128 Betriebe und 128 893 Arbeiter, die dem Deutschen Holzarbeiterverband abgeschlossen waren. Es gibt also, trotz der großen Fortschritte, die das Vertragswesen in der Holzindustrie in den letzten Jahren gemacht hat, noch eine erhebliche Zahl von Holzarbeitern, deren Arbeitsbedingungen nicht tariflich geregelt sind. Selbst im günstigsten Fall, daß die jetzt schwebenden Verhandlungen ein friedliches Ende finden — was übrigens keineswegs sicher ist — dürfte das Jahr 1912 noch zahlreiche Lohnkämpfe in der Holzindustrie bringen.

Isolierstreik. Bei der Firma Ph. Rosenthal in Selb haben sämtliche Isolierer die Kündigung eingereicht, weil sie unter den jetzigen Verhältnissen ihre Existenz nicht aufrecht erhalten können.

Ausland.

Blutopfer für den Kapitalismus.

Dieser Tage berichteten bürgerliche Tagesblätter über blutige Streikausbreitungen im Luxemburgischen. Wir, die wir die Unzuverlässigkeit derartiger Meldungen von bürgerlicher Seite in Tausenden von Fällen kennen zu lernen Gelegenheit hatten, brachten diesen Mitteilungen das verdiente Mißtrauen entgegen. Heute vermögen wir über den Hergang der Dinge wahrheitsgemäß zu berichten:

Am 26. Januar verlangten an die 300 Arbeiter des Hüttenwerks in Differdingen, darunter die Mehrzahl Italiener, eine Lohnserhöhung und verurteilten zugleich ihre Mitamerikaden zur Solidarität zu bewegen. Als sie einige Frauen und Kinder, die den Richtstreikenden Mitgebot bringen wollten, davon zurückhielten und ihnen den Eintritt verwehrten, ertönte plötzlich die Feuerlärmstunde des Hüttenwerks. Die Feuerwehreute spritzte auf die Streikenden mit heißem Wasser. Kein Wunder, daß das Wasser der Südländer in Wallung kam und Steinwürfe dem heißen Wasserstrahl antworteten. Nun trat Gendarmerie und Polizei in Aktion, welche auf die Streikenden etwa 150 Schüsse abgaben. Der Erfolg, wofür wir ein ungemessenes, 3 tote und 1 schwerverletzter Arbeiter.

Unter den Opfern befindet sich ein zehnjähriger Knabe! Einer der Arbeiter soll von nicht weniger als vier Kugeln getroffen und getötet worden sein. Anstatt nun die Arbeiterschaft zu beruhigen und wenigstens einen Teil ihrer Forderungen zu bewilligen, lehnt noch der Direktor des Werkes jede Verhandlung ab und — das Schlimmste — ließ schon Dutzende der Hinbegarde kommen. Ob dies zur Beruhigung der Bevölkerung und der Streikenden beiträgt, ist eine andere Frage. Der Herr Direktor scheint sich wenig darum zu kümmern, ob noch mehr Menschenleben zugrunde gehen, sonst würde er sich zum Verhandeln bereit erklären. Der Kapitalismus fordert nicht nur Menschenopfer in der Hütte, nein, noch außen vor dem Fabrikort fallen sie.

Inzwischen kam es doch zur Beendigung des Streiks. Ein Telegramm meldet darüber:

Luxemburg, den 30. Januar. Bis auf 10 Mann sind die Ausständigen in Differdingen gestern abend und heute morgen wieder eingefahren. Die Ersparbeiter verlassen heute abend Differdingen. Militär und Gendarmerie sind auf die Hälfte reduziert worden. Das Werk bewilligte Prämien bis zu 9 M. monatlich und bis zu 25 Pf. täglich.

Die Gemeindefürsorge in Oesterreich hatten bisher und auch erst seit Kurzem nur den Zentralverband der Wiener Gemeindefürsorgenden. Die Generalversammlung am letzten Freitag, der auch Genosse Hueber von der Reichsgewerkschaftskommission und Genosse Albin Mohs von Berlin als internationaler Sekretär der Arbeiter öffentlicher Verufe beizuohnten, beschloß den Anschluß an die gesamte freigewerkschaftliche Bewegung, an die Gewerkschaftskommission Oesterreichs. Hueber begrüßte diesen Beschluß und sagte u. a. zu, daß die Gewerkschaftskommission die Auffassung eines Gemeindefürsorgers bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen betreiben werde.

Trohender französischer Vergarbeiterstreik.

Aus St. Etienne wird gemeldet: Die Vergarbeiter beschloßen gestern in einer von etwa 2000 Personen besetzten Versammlung die Regierung aufzufordern, für die gesetzliche Festsetzung von Minimallöhnen und die Regelung der Feiertage Sorge zu tragen. Sollte die Regierung ihren Wünschen nicht nachkommen, so würden sie am 1. März in den Generalstreik treten. Gleichzeitig wurde beschlossen, anfangs Februar an alle Vergarbeiter des Bezirks die Aufforderung zu lassen, sich dem Streik anzuschließen, wenn die Regierung es nicht vorziehen sollte, bis dahin ihren Wünschen Rechnung zu tragen.

Mahregelung eines französischen Postbeamten.

Der Sekretär des Syndikats der Angestellten bei den Post- und Telegraphenbehörden erschien gestern vor dem Disziplinargericht und wurde nach längerem Verhör von seinem Amte abgesetzt. Man befürchtet, daß diese Maßregel eine Streikbewegung unter dem Personal verursachen wird.

Zum belgischen Grubenarbeiterausstand.

Der Ministerpräsident beriet mit den Deputierten und Senatoren des Bezirks von Mons über die Streiklage. Man entschied sich dahin, den Grubenbesitzern die Verbeibaltung des Statusquo bis zum 1. Juli vorzuschlagen, um in der Zwischenzeit eine Einigungsmöglichkeit finden zu können. Wahrscheinlich werden die Grubenbesitzer diesen Vorschlag annehmen, da sie sich schon gestern bereit erklärten, den Statusquo bis zum 1. März anzuschließen. Sollten die Grubenbesitzer den Vorschlag annehmen, wäre mit dem sofortigen Ende des Streiks zu rechnen.

Der Generalstreik in Portugal.

Als Antwort auf das Verhalten der Regierung den streikenden Bahnarbeitern von Evora gegenüber hat die organisierte Arbeiterschaft den Generalstreik beschlossen.

Die Streikenden haben an die Regierung eine Note gerichtet, in der sie die Erledigung folgender dreier Punkte verlangen, widrigenfalls sie im Generalstreik verharren wollen:

1. Die Regierung wird aufgefordert, die Häuser der Arbeitervereinigungen wieder zu öffnen. Die Regierung antwortete auf diesen Punkt, daß diese Häuser nur provisorisch geschlossen seien.
2. Die Ausständigen verlangen, daß alle in Evora Verhafteten sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Auf diesen Punkt erklärte die Regierung, daß im Interesse des Staatsansichens diesem Wunsch nicht stattgegeben werden könne, da ein „energisches Exemplar“ statuiert werden müsse. Im übrigen seien bereits viele Inhaftierte schon freigelassen, doch hätten die noch in Haft befindlichen Arbeiter sich so schwere Ausschreitungen zuschulden kommen lassen, daß ihre Freilassung unmöglich sei.
3. Die Streikenden verlangen sofortige Amtsentsetzung des Gouverneurs von Evora. Auch dieser Forderung will die Regierung nicht stattgeben, da der Gouverneur nur seine Pflicht getan habe und durchaus nicht über die ihm zustehende Gewalt hinausgegangen sei.

Der Generalstreik hat sich in Lissabon bereits deutlich bemerkbar gemacht. Seitens der Streikenden wurde der Versuch gemacht, auch die Angestellten des Lissaboner Telephonamtes zum Ausstand zu bewegen. Die Direktion der Telefongesellschaft ließ die Türen des Gebäudes schließen und hakte die englische Flagge, zum Zeichen, daß das Haus unter englischem Schutz steht. Die Streikenden zogen sich darauf ruhig zurück. Fremde Automobilisten haben die Bahnen ihrer jeweiligen Nation an ihrem Gefährt angebracht und passieren ungehindert die Reihen der Streikenden. Die Wäcker konnten gestern ruhig nicht mehr erscheinen, da die Seher in den Sanpatriestreif geirret sind. Die Regierung stellt in einer amtlichen Note die jetzige Streiklage so dar, als ob es sich nur um einen 24 Stundenstreik handle, doch wird dieser Verschönerung kein Glauben beigemessen. Auch auf die Handelswelt macht sich naturgemäß der Generalstreik deutlich fühlbar.

Blutige Streikzwischenfälle

werden aus America gemeldet. Seit drei Wochen streiken in Lawrence (Massachusetts) die Baumwollspinner. Die Polizei verhindert die Streikenden in bekannter Weise daran, sich mit den Arbeitswilligen in Verbindung zu setzen. Natürlich empörte das die Streikenden aufs höchste und es kam dadurch anscheinend zu Ausschreitungen, die wir durchaus nicht billigen wollen. Möglicherweise auch, daß diese Ausschreitungen nur in der Phantasie der bürgerlichen Reporter existieren. Am Sonntag kam es dann zu einem schweren Zusammenstoß. Am Nachmittag zogen 2000 streikende Arbeiter mit roten Fahnen und unter Abführung der Polizeifolge durch die Straßen. Militär wurde requiriert, das den Demonstrationen entgegenstand. Die Soldaten gingen mit aufgespanntem Bajonett gegen die Streikenden vor. Die Arbeiter antworteten mit einem Steinwurf, so daß diese gemunzt waren, sich mehrere Male zurückzuziehen, bevor sie die Straßen „säubern“ konnten. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verwundete. Nach dem offiziellen Wolffischen Bureau wurde sogar eine Frau erschossen und ein Polizist „verletzt“. Wie wenig die Ausständigen an Gewalttätigkeiten denken, mag der Umstand erweisen, daß sie auf ihrem Umzuge von ihren Frauen begleitet wurden. Nichtsdestoweniger ging man mit Militär gegen diesen Umzug vor.

Zum Verständnis dieser Nachrichten ist es nötig die Verhältnisse der Wollindustrie jener Gegend etwas zu beleuchten. Lawrence, die Stadt der Unruhen, ist ein elendes Fabriknest, in dem die Arbeiterschaft fast nur aus Eingewanderten besteht, meist aus Italienern, dann aus Polen, Böhmen, Bulgaren, Türken, Griechen usw. Diese Leute müssen zu Löhnen arbeiten, für die kein amerikanischer Arbeiter zu haben ist. Der durchschnittliche Wochenlohn eines Ar-

beiters in der Textilindustrie beträgt 6,50 Dollar oder 27 Mark, ein Hungerlohn für amerikanische Verhältnisse. Vor einiger Zeit hat nun der Staat Massachusetts, zu dem die Stadt Lawrence gehört, ein Gesetz erlassen, welches die Arbeitszeit für Frauen und Kinder auf 54 Stunden pro Woche herabsetzt. Frauen- und Kinderarbeit herrscht nämlich in ausgedehntem Maße in der amerikanischen Textilindustrie. Durch dieses Gesetz, das durchaus notwendig war, wurde nun der geringe Verdienst der Arbeiter noch mehr gemindert, denn es bezieht sich überall die Akkordarbeit, und die Fabrikanten dachten gar nicht daran, die Löhne zu erhöhen. Die Erbitterung der Arbeiter wuchs ungeheuer; sie erklärten den Streik, als ihnen die verlangte Lohnerhöhung von 15 Proz. nicht bewilligt wurde. — Der Streik ist aussichtslos; diese Masse von buntsam zusammengewürfelten Arbeitern aus aller Herren Länder, ohne Mittel, ohne Organisation, kann keinen Streik gewinnen, um so weniger, als es an Streikbrechern durch unvorsichtige, neue Einwanderer nicht fehlt, die in Massen nach den Fabriken der Textilindustrie ziehen. Deutsche Arbeiter müssen vor diesen Fabriksstädten gewarnt werden! Die Einwanderer sind dort fast rechtlos und werden oft unmenslich behandelt. Ein Polizeirichter in Lawrence hat in einer Sitzung 23 Arbeiter wegen Streikvergehen verurteilt, 21 zu je einem Jahre, die anderen zwei zu zwei Jahren Gefängnis. Rücksichtslos werden die Arbeiter ausgebeutet, brutal behandelt, verachtet und getreten, und sie haben keine Mittel zum Widerstande, sind getrennt durch die nationalen Verschiedenheiten, kennen die englische Sprache nicht, amerikanische Sitten und Gebräuche nicht; sie leben und verkommen im Elend. — In einem Bericht, den eine Kommission dem Kongreß kürzlich erstattete, wurde festgestellt, daß die Arbeiterschaft in den Wollfabriken des Landes minderwertig sei gegenüber den Fabriken in Europa. Die Wollindustrie ist dadurch nicht recht konkurrenzfähig und verlangt sehr hohe Preise zum Schutze. Die Ursache liegt aber in der geschichtlichen Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter und der wilden Profitgier der Unternehmer.

Aus Industrie und Handel.

Das gesicherte Kapital.

Die Börsen-Z. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Hörde, meldet ihren Aktionären zur Veruhigung, daß ihr das Hochvergnügen nicht viel Schaden bringen werde, denn — man sei versichert. Um die Sicherung, die Versicherung der lebendigen Arbeitskraft werden jahrzehntelange Kämpfe entfesselt, und das Schlussresultat ist dann doch noch so, daß die Witwen verunglückter Ernährer zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben bekommen. Zu das Unternehmen noch ein übriges — was dann im nächsten Geschäftsbericht gesipert gedruckt wird, und unter „soziale Belastungen“ gebucht erscheint —, so schenkt es den geräumtesten Familien noch etliches. Aber im übrigen, Gott sei dank, das Kapital ist versichert. Selbstverständlich, und auf vollen Schadenersatz. Hochvergnügen — das sind eine Sache für die Versicherungsgesellschaft, nicht für das eigene Verantwortlichkeitsgefühl. Als das große Berliner Hochvergnügen erfolgte, stellte es sich heraus, die Gesellschaft ist gegen das Kapital an Schaden an ihren Jahrgästen — versichert. Das Kapital ist das immanente aller gesellschaftlichen Werke, der Mensch, das ist höchstens das notwendige Uebel. So sieht die Moral des Geldes aus. Sie wird unterläßt durch alle am Geld interessierten, für seinen Schutz geschaffenen Organisationen.

Dafür ist jetzt auch wieder ein hübsches Beispiel gegeben worden. Wie rechtsstehende Blätter melden, wird in den nächsten Tagen dem preussischen Abgeordnetenhause die Denkschrift der Untersuchungskommission über das furchterliche Grubenunglück zu Radbod zugehen! Die Delatombe an fleißigen Bergknappen wurde 1908 dem Kapitalismus geopfert! Heute stellt die amtliche Denkschrift fest, daß einmal niemand von den Verunglückten mehr persönlich sühnen kann, wie es gemein ist — sie sind alle tot —, und zum anderen sei auf der Grube alles in tadelloser Ordnung gewesen. Bleibt die höhere Gewalt, und dagegen sind „wir“ versichert. Und soweit die Versicherung nicht reicht, wie der Fall selbst beweist, so ist solche Untersuchungskommission die beste Versicherung, denn sie kommt nicht zu rasch mit ihren Resultaten!

Die Schraube!

Kaum hat das Kohlen Syndikat die Erhöhung der Richtpreise bekannt gegeben, da dringt die Nachricht einer weiteren Rohmaterialverteuerung in die Öffentlichkeit. Das Kohlen Syndikat läßt mitteilen, daß es nun gleichfalls die bekannte Schraube andrehen werde. Die Hochvergnügen wollen anscheinend nicht nur die Verwertung des Rohmaterials abwägen, sondern die gute Konjunktur ebenfalls zu einer ordentlichen Profitsteigerung benutzen. So schöpft die syndizierte Rohmateriallieferanten das Fett von der Suppe; in ihren Organen aber heben sie gegen die hohen Löhne als Ursache aller Teuerung.

Letzte Nachrichten.

Opfer des Bergbaues.

Essen, 30. Januar. Auf Jede „Rheinpreußen“ wurden zwei Bergleute und ein Steiger verschüttet. Die beiden ersten wurden getötet, der Steiger schwer verletzt.

Brandkatastrophe in einer Fabrik

Nürnberg, 30. Januar. (B. Z. N.) Ueber ein schweres Brandunglück, das sich heute abend im Nürnberger Betriebe der Maschinenbau-Attiengesellschaft Augburg-Nürnberg ereignete, gibt die Fabrikdirektion folgende Auskunft: Im Probierraum entstand heute abend kurz vor 10 Uhr auf unaußersichtliche Weise ein Schadenfeuer, das die Holzgerüste erfaßte. Durch auslaufendes Schmieröl wurde das Feuer stark genährt. Eine durch das Feuer verursachte Explosion verhinderte die rasche Entfernung des anwesenden Bedienungspersonals, so daß mehrere Ingenieure und Monteur schwere Brandwunden erlitten und man bei den Aufräumungsarbeiten vier Tote fand. Die Zahl der Verletzten beträgt 11. Der Betrieb wird in vollem Umfange aufrecht erhalten.

Zum Tode verurteilt.

Jankenburg, 30. Januar. (B. Z. N.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte heute nach neunstündiger Verhandlung den 27 Jahre alten Kuhmüller Hermann Krugli aus Grünhaide wegen Mordes zum Tode. Krugli hatte am 24. August 1911 in der Nähe von Gollap seine Ehefrau erschossen.

Das bestohlene Polizeiamt.

Heidelberg, 30. Januar. (B. Z. N.) Ein Einbruchdiebstahl, der an Reichheit seinesgleichen sucht, ist in der vergangenen Nacht an der Spitze der Heidelberger Polizeibehörde des großherzoglichen Bezirksamts verübt worden. Der Dieb verschaffte sich gewaltsam Eingang in das Polizeibureau und entwendete mehrere Hundert Mark Bergwerksbescheinigungen, Ausstellungsgebühr und Steuer für einen solchen Schein betragen für Ausländer 100 M. Es wird angenommen, daß es sich um einen wohlvorbereiteten Diebstahl einer Hochstaplerbande handelt, die sich mit der Ausstellung solcher Scheine befaßt. Der Einbrecher ist spurlos entkommen, und auch die Zufühnung eines Polizeihundes ist erfolglos geblieben.

Der Streik in Argentinien.

Buenos Aires, 30. Januar. (B. Z. N.) Die Ausständigen halten mit Entschiedenheit ihre Forderungen aufrecht. Die sozialistische Partei hat eine Kundgebung erlassen, die diese Forderungen rechtfertigt.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom Dienstag, den 30. Januar, mittags 12 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Lenge, v. Dallwig, v. Breitenbach, Sydow.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Riefch (L.) in der üblichen Weise.

Nach debattierender Erledigung einiger Rechnungssachen in erster Beratung tritt das Haus in die erste Lesung des Etats ein.

Abg. v. Pappenheim (L.): Die Thronrede kündigt einige Gesetze an, die uns reichlich beschäftigen werden. Da die erste Lesung des Einkommensteuergesetzes in den nächsten Tagen bevorsteht, werde ich darauf nicht eingehen. Die Verabschiedung dieser Vorlage sowie vor allem des Wassergesetzes wird durch die späte Einberufung des Landtags erschwert; hoffentlich wird sich eine Form finden, die ihre baldige Verabschiedung ermöglicht. Wir werden uns streng an den Etat halten und im Interesse seiner baldigen Verabschiedung alles ausschalten, was nicht direkt zum Etat gehört. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Das Projekt der Elektrifizierung der Stadtbahn wird eingehend zu prüfen sein. Die Einbringung dieser Vorlage schon jetzt ist uns überraschend gekommen, zumal die bisherigen Versuche auf der Hamburger Strecke usw. für die wir erhebliche Mittel bewilligt haben, noch nicht abgeschlossen sind. Für uns ist ausschlaggebend der Nachweis, daß der elektrische Betrieb wirklich billiger sein wird. — Eine weitere Ausdehnung der Eisenbahnbetriebsgemeinschaft auf Württemberg, wie sie angeregt worden ist, wünschen wir nicht; dafür sprechen auch die Erfahrungen mit Hessen nicht. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Herr Liebknecht, wir sind hier im preussischen Abgeordnetenhaus und ich habe zunächst die Interessen Preußens zu vertreten. Wenn Sie jetzt schon bei rein wirtschaftlichen Fragen so lebhaft im Zwischenrufen sind, wie soll das erst nachher werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Mich bringen Sie dadurch nicht aus der Ruhe, aber die Geschäfte des Hauses werden auf diese Weise nicht gefördert. (Sehr richtig! rechts.)

Die Bedeutung des Kohlenhandels erkennen wir an, wünschen aber nicht, daß sich die Regierung reißlos seinen Forderungen unterwirft. In dem Etat der Finanzverwaltung machen sich die Vorteile der Reichsfinanzreform glänzend geltend. (Zuruf links: Non olet!) — Im Etat des Innern entspricht die Vermehrung und Vervollständigung der Gendarmen den Wünschen des Hauses. Die Unterrichtsverwaltung bringt keine Ueberschreitungen. — Unsere Finanzen sind die aller sichersten und gesündesten; das ist der Erfolg einer jahrhundertelangen Entwicklung. Die Ertragsverhältnisse lassen sich nur aufrecht erhalten, wenn die Autorität des Staates aufrecht erhalten wird. Wenn jetzt ernste Gefahren (Abg. Hoffmann (Soz.): Jetzt kommt's! Weiterkeit) gerade für diese Ertragsverhältnisse vergangener Jahrhunderte und drohen, so soll das, was wir aus der Geschichte Preußens gelernt haben, (Abg. Liebknecht: Nichts haben Sie gelernt!) und eine Lehre für die Zukunft sein. Unsere erste Aufgabe wird es sein, die Autorität des Staates, des monarchischen Staates (Zuruf rechts) zu erhalten. Wir hoffen und erwarten, daß die berufenen Hüter dieser Ordnung sich ihrer schmerzlichen Verantwortung unter den heutigen Verhältnissen bewußt sind. (Zuruf rechts.) Wir selbst erkennen die Bedeutung und Schwierigkeit dieser Aufgabe an, sind aber bereit, unser Ausherkommen so tun zur Unterstützung der Monarchie. (Abg. Liebknecht: Ihrer Monarchie?) Das ist der Preis, auf dem allein das Deutsche Reich erhalten werden kann. Dieser Standpunkt kommt so recht klar zum Ausdruck in einem Wort des ehrwürdigen Kaiser Wilhelm I., das er am 18. Januar 1871 zum Prinzen Friedrich Karl sprach: „Wäge nach 170 Jahren Deutschland so groß und glorreich dastehen wie Preußen seit 170 Jahren. Dies letztere darf nie vergessen werden.“ Wir werden dieser Mahnung eingedenk sein und werden das Erbe, das unsere Väter uns hinterlassen, zu erwerben und zu besitzen wissen. (Lebhaftes Bravo! rechts, das sich auf Zurufe aus den Reihen der Sozialdemokraten wiederholt erneuert.)

Abg. Herold (Z.) geht näher auf den Ausgleichsfonds ein und bespricht Einzelheiten des Etats. Für die Jugendpflege

schreibt der Etat erhöhte Mittel vor. Wir müssen bei dieser Jugendpflege vor allem die höheren Ziele der Charakterbildung verfolgen. In diesem Sinne verlangen wir die Einführung der religiösen Unterweisung in den Fortbildungsschulen. (Bravo! im Zentrum, Widerspruch links.) Das Ausschüssen der Sozialdemokratie sollte der Regierung zu denken geben. Das Schuttmittel dagegen liegt in letzter Linie in der positiven Religion, der katholischen wie der evangelischen. Hier steht die Regierung am Scheidewege.

(Zuruf rechts und im Zentrum.) Wäge sie zur Erkenntnis der drohenden Gefahr kommen. — In der Zeit der Teuerung hat sich unsere Wirtschaftspolitik durchaus bewährt (Lachen links.) Dem Handwert sollte die Regierung fortgesetzt ihren Schutz angedeihen lassen. Noch wenige Worte zu den Reichstagswahlen. 4 1/2 Millionen Stimmen und 110 Mandate hat die Sozialdemokratie erhalten. Das Zentrum hat sich auch gut gehalten, es steht immer noch da als der unerwünschte Turm. (Lachen links.) 88 Mandate hat es im ersten Wahlgange zu behaupten gewagt. Auch die Konservativen haben sich verhältnismäßig gut gehalten. (Große Heiterkeit links.) Aber die Nationalliberalen haben nur 4 und die Fortschrittliche Volkspartei kein Mandat aus eigener Kraft erhalten. (Große Heiterkeit rechts.) Nur durch Unterstützung anderer Parteien haben sie später noch Mandate erhalten. Die Ursache dieses Ausfalls der Wahlen ist die unglaubliche Verheerung nach der Reichsfinanzreform, die die Wähler nicht in die Reihen der Freisinnigen, sondern der Sozialdemokratie geführt hat. In der Presse ist geradezu schamlos geheut worden. (Zuruf links: „Germania“!) Das Bürgertum hätte die Aufgabe, eine derartige Presse, die oft schlimmer und gefährlicher ist, als die Presse der Sozialdemokratie, nicht weiter zu unterstützen. Angesichts dieser Verheerungen wäre es Pflicht der Regierung gewesen (Aha! links), für

Aufführung der Wähler

zu sorgen. Der Vermittlungsversuch der Regierung nach der Hauptwahl ist leider gescheitert in erster Linie durch Schuld der Volkspartei, aber auch der Zentrallleitung der Nationalliberalen. Im Lande haben ja erfreulicherweise die Nationalliberalen in manchen Kreisen mehr Einsicht beiseite, als ihre Zentrallleitung. Aber während das Zentrum das Kompromiß im Rheinland mit den Nationalliberalen voll und ganz erfüllt hat, ist Düsseldorf durch die Schuld der Nationalliberalen auch in diesem Wahlkampf wieder an die Sozialdemokratie gefallen. Wir waren uns freilich klar darüber, daß das Abkommen nicht mit dem allerzuverlässigsten Kontrahenten eingegangen war. (Heiterkeit rechts.) Aber die ganze Lage erforderte das Kompromiß. Fest steht leider, daß seinerzeit bei der Erhaltung in Düsseldorf erste Beamte der Regierung durch Wahlenthaltung die Sozialdemokratie unterstützt haben. (Große Unruhe links. Zuruf: Ganz gemeine Denunziation!) — Vizepräsident Dr. Borck ruft den Zwischenrufer zur Ordnung! Auch Köln ist gefallen durch die Schuld der Nationalliberalen. Einen Mann wie Trimborn, der seit 22 Jahren seine ganze Arbeitskraft eingesetzt hat für die Wohlfahrt des Vaterlandes und für seine Vaterstadt Köln, hat man fallen lassen gegen einen Neuling, gegen einen Sozialdemokraten. (Lachen links.) Das Zentrum ist konsequent gewesen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht nur jetzt, sondern auch 1907! (Lautes Lachen links.) Nachdem jetzt die Wahlen vorüber sind, sollte der Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien sein Ende erreichen. (Lachen links. Abg. Hoffmann (Soz.): Jetzt kommt die Liebeswerbung!) Ich habe mit meinen Ausführungen vorher nicht anderen Parteien Vorwürfe machen wollen, sondern nur unsere Haltung gerechtfertigt. (Große Heiterkeit links.) Das Zentrum ist immer bereit gewesen, mit den anderen Parteien zusammen zu arbeiten. Wir werden uns dieser Aufgabe auch in Zukunft nicht entziehen und hoffen, daß die gemeinsame Arbeit sowohl im preussischen Abgeordnetenhaus, wie auch im Reichstage gute Erfolge für das Staatswohl und die Bevölkerung im allgemeinen erzielen wird. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Herr v. Pappenheim sprach am Schluß seiner Rede von denjenigen, die die Autorität des Staates bedrohen. Damit hat er offenbar seine eigenen Freunde gemeint. Sind es doch die

Konservativen gewesen, die das Versprechen der Regierung in Sachen der Wahlvorlage mißachtet haben, die Konservativen, die bis jetzt noch fast jeden Reichskanzler zu Fall gebracht haben. Der Appell des Herrn v. Pappenheim an die Regierung bedeutete nichts anderes als:

Wir haben im Reichstage nichts mehr zu sagen, nun Regierung tue deine Pflicht und Sorge dafür, daß unser Einfluß in Preußen gestärkt wird. Herr Herold meinte freilich, die Konservativen hätten sich bei den Wahlen verhältnismäßig gut gehalten. Er hat ja überhaupt sehr sonderbare Anschauungen über das Wahlergebnis. Wenn wirklich der Zentrumssturm so unüberwindlich ist, wie er meinte, dann sind doch die elegischen Klagen über den Verlust von Düsseldorf und Köln unbegründet. Und wenn der Redner des Zentrums sogar von der Tribüne dieses Hauses herab den Regierungspräsidenten von Düsseldorf der Regierung denunzierte wegen seiner Haltung bei den Wahlen, so ist das ein charakteristisches Beispiel dafür, wie das Zentrum über die Sicherung der geheimen Wahl denkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Ausfall der Wahlen bedeutet in Wirklichkeit nicht nur ein

schweres Mißtrauensvotum gegen die Rechte und das Zentrum, sondern gleichzeitig auch gegen die Regierung nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen. Wir haben in allen Versammlungen darauf hingewiesen, wie die Regierung und die Mehrheit dieses Hauses dem preussischen Volke sein Wahlrecht vorenthalten, und nicht zum wenigsten darauf sind unsere Erfolge bei den Wahlen zurückzuführen. Nicht nur der Block im Reichstage hat dafür gesorgt, daß wir soviel Mandate eroberten, sondern auch die Haltung der Mehrheit dieses Hauses.

Wenn Sie glauben, daß sich das preussische Volk weiter sein Wahlrecht vorenthalten läßt, dann irren Sie sich. Genau so wie bei den hinter uns liegenden Wahlen wird auch in Zukunft bei allen Gelegenheiten die große Masse des preussischen Volkes durch Abgabe der Stimmzettel gleichzeitig demonstrieren gegen die Art, wie man es hier in Preußen entrichtet. Sie selbst (nach rechts) sollten in Ihrem eigenen Interesse so viel politische Klugheit besitzen, daß Sie endlich dem preussischen Volke das Wahlrecht geben, auf welches es kraft seiner Bedeutung im Wirtschaftsleben, kraft seiner Intelligenz Anspruch hat. Die Thronrede von 1908 verspricht eine organische Entwicklung des Wahlrechts. (Zuruf links) Braut die Regierung etwa, dies Versprechen eingelöst zu haben durch die Vorlage von 1910? Es ist ein Hohn auf jede Gerechtigkeit, daß die stärkste Partei im Reich hier nur über sechs Mandate verfügt. Wenn in Preußen haben wir 51 Reichstagsmandate erobert. Unter Zugrundelegung des Reichstagswahlrechts würden wir trotz der veralteten Wahlkreisinteilung in Preußen 97 Abgeordnete haben. (Zuruf rechts: Das könnten Sie brauchen!) Gewiß, und zwar sehr notwendig, damit auch endlich einmal

Die Interessen des Volkes

hier vertreten werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Aber trotz der schreienden Ungerechtigkeit dieser Zahlen sagt die diesmalige Thronrede kein Wort über das Wahlrecht und auch die Herren, die bisher gesprochen haben, haben kein Wort von der Wahlreform gesagt. Von Herrn v. Pappenheim wurde uns das ja nicht, und Herr Herold vertritt eine Partei, die freilich im Programm die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen fordert, die aber im Augenblick, wo es sich darum handelt, das Wahlrecht zu reformieren,

Arm in Arm mit den Konservativen,

den geschworenen Gegnern jeder Wahlrechtsreform marschiert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn in der Thronrede das Wahlrecht nicht erwähnt ist, so kommt darin die Abhängigkeit der Regierung von der konservativen Mehrheit dieses Hauses zum Ausdruck. Aber die Mehrheit in diesem Hause vertritt nur eine kleine Minderheit des Volkes. Das Ergebnis der Reichstagswahlen zeigt deutlich genug, wie gering die Zahl der Anhänger des Dreiklassenwahlrechts im Lande ist. Wir halten es für unsere Pflicht, nach wie vor die Agitation gegen dies Wahlsystem mit aller Energie zu betreiben und wir werden nicht eher ruhen, bis wir unser Ziel erreicht haben, bis zum mindesten das Reichstagswahlrecht auf Preußen übertragen ist. Wir halten es gerade in der heutigen Zeit doppelt für unsere Pflicht, gegen das Dreiklassenwahlsystem zu agitieren, wo immer mehr Stimmen gegen das Reichstags-

Kleines feuilleton.

Hermann Bang, der dänische Dichter der Feinern und Hoffnungslosen, ist auf einer Vortragsreise, die er eben in den Vereinigten Staaten begonnen hatte, auf irgend einer Station im Staate Utah, im Eisenbahnwagen einem Blutsturz erlegen. Sein Leben ging zu Ende, wie er selber es hätte dichten können: es verblutete. Der es Trug, war längst verblutet an der harten, blöden Wirklichkeit, für die er als Kerndemokrat und belasteter Kulturerbe nicht geschaffen war. In seinem ersten größeren, seinem besten Werke, dem Roman: „Hoffnungslose Geschlechter“, hat er den Satz geprägt, der seine Lebensauffassung war: „Wohin er auch sah, fand er nur Hoffnungslosigkeit, die Wüste in großen Linien“.

Der Pfarrersohn, der 1858 auf Seeland geboren war, brachte künstlerische Feinsinnigkeit als Erbe mit. Er fand, als er zu schaffen anfing, die literarische Technik hochentwickelt vor. Unter seinen Landsleuten war es J. P. Jacobsen, dem er sich verwandt fühlte. Und der französische Naturalismus zeigte ihm den Weg, den er alsbald mit starkem Erfolg beschritt. Die „Hoffnungslosen Geschlechter“ erschienen 1880 und zeigten ihn sofort als fertigen Künstler, dem sogar Bödens Beifall zufiel. Andere Erzählungen folgten, von denen eine, die den Krieg von 1864 behandelt, Ludwigshöhe, Das weiße Haus, Das graue Haus, Michael in Deutschland bekannt wurden. In seinen Romanen ging er selbstamen oder — stillen Existenzen nach (die beste darunter: Am Wege ist in der „Neuen Welt“ abgedruckt).

Allen seinen Werken war die gleiche impressionistische Darstellungsart eigen, die gleiche unerhört gesteigerte Psychologie. Aber sie offenbarten auch, daß ein Mädel, vom Verfall Gezeichnet still und resigniert keine Enttäuschungen gab. Bang war der Dichter einer alten Klasse, voll Kultur und Talent, aber ohne die Impulse und die Kraft, wie sie aus dem Reuland einer aufsteigenden Klasse entspringen. Seine literarische Bahn führte demgemäß auch abwärts; der Promerel des Journalisten und Reisetouristen ist er durch den Tod entzweit worden. Blut und Klasse hatten ihm kein besseres Los beschieden.

Georg Heym 7. Vor wenigen Tagen ist beim Eislaufen draußen im Wannsee der 25 Jahre alte Berliner Referendar Dr. Georg Heym ertrunken, als er einen Kameraden, den der schwarze Wasserfall schon verschlungen hatte, retten wollte. Nur wenige wissen, daß Heym als Sänger Berlins, als Großstadtdichter trotz seiner Jugend ein bedeutendes, Größeres noch verprechendes Talent war. Wärrter man in seinem bisher einzigen Gedichtbuch „Der ewige Tag“, Verlag Ernst Rowohlt, Leipzig (ein zweites: „Die Morgue“ ist unter der Presse), so wird man gepackt von dem Ernst des sozialen Empfindens, ergriffen von der visionären Kraft seiner Bilder, vielleicht abgestoßen von dem trostlosen Grau resignierter Verzweiflung und frühaltend Daseinsseufers, das alle anderen Farben in seinem stunden, ruhigen, qualmenden, verpesteten Weltbild aufgezehrt hat. Und man denkt — ist man literarisch infiziert — an Pol und Claudel, an Käthe Kollwitz, Baluschel und Goye. Dieses

so jung vollendeten Dichters einziger Nährboden, seine Heimat und Quelle war die Millionenstadt, jenes vom Rauch der Fabriken schwarzberuhte, vom Stampfen der Arbeits- und Werkbrennmaschinen durchbraute, von glühenden Stahlbändern umflammete, von taufend eiserne Energien und goldenen Lustern in leuchtender Bewegung gehaltene moderne Babel.

„Heimatkunst“ sind auch seine Gedichte, freilich keine tiefen-grüne Heiterkeitslyrik unbefangener Jünglinge, sondern eine Versunknis, die mit blutendem Herzen, mit matter, roch stumpf gewordenen Seele, mit febril-entzündeter Phantasie die tausend Momentbilder des Großstadtlebens mit all seinen Qualen, Häßlichkeiten, Kämpfen und Verzweiflungen tief innerlich erlebt hat. Heym war gesättigt mit brennend schmerzlichen sozialen Empfinden, aber er war noch zu jung, um sich aus diesem Mißgefühl mit den Leiden und Schmerzen der Großstadtblasen hinauszufinden zu können zu jener wundervollen Erhebung etwa Walt Whitmans, Verhaerens, die in dem Höllenkeßel der Weltstädte mit ihrem unerbittlichen existenzgermalnenden Auf und Ab der wirtschaftlichen Maschinerie auch das Grobe und Schöne, weil im Entwicklungsengang Notwendige sahen. Heyms pessimistische soziale Erkenntnis reicht nur nieder; wenn ihn selbst die schwarze Flut nicht in ewige Nacht heruntergerissen hätte, würde gewiß der Dichter des „Ewigen Tags“ in freudigerer Künstlerkraft begonnen haben auch aufzubeauen. Wenn so seine Gedichte in ihrer grenzenlosen grauen Trostlosigkeit, diese „Dämonen der Städte“, die „Toten im Wasser“, das „Fieberhospital“, die „Schwarzen Visionen“ auch nicht beglücken, so lassen sie uns doch eine Persönlichkeit fühlen, die nach einem inneren Zwang zum lyrischen Gestalten getrieben wurde.

Der schnellste deutsche Zug ist seit dem 1. Juni 1911 der die Städte München und Nürnberg verbindende Vorzug zum Zug D 39, der München um 8 1/2 Uhr vormittags verläßt und 10,19 Uhr in Nürnberg anlangt. Der Zug durchfährt also die 199 Kilometer lange Strecke in 135 Minuten, was einer Geschwindigkeit von 88,3 Kilometer pro Stunde entspricht. Mit der Einlegung dieses Vorzuges, der die Strecke in einer um 3 Minuten kürzeren Dauer durchfährt als der 8 Minuten später abgehende Zug D 89, ist der schnellste Zug der deutschen Bahnen zum ersten Male auf Süddeutschland übergegangen. Der bis dahin schnellste Zug war der Zug D 6 Berlin—Halle, der die 181,7 Kilometer lange Strecke in 110 Minuten, also mit einer Stundengeschwindigkeit von 88,2 Kilometer zurücklegt. Ihm folgt der Zug D 109 Freiburg—Offenburg, der für diese 62,9 Kilometer 43 Minuten braucht, was einer Stundengeschwindigkeit von 87,8 Kilometer entspricht. Die weiteren schnellsten deutschen Züge sind dann der D 3 Hannover—Stendal, der D 88 Mannheim—Karlsruhe und der D 5 Hamburg—Wittenberge, die mit einer Geschwindigkeit von 84,4, 84,6 und 86,1 Kilometer pro Stunde dahinfahren.

Humor und Satire.

Vergehlichkeit.

Erinnern wir uns doch bis dato: wer weiß noch heut etwas von Pau? Von Raddob und von Pfarrer Raibo und von dem letzten Wahlradau? —

Wer denkt noch an die schlechte Zeitung des Staatschiffs? — (hält es oder bricht's? Jedwede liberale Zeitung ist aktuell und weiß von nichts.

Wie rührend ist die Unschuldsgeste des Schmodts, der nur des neuesten voll —: Zum Beispiel gibt es Ordensfeste, die man durchaus beachten soll.

Wie nichtig ist so eine Szene! — und so vergeht man dann und wann. ... Im Reichstage sitzen hundertzehn, die denken dran! die denken dran!

Surt.

Notizen.

— Theaterchronik. Das Neue Theater bleibt Mittwoch und Freitag wegen Proben geschlossen.

— Vorträge. Auf Veranlassung des Zentralvereins für Handelsgeographie spricht Freitag abend 8 Uhr im Museum für Völkerverkehr Landesverlehdirektor Pojmann aus Sarajewo über: Wirtschaftliches aus Bosnien und Herzegowina. Gäste willkommen.

Deutsche Literatur im Auslande. Von Clara Viebig Roman: Die Wacht am Rhein ist die zehnte Auflage der französischen Ausgabe erschienen. Ein Erfolg, wie ihn in Frankreich nicht viele Werke der neueren deutschen Literatur zu verzeichnen haben. — Gerhart Hauptmanns neuer Roman Atlantis erscheint im Zeitungsabdruck im Pariser „Temp“.

— Die beschlagene Ode D'Annunzios. Die italienischen Blätter machen viel Wesens davon, daß die Sammlung von D'Annunzios Kriegsboden, die der geldbedürftige Barde im Städtchen für den „Corriere della Sera“ verfaßt hat, von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist. Schuld daran trägt „Der Sang der Dardanellen“, der eine Beschimpfung des Kaisers von Oesterreich enthalten soll. Das Gericht hat 97 Exemplare beschlagnahmt lassen. Der Dasein erscheint unter Beglaffung der 15 beschlagnahmten Zeilen. Die Geschichte wird D'Annunzio als Klame sehr willkommen sein.

— Der Witwe Tolstois wurde vom Jaren eine jährliche Pension von zehntausend Rubel verliehen. — Tolstoi erleidet damit das Schicksal aller Großen in der bürgerlichen Welt; man kanonisiert sie nach ihrem Tode, um sie unerschütterlich zu machen. Viele seiner Werke und die meisten seiner Ideen bleiben auf dem Index, aber sein Name und sein Ruhm werden in den Dienst der offiziellen Heuschrecke gestellt, und seine Witwe bekommt eine Pension. Welch ein Hohn!

Für Zugänge und Umzüge verlangen fast überall die Melde-Polizeibehörden die Ausfüllung und Einreichung von drei Exemplaren der vorgefertigten Meldeformulare. So auch die für Stettin erlassene Melde-Polizeiverordnung. Ein Exemplar geht der Zentrale der Polizei zu. Das zweite erhält von der Polizei, der es ebenfalls eingereicht werden soll, der Magistrat für Steuerzwecke und zur Aufstellung der kommunalen Wählerliste. Und das dritte ist, mit dem polizeilichen Stempel versehen, als Quittung für den Anmelde- den gedacht. Der Eigentümer Supply in Stettin reichte nun von den drei Exemplaren, die ein neuer Mieter ausgefüllt hatte, nur eines der Polizei ein. Prinzipiell verweigerte er der Polizeibehörde die Einreichung der andern beiden Exemplare. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Polizeiverordnung ungültig sei, soweit sie die Ausfüllung und Einreichung von mehr als einem Exemplar verlangte.

Das Landgericht Stettin sprach E. von der Anklage der Uebertretung der Melde-Polizeiverordnung frei. Es nahm mit ihm an, daß die Vorschrift der Polizei ungültig sei insoweit, als sie mehr als ein Formular ausgefüllt und eingereicht verlange.

Das Kammergericht verwarf am Montag die gegen dies Urteil von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision. Begründend wurde ausgeführt: Das Verlangen der Polizeiverordnung auf Ausfüllung und Einreichung von drei Exemplaren des Meldeformulare werde weder durch das Gesetz von 1842 über die Aufnahme neuangezogener Personen, noch durch das Polizeiverwaltungs-gesetz von 1880 gerechtfertigt. Das erstgenannte Gesetz spreche einfach nur von einer Meldung und davon, daß über die persönlichen Verhältnisse Auskunft zu geben sei. Und nach dem Polizeiverwaltungs-gesetz könne zwar durch Polizeiverordnung die Meldung von Umzügen verlangt werden, jedoch nur zu einem polizeilichen Zwecke, dem der polizeilichen Meldung selber. Nach den tatsächlichen Feststellungen diene nun diesem polizeilichen Zwecke nur ein Exemplar. Es habe deshalb die Polizeiverordnung nur die Ausfüllung und Einreichung eines Exemplares verlangen können. Soweit die Vorschrift darüber hinausgehe, sei sie ungültig. Der Angeklagte, der ein Exemplar eingereicht habe, sei somit zu Recht freigesprochen worden.

Operation an Minderjährigen.

Unter der Anklage wegen Körperverletzung stand gestern der praktische Arzt und Spezialarzt für Chirurgie Dr. Eckstein vor dem ersten Straßengericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Hellwig. Als Sachverständigen waren zu dem Termin geladen die Ärzte Dr. Ehrenreich, Dr. Schleginger, Dr. Schneider aus Brigg, Prof. Ritter, der frühere Leiter der Poliklinik in Greifswald und jetzige Leiter des städtischen Krankenhauses in Posen und Geh. Medizinrat Dr. Strachmann.

Schon diese große Zahl der Sachverständigen zeigte, daß es sich um eine für die ärztliche Welt wichtige Frage handelt: ob es einem Arzte gestattet ist, eine Operation an einer Minderjährigen vorzunehmen, ohne vorher die Erlaubnis der Eltern eingeholt zu haben.

Ein siebzehnjähriges Mädchen, welches hysterisch ist, wurde vom Dr. Ehrenreich wegen eines Magenleids behandelt und war dann wegen einer Narbe an der Brust, die einen operativen Eingriff erforderte, zu Dr. Schleginger geschickt worden. Der operative Eingriff wurde mit Wissen und unter Zustimmung der Mutter des Mädchens vorgenommen. Dr. Schl. hielt dann eine weitere Behandlung durch den jetzt Angeklagten Dr. E. für zweckmäßig, da dieser ein Spezialist auf dem Gebiete der Paraffininjektion ist und nach dem Gutachten des Prof. Ritter geradezu als Autorität anzusehen ist. Prof. Ritter bestätigte auch, daß eine Paraffininjektion durchaus nicht gefährlich ist, namentlich nicht, wenn sie von so bewährter Hand vorgenommen wird. Der Angeklagte, dem das Mädchen mit einem Briefe des Dr. Schleginger zugesandt worden war, nahm natürlich an, daß es sich um die Fortsetzung der vom Dr. Schl. mit Einwilligung der Eltern vorgenommenen Behandlung handelte und da auch das Mädchen ihre Einwilligung zur Operation nicht verweigerte, so nahm er diese durch aus fähigereit unter Anwendung der Chloroformnarkose vor. Da das Mädchen im Anschluß daran unter starker Gemütsdepression litt, wurde sie von den Eltern in die Greifswalder Poliklinik gebracht und dort wurde das Paraffin wieder aus der Brust entfernt.

Für Dr. E. hatte der Vorgang einen nun schon drei Jahre währenden Kampf zur Folge. Die Eltern des Mädchens gingen zunächst mit einer Anzeige gegen ihn vor und ließen durchbilden, daß Dr. E. die Chloroformnarkose, nach den Mitteilungen ihrer Tochter, wahrscheinlich nur zu unethischen Zwecken vorgenommen habe. Die Ermittlungen ergaben sofort die absolute Unhaltbarkeit der Anzeige. Die Mutter des Mädchens mußte auch gestern eingestehen, daß ihre Tochter ihr gar nicht derartige Mitteilungen gemacht habe. Darauf strengten die Eltern einen Zivilprozeß gegen den Angeklagten an, weil er sich einer Körperverletzung schuldig gemacht habe, da er ohne ihre Erlaubnis eine Operation unter Chloroformnarkose an ihrer Tochter vorgenommen habe. Sie erhoben einen Entschädigungsanspruch. Der seit drei Jahren schwebende Zivilprozeß ist vom Reichsgericht dem Grunde nach zugunsten des Arztes entschieden worden. Der Zivilsenat des Reichsgerichts hat angenommen, daß der Angeklagte sich einer Körperverletzung schuldig gemacht habe, weil er an einer Minderjährigen einen operativen Eingriff vorgenommen, ohne nach der Einwilligung der Eltern zu fragen.

Die vernommenen Sachverständigen waren übereinstimmend der Meinung, daß sie bei einer Sachlage, wie sie hier vorlag, ein erwachsenes Mädchen von 17 Jahren auch nicht nach der Einwilligung der Eltern gefragt haben würden, daß sie es aber nun, nach dem Reichsgerichtsurteil, tun würden. U. a. behandelte Prof. Ritter: Es sehe fast raffiniert aus, wenn Eltern, die zunächst einwilligen, daß ihre Tochter von einem Arzt operiert würde und die ganz genau wußten, um was es sich handelte, als dieser Arzt das Mädchen zu einem andern Arzt schickte, nun nachträglich solche Schritte gegen den zweiten Arzt unternahmen. — Geheimrat Prof. Dr. Strachmann erklärte unter anderem: Bei einer nicht verfügbaren Person müsse der Arzt natürlich die Genehmigung der Eltern zu einer solchen Operation einholen, er glaube aber nicht, daß die Verfügungsfähigkeit mit der Mündigkeit zusammenfallen müsse. Hier handle es sich um ein 17jähriges Berliner Mädchen, das man doch schon als eine erwachsene und verstandeskräftige Person ansehen müsse. — Staatsanwalt Dr. Bonemann hielt die Anklage aufrecht und beantragte 300 M. Geldstrafe. — Justizrat Canndt hielt eine Freisprechung für durchaus geboten. Es handle sich hier doch nur um die Fortsetzung einer vom Dr. Schleginger unter Zustimmung der Eltern vorgenommenen Operation, und der Angeklagte habe annehmen können, daß auch hierzu die Einwilligung der Eltern vorlag. Auch das Mädchen habe inschärfend seine Einwilligung zur Narkose und Operation gegeben, und nach der Entscheidung des Reichsgerichts im 41. Bande komme es auf die Prüfung an, ob die Einwilligung nach den persönlichen Fähigkeiten und Zuständen der nach jugendlichen Person rechtliche Bedeutung verdient, d. h. ob die Einwilligende zur Zeit der Tat die zutreffende Beurteilung und ausreichende Würdigung der gegen sie gerichteten Handlung besaß. Dies sei aber hier durchaus der Fall. — Rechtsanwalt Dr. Davidsohn kam zu demselben Antrag. Es handle sich um viel umstrittene Frage, ob ein ärztlicher Eingriff überhaupt eine Körperverletzung darstellen könne. Körperverletzung müsse doch immer mit dem Begriff der Wundheilung verbunden sein, ein ärztlicher Eingriff werde aber nicht unter- nommen, um zu verhindern, sondern um zu helfen.

Das Gericht kam nach kurzer Beratung zu Freisprechung. Es nahm als erwiesen an, daß die Eltern zur Operation nicht aus-

aber auch die Leitung der fortschrittlichen Volkspartei nochmals anerkannt. Da war ein tatsächliches Zusammengehen selbstverständlich. Wir bedauern nur, daß es und trotzdem nicht in allen Wahlkreisen gelungen ist, die Reaktion aus dem Felde zu schlagen. (Weiterkeit rechts und im Zentrum. — Jurufe der Sozialdemokraten: Das nächste Mal.)

Wenn nun der Fortschrittspartei das tatsächliche Zusammengehen als Schwerebrechen angerechnet wird, dann sitzen im Zentrum Gewohnheitsverbrecher! (Große Heiterkeit.) Das Zentrum ist, wenn es auch Herr Herold bestreitet, auch 1907 mit der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen zusammengegangen und Herr Herold bestreitet das hier, wenige Tage, nachdem seine Freunde in Oberschlesien mit uns Geschäfte gegen die Polen machen wollten. In der Zentrums-Presse wird auch das Stichwahlbündnis mit uns im Jahre 1907 geleugnet. Was wird in der Zentrums-Presse nicht alles geleugnet! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich nehme an, daß Herr Herold mit seiner Warnung vor einer gewissen Presse auch die Kaplans-Presse gemeint hat, die das Volk in Dummheit erhalten will, indem sie die Wahrheit verdrängt. (Zustimmung links.) Der Redner verliest sodann die bereits bekannten Briefe zwischen dem Zentrumsabgeordneten Müller-Fulda und den Genossen Singer und Bebel zwischen dem Haupt- und Stichwahlen von 1907 und führt dadurch den atemberaubenden Beweis, daß damals das Zentrum mit der Anbahnung der Stichwahlbündnisse an uns herangetreten ist, wobei Müller-Fulda selbstverständlich nicht als Privatperson über die einzelnen Wahlkreise verhandeln konnte. Die Briefe Müller-Fuldas sind ja als vertraulich bezeichnet (Hört! hört! im Zentrum), aber darum können wir doch nicht, die wir von Ihnen immer als die Tugend hingestellt werden, während Sie sich als die Engel hinstellen, auf ihre Verwendung als Beweismaterial verzichten, denn sonst würden Sie sagen: Da schreiben wir einfach „Vertraulich“ darauf und dann können die uns nichts beweisen! (Heiterkeit; Sehr gut! links.) Wir aber erklären offen, daß das Stichwahlbündnis bestand, während das Zentrum es leugnet. Das

Bündnis im Dom zu Speyer

wird ja auch von Ihnen selbst nicht mehr geleugnet. Und nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in Elßaß-Lothringen ist bei den letzten Wahlen von Ihrer Seite einem meiner Freunde, dem Reichstags-Abgeordneten Wöble-Strasbourg, ein Bündnis für die Stichwahlen angeboten worden. (Hört! hört! links.) Ja, es sind doch mehrere Zentrumsabgeordnete erst in dieses Haus gewählt worden, nachdem sie sich schriftlich verpflichtet hatten, für das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen, für die Neueinteilung der Wahlkreise und für die Unterstützung aller Wahlreformanträge einzutreten.

Selbst mancher Konservative hat schon versucht, sozialdemokratische Stichwahlhilfe zu erlangen. Der konservative Kandidat Streckis hat unsere Bedingungen untergeschrieben und war auf unserem Bureau. Derselbe Herr hat sich allerdings auch den Bedingungen des Bundes der Landwirte unterworfen! (Stimmliche Heiterkeit.) Sonst aber hat die konservative Partei verfehlt.

sozialdemokratische Vertrauensmänner zu bestechen,

so in Löwenberg und Marienburg, hier kann es auch die Reichspartei gewesen sein. (Jurufe rechts.) Die Auslagen unserer Vertrauensleute, die Ihre Bestechungsgelder zurückgewiesen haben, sind mindestens so glaubwürdig, wie Ihre Ablehnungen! (Stimmliche Zustimmung links.) Das Zentrum aber hat gar kein Recht, in ständiger Entrüstung zu machen, denn bei den Stichwahlen kommt es gar nicht darauf an, für Prinzipien einzutreten, sondern eine kluge Taktik zu treiben. Uebrigens hat ja der Zentrumsführer Gröber selbst in seiner bekannten Reichstagsrede alle Stichwahlbündnisse mit der Sozialdemokratie glänzend gerechtfertigt. Warum aber entrüsten Sie sich, die Sie immer über sozialdemokratischen Terrorismus schreien, nicht über den viel schlimmeren Terrorismus, der namentlich von den Konservativen ausgeht und von der Mehrheit dieses Hauses gerodet verlangt wird. Den Fortarbeitern wurde mit Entlassung gedroht, gemeinschaftlich organisierte Arbeiter wollen Sie nicht im Staatsdienst haben usw.

Nun einige Worte über den Etat. (Weiterkeit rechts.) Bei der günstigen Finanzlage liegt gar kein Grund dazu vor, die vor zwei Jahren bewilligten Steuerzuschläge ausrecht zu erhalten oder neue Steuern zu bewilligen. Dazu haben wir um so weniger Anlaß, als man an eine Veränderung des Wahlrechts nicht denkt, ja sogar mit Verschlechterungsabsichten umgeht. An eine

Reform des Dreiklassenwahlrechts

ist nur zu denken, wenn die bürgerliche Linke bei den nächsten Landtagswahlen sich entschließt, mit der Sozialdemokratie zusammen, ohne daß beide Parteien auch nur das geringste von ihren Prinzipien aufzugeben brauchen, den gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion zu führen. Dann wird der nächste Landtag ein ganz anderes Gesicht zeigen, dann wird es uns auch hier gelingen, den Konservativen und dem Zentrum eine ganze Menge Mandate zu entreißen. Wenn ein solches tatsächliches Zusammengehen wie bei den letzten Reichstagswahlen auch bei den nächsten Landtagswahlen gelingt, dann wird die Art an die Wurzel des Dreiklassenwahlrechts und damit zugleich an die Wurzel der preussischen Reaktion gelegt werden können. Möge es uns gelingen, auf diese Weise

den alten Junkersaat Preußen zu kürzen

und auf seinen Trümmern ein neues, ein modernes, ein freibürgerliches Preußen aufzubauen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt sich.

Abg. Febr. v. Jeddy (fl.) erklärt, mit dem Westschungsversuch im Wahlkreise des Herrn v. Oldenburg nichts zu tun gehabt zu haben.

Abg. Hirsch (Soz.): Das habe ich auch nicht gesagt. Der Versuch ist verübt worden an unseren Kassierer und ausgegangen von einem Herrn Klumenshof.

Abg. Gronowski (Z.): Es ist eine objektive Unwahrheit, wenn der Abg. Hirsch mir vorwarf, ich hätte mein Wort nicht gehalten. Ich habe vielmehr wiederholt für die Uebertagung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gestimmt.

Abg. Hirsch (Soz.): Ich habe Herrn Gronowski nicht genannt. Im übrigen freut es mich, daß sein böses Gewissen ihm keine Ruhe läßt. (Weiterkeit.)

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der Debatte.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Soziales.

Die Verfloßigkeit der Arbeit Arbeitswilliger

wurde gestern in einem vor dem Gewerbegericht verhandelten Prozesse darzulegen. Der Röhrenmacher Bobad hatte in dem betreffenden Betriebe des Röhrenfabrikanten Wolf Winter vom Montag des 16. bis zum Abend des 16. Januar gearbeitet. Er ist entlassen worden, obwohl mit ihm im ganzen nur drei Gesellen im Betriebe tätig waren, weil seine Arbeitskraft eine gänzlich unbrauchbare ist. Da er nur 1,50 M. Lohn erhalten hat, klagte er auf Zahlung weiterer 6 M. Er schätzte seine Arbeitskraft auf 6 M. pro Tag ein. Der Vorgesetzte wendete ein, daß Affordlohn vereinbart sei, denn der Kläger sei auf eine Annonce hin, in der Affordarbeiter verlangt wurden, zu ihm gekommen. Der Kläger will das Insetat nicht gelesen haben, sondern Vorgesetzten um Arbeit angesprochen haben, weil ihm bekannt war, daß bei ihm wegen Streiks Arbeiter benötigt wurden. Der Beweis, daß Affordlohn vereinbart sei, konnte nicht erbracht werden. Das Gericht nahm nun die vom Kläger gefertigten Röhren in Augenschein, um einen angemessenen Lohnsatz festzusetzen. Es stellte fest, daß die Arbeit des Klägers nicht viel taugt. Der Vorsitzende veranlaßte den Vorgesetzten, der auch Gewerbegerichtsbeisitzer ist, dem Kläger noch etwas zuzuwenden. Dieser erklärte sich zur Zahlung von 3 M. bereit, aus Mitleid mit dem Kläger, wie er betonte. Der Kläger nahm daraufhin die Klage zurück.

wahrscheinlich laut werden. Ich erinnere nur an die neuesten Ausschreitungen auf konservativer Seite.

Weiter vernichten wir in der Thronrede die erneute Vorlegung des Fortbildungsschulgesetzes, das im vorigen Jahre zurückgezogen wurde, nachdem es durch die Mehrheit dieses Hauses so reaktionär wie möglich gestaltet war. Wir vernichten ferner die Ankündigung eines Wohnungsgesetzes. Schon 1904 ist ein solches Gesetz in seinen Grundzügen veröffentlicht worden. Auf unsere wiederholten Anfragen, wie es mit der Wohnungsreform siehe, hat die Regierung nicht zu antworten für nötig gehalten. Vielleicht ist sie jetzt bereit, diese wichtige Frage zu beantworten. Ich kann doch nicht annehmen, daß das ganze Staatsministerium die Bedeutung der Wohnungsfrage unterschätzt. Wenn die Sterblichkeit an Tuberkulose noch immer so verbreitet ist, so ist die Untätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungsreform mit schuld daran. Freilich die Regierung hat Wichtiges zu tun, wie die Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungsgesetz beweisen. Am meisten Aufsehen erregt hat wohl die Bestimmung, wonach die Virginität zu erwägen ist. Sie ist ja zurückgezogen, aber es ist typisch für unsere Verhältnisse, daß eine solche Verfügung, die ein

Schildbürgerstück ersten Ranges

bedeutet, überhaupt ergehen konnte. (Sehr wahr! links.) Aber auch im übrigen enthalten diese Bestimmungen eine ganze Reihe schikanöser Vorschriften, die den starken Verdacht erwecken, daß sie überhaupt nur erlassen sind, um dem Zentrum zuliebe die Durchführung der Feuerbestattung zu erschweren. (Sehr wahr! links.) — Ferner verlangen wir Bekämpfung der Fabrikinspektoren und Hinzuziehung der Arbeiter, Kerze und Frauen zur Fabrikinspektion. Dringend notwendig ist weiter eine Reform des kommunalen Wahlrechts. Die heutigen veralteten Bestimmungen werden lediglich aufrecht erhalten, um die Sozialdemokratie von der Verwaltung fernzuhalten, während doch selbst vorurteillose Gegner unumwunden anerkennen, daß die Sozialdemokraten in den Gemeinden eine ganz hervorragende Tätigkeit ausüben. Aber in Preußen soll, wie üblich, nicht die Tüchtigkeit, sondern gute Gesinnung ausschlaggebend sein. Vor allem verlangen wir auch hier das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht.

Wenn all' dies in der Thronrede fehlt, so beweist das, daß die Regierung sich in bewußter Gegensatz stellt zu den Wünschen der großen Masse des Volkes, daß sie lediglich die

Sachwalterin der Interessen der herrschenden Klassen

ist. Aber auch Wünsche der Mehrheit dieses Hauses tritt die Regierung mit Füßen. Trotzdem das Haus im vorigen Jahre einstimmig die frühere Einberufung des Landtags gefordert hat, ist es diesmal zu dem nach der Verfallung spätest zulässigen Termine einberufen worden. Offenbar wollte man die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien bis nach den Wahlen verschieben.

Was unsere Erfolge bei diesen Wahlen anlangt, so sind sie um so glänzender, weil wir sie errungen haben trotz der veralteten Wahlkreiseinteilung, die dem Zentrum und den Konservativen zugute kommt. Gerade die 83 Mandate des Zentrums sind in Kreisen mit ganz geringer Bevölkerungszahl errungen. Wir haben unsere Erfolge erzielt, obwohl der ganze amtliche Apparat gegen uns mobil gemacht wurde. Wir, die angeblich 1907 Niedergerittenen sind

als Sieger aus dem Wahlkampf

herborgegangen. Die Regierung hat sich eine Niederlage geholt, aus der sie eigentlich die Konsequenz ziehen mußte. Scheinbar hat die Regierung eine gewisse Unparteilichkeit bei diesen Wahlen gezeigt, aber nur scheinbar. Denn in Wirklichkeit hat sie doch vor dem Erlaß zur Sicherung des Wahlgeheimnisses einen Erlaß herausgegeben, wodurch die Regierungspräsidenten beauftragt werden, alles zu berichten, was sich im Wahlkampf ereignet und was gerücht ist, die Stimmung der Bevölkerung zu beeinflussen. Während aber durch diesen Erlaß die Behörden zur Ueberrückung der Agitation gegen den schwarzblassen Bloß beauftragt wurden, hat man sich in den Landratsämtern den Teufel um den Erlaß zur Sicherung des Wahlgeheimnisses, zur Vermeidung von zu kleinen Wahlbezirken und von ungeeigneten Wahlurnen gekümmert. Vieles wurden so kleine Wahlbezirke geschaffen, daß das Wahlgeheimnis durchbrochen erscheint, als Wahllokale wurden Amtsstuben, Guttschreibereien usw. bestimmt und überdies haben sich so manche konservative Kandidaten nicht scheut, selbst als Wahlvorsteher zu funktionieren. In wie partieller Weise die Regierung auf die Wahlen eingewirkt hat, geht zur Genüge aus den Kreisblättern hervor. Ich habe in der Wahlzeit viele Lügen lesen müssen, aber die blödsinnigsten stehen noch in den Kreisblättern. Da heißt es, die Sozialdemokratie wolle sämtlichen Mättern die Kinder wegnehmen, sie wolle teilen usw. Vielleicht würde uns Herr Dr. Dahn, der hier im Hause Rednerkurs abhält (Große Heiterkeit links), einmal ein Zimmer überlassen, wo wir auf unsere Kosten die Landräte über unsere Bestrebungen unterrichten könnten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Natürlich geschieht das, was oben geschieht, in verbesselter und vermehrter Form weiter unten. Das beweist u. a. das Rundschreiben zu Geldsammlungen für die konservative Partei, das von dem Landesinspektor der Provinz Brandenburg, Gerhardt, Berlin W., Matthäistr. 20/21, gezeichnet ist. Dieses Haus ist Eigentum des Provinzial-Landtags der Provinz Brandenburg und es wird außer von den Landesdirektoren nur von den Bureau direktoren und zwei Dienern bewohnt. Aus diesem für die Zwecke der Landesverwaltung bestehenden Hause werden Anrufe zu Geldsammlungen für die Konservativen verschickt! (Belächter rechts.) Eine ungeheuerliche Wahlbeeinflussung stellt der bekannte Aufruf an die Beamten dar, worin die Abstimmung für die Sozialdemokratie als unvereinbar mit dem Dienstverhältnis hingestellt wird; ebenso übrigens in der „Korrb. Abg. Jg.“ vom 7. Januar. Mit der Freiheit der Wahl hat der Dienst nicht das geringste zu tun. (Widerpruch rechts.) Ja, verlangen Sie, daß der Beamte Ihnen auch seine Ueberzeugung verlaufe! Welche politische Heuschrecke ziehen Sie groß! (Sehr wahr! links.) Uebrigens müßte Ihnen das alles nichts sein. Sie selbst sind überzeugt, daß vielleicht mehr Beamte sozialdemokratisch stimmen, als konservativ. Sie haben höchstens auch Beamte zur Unterzeichnung solcher Aufrufe gezwungen, die dann doch nicht im Sinne dieser Aufrufe gestimmt haben. Die

Einigungsversuche des Herrn von Bethmann Hollweg

sind daran gescheitert, daß erfeuchlicherweise immer weitere Kreise des liberalen Bürgertums und auch derjenigen, die bisher auf das Zentrum heringefallen sind, zu der Einsicht kommen, daß der konservativ-meritalen Herrschaft in Preußen und Deutschland ein Ende gemacht werden muß. (Bravo! links.) Selbst in Rheinland sind Herrn v. Bethmann diese Bestrebungen mißfällig. Es kann eben nicht verhindert werden, daß die große Mehrheit des Volkes ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung Ausdruck gibt, nicht durch den Stimmzettel, sondern selbst auch durch die öffentliche Stimmenabgabe. Auch durch die Mittel, die Herr v. Bethmann empfahl, als er meinte, die Arbeiter müßten zum Dank für Wohlfahrts-einrichtungen so wählen, wie die Regierung es wünscht, kann der Ausdruck der wahren Volksmeinung nicht verhindert werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Besonders aufgeregt hat man sich über das

tatsächliche Zusammengehen zwischen der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei.

Wie war die Sache: Wir haben auf dem Jenaer Parteitag die bekannten Bedingungen aufgestellt, unter denen wir bei der Stichwahl für bürgerliche Kandidaten stimmen. Diese Bedingungen sind ja außerordentlich milde (Wachen im Zentrum), eine ganze Reihe Kandidaten haben Sie unterschrieben (Belächter und höhnische Jurufe im Zentrum.) Sie hätten es auch gern getan. (Stimmliche Heiterkeit links.) Eine ganze Reihe von Ihnen (zum Zentrum) haben auch und gegenüber solche Verpflichtungen schriftlich abgegeben, nur mit dem Unterschiede, daß Sie sie nicht gehalten haben. Wir haben als das Ziel des Wahlkampfes die Wiedererlangung des schwarz-blassen Bloß betrachtet. Vor den Stichwahlen hat dies der sozialdemokratische Parteivorstand,

drücklich ihre Genehmigung erteilt hatten. Das Reichsgericht habe sich im Zivilprozess auf dem Standpunkt gestellt, daß zur Vornahme einer Operation bei einer Minderjährigen unter allen Umständen die Genehmigung der Eltern erforderlich sei und wenn sie fehle, eine Körperverletzung vorliege. Auf diesem Standpunkt stehe die Kammer nicht, insbesondere nicht, wenn es sich, wie hier, um ein 17-jähriges Mädchen handelt. Außerdem war dem Angeklagten das Mädchen von einem anderen Kollegen zur Operation zugesandt und er konnte wohl annehmen, daß dies mit Einwilligung der Eltern geschah. Es läge deshalb auch keine Fahrlässigkeit vor.

Aus aller Welt.

Humor im Wahlkampf.

Das gewaltige Ringen zwischen Kapital und Arbeit in der verflochtenen Reichstagswahl ist von der Arbeiterklasse mit ernster Entschlossenheit zum siegreichen Ende geführt worden. Die Bedeutung dieser Tage lastete schwer auf jeden Parteigenossen und spornete zur Einsetzung aller Kräfte an. Unsere Organisatoren, die den kunstvollen Arbeitsapparat der Partei zu bedienen und dafür zu sorgen hatten, daß die Agitations- und Wahlarbeit in allen Einzelheiten in jedem Ort „Klappte“, die Genossen, die in Sturm und Regen oft stundenlange Wege machen mußten, um unsere Flugblätter ins letzte Gebirgsdorf zu tragen, unsere Redner, die zu Fuß oder im Wägelchen von Dorf zu Dorf jagten, um überall das Evangelium des Sozialismus zu predigen, sie alle fühlten und wußten, daß Grobch auf dem Spiele stand. Für den Humor blieb da wenig Raum übrig. So ganz hat er aber auch in diesem Wahlkampf nicht gefehlt. Ein paar humorvolle Begebenheiten seien hier kurz erzählt:

Am Tage der Hauptwahl führte ein biederer Vorortsbewohner von Stuttgart einen Esel durch die Straßen der Hauptstadt Schwabens, der rechts und links ein Plakat trug: „Ich und mein Freund wählen Kälberger!“ Der Oberbürgermeister Wälberger war der „nationale“ Sammellandkandidat gegen die Sozialdemokratie. Der langohrige Freund der bürgerlichen Kandidatur erregte teils stürmische Heiterkeit, teils grimmen Zorn. Von staatsbehaltender Seite wurde die hohe Polizei gegen den Esel mobil gemacht, das Telephon spielte zwischen Polizeidirektion und Parteileitung, aber dem Esel gegenüber verjagten alle Geheiß- und Polizeivorlesungen. Den harmlosen Grauschimmel wegen seiner Hinneigung zur staatsbehaltenden Kandidatur zu arrelieren, ging nicht gut an, denn höchst gestützt und fromm zog er seines Weges fürdab, während die Wahlleute der bürgerlichen Parteien Leid und Leben der Straßenpassanten gefährdeten. Schließlich fand sich aber doch ein Schuhmann, der sich berufen fühlte, den Staat zu retten. Er verlangte, daß dem Esel die Plakate abgenommen würden, andernfalls... usw. Dem biederen Mann aus dem Vorort blieb schließlich nichts anderes übrig, als das Gebot der hohen Obrigkeit zu respektieren. Kurz entschlossen nahm er dem Esel die Plakate ab und hing sie sich selber um, eins auf den Buckel und eins auf die Brust. So zog er, den Grauschimmel zur Seite, seines Weges weiter. Das Publikum jauchzte vor Vergnügen, der Polizist aber verschwand eilends in eine Nebenstraße.

In einem mittelgroßen Orte Schwabens beabsichtigte der aus Dilettanten bestehende „Musikverein“ das Referat des sozialdemokratischen Redners mit schmelzenden Weisen zu begleiten und so das rote Gift unwirksam zu machen. Der Referent, in seinen Ruhestunden selber passionierter Trompetenbläser, hörte auf dem Weg zum Versammlungsort die modernen Musikanten in ihrer Stammneise musikalischen Probelärm vollführen. Eine kleine Leibesübung konnte die nicht schaden, dachte der rote Referent, trat ein, ah und trank, unterhielt sich lustig mit den „Verschworenen“, trompetete ihnen auch sein Liebling vor, und zog dann mit den lieben Kunstgenossen zur Versammlung, allwo er bekannt gab, daß der hochberechtere Musikverein es sich zur Ehre anrechnen würde, die Versammlung mit einer Probe seiner Kunst zu eröffnen und zu schließen zu dürfen. Die ob solcher Hochschätzung ganz gerührten Musikanten blühten denn auch mit heiliger Begeisterung in ihre Musikinstrumente hinein, zur freudigen Erbauung der Versammlung. In seinem Referat hat dann der Redner auch der Frau Musikta und ihrer modernen Jünger rühmend gedacht. Nachdem er unter großem Beifall der Versammlung und insbesondere der Musikanten geendet hatte, bat der Musikverein zu Ehren des Referenten noch eins geblasen; und die ältesten Leute sagten, so eine schöne Wahlversammlung mit so harmonischem Ausgang hätten sie noch niemals mitgemacht.

Uebel beraten war ein „nationaler“ Kandidat, der sich mit einem braven Bauernschultes (Dorfbürgermeister) auf ein Turnier im Weintrinken einließ. Der Herr Kandidat glaubte seine Wahl dadurch zu können, daß er die Würdenträger des Dorfes ins Herrenstübchen des „Löwen“ oder des „Stirichen“ bitten ließ, sie dort mit schwäbischem Landwein, Zigarren und nationalen Bräusen regalieren und sie dann als seine Landsknechte verpflichtete.

In einem Dorfe nahm aber dieser „Kampf mit geistigen Waffen“ für den Herrn Kandidaten ein schmächtliches Ende. Den Schultes, einen ehren- und trinkfesten Mann, wurmte diese Einschätzung seiner Einstellung seitens des Kandidaten nicht wenig, doch verbiß er seinen Groll und ließ den Kandidaten schwächen. Dabei veräumte er aber nicht, dem begeisterten Redner kräftig zuzutrinken; andererseits fühlte sich auch der Kandidat gedrungen, dem schweigenden Schultes mit dem Wein Begeisterung einzusprechen. Also trank der Kandidat dem Schultes wieder zu. Das war ein heiterer Kampf, bis der „nationale“ Kämpfer gegen die Sozialdemokratie, vom Schultes niedergezwungen, selig unter dem Tisch ruhte. Im Kubital auf einem Bund Stroh träumte er weiter von glorreichen Siegen über den „roten Drachen“.

Am Wahltag fiel er mit großem Erfolge durch.

Schweres Eisenbahnunglück bei Le Mans.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich gestern mittag 1 Uhr auf der Lokalbahnlinie Le Mans — Ramers zwischen den Bahnhöfen Dorée und Gailé le Philippe. Die Lokomotive eines vollbesetzten Personenzuges, der in der Richtung nach Ramers zu fuhr, entgleiste aus bisher unbekannter Ursache und stürzte den Eisenbahnstamm hinab, wobei die Kessel explodierten. Drei nachstürzende Personenzüge kamen glücklicherweise wieder

auf den Rädern zu stehen. Der Zugführer wurde durch den ausströmenden Dampf so schwer verbrüht, daß er nach kurzer Zeit starb. Der Heizer und vier andere Reisende wurden schwer verletzt. Nur dem Umfange, daß die abgestürzten Personenzüge wieder auf den Rädern zu stehen kamen, ist es zu danken, daß die Zahl der Verunglückten nicht größer ist. Ein Hilfszug ist von Le Mans nach der Unfallstelle abgegangen. Der Verkehr auf der Strecke ist vollkommen unterbrochen.

Kleine Notizen.

Schwerer Grubenunfall. Auf der Grube Elisabeth bei Röcheln sind durch Reiben eines Flaschenzuges sechs Bergleute verunglückt. Drei von ihnen erlitten schwere, drei nur leichte Verletzungen.

Der Liebe Ende. In Köln gab ein Bergmann auf seine Braut, eine Näherin, die das Verhältnis lösen wollte, zwei Revolverkugeln ab und schoß sich dann selbst eine Kugel in den Kopf. Beide wurden lebensgefährlich verletzt in das Krankenhaus gebracht.

Schredentat eines Geisteskranken. Ein in Barzhan wohnender Guisbesitzer namens Romicki, dessen junge Frau vorige Woche gestorben ist, wurde plötzlich tobjähig. Dabei hat Romicki seine vier Kinder im Alter von 2-9 Jahren buchstäblich abgeschlachtet.

Eine feine Familie. In der russischen Ortschaft Kologriw wurde der millionenreiche Guisbesitzer Cheroow wegen Anstiftung zum Mord verhaftet. Cheroow hatte sich mehrere Leute gebunden, die seinen eigenen Sohn ermorden sollten, weil dieser ihn unter Kuratel stellen lassen wollte.

Sturm auf der Adria. In der italienischen Küste wütet ein furchtbarer Sturm. Ein Arbeiter wurde von der Bora erfasst und vor einen rollenden Eisenbahnzug geworfen, überfahren und getötet. Auch sonst sind zahlreiche vom Sturme verursachte Unfälle zu verzeichnen. Schiffsunfälle sind noch nicht bekannt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 29. 1.		Wasserstand	am 29. 1.	
	cm	cm ¹		cm	cm ¹
Kemel, Mühl	128 ⁹	-7	Saale, Großh.	132 ⁹	+2
Regel, Ankerburg	-4 ⁹	-2	Havel, Spandau ⁹	55 ⁹	0
Weißel, Thom	-	-	Spree, Rathenow ⁹	98 ⁹	+1
Dber, Ratibor	174 ⁹	-28	Spree, Spremberg ⁹	70	0
Krossen	151 ⁹	+4	Beetzow	65 ⁹	+9
Frankfurt	135 ⁹	+5	Weser, Minden	158	+11
Barthe, Schirm	56 ⁹	-8	Rhein, Rindern	230	-22
Landenberg	80 ⁹	-2	Rhein, Maximiliansau	364	-4
Reise, Borkdam	64 ⁹	-1	Raub	199	+16
Elbe, Leitmeritz	93	-3	Rhein	218	-14
Dresden	-68 ⁹	-1	Redar, Heilsbrunn	90	-3
Berlin	200 ⁹	+3	Rhein, Weithelm	139	0
Magdeburg	187 ⁹	+4	Weser, Trier	-	-

) + bedeutet Hoch, - Fall. - ⁹) Unterpegel. - ⁹) Gestand.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein

für den

4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Stralauer Viertel.

(Besteht 329 V.)

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß unser Genosse, der Pastwirt

Gustav Wendt

geb. 1848, 30

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute

Mittwoch, den 31. Januar, nach-

mittags 3 Uhr, von der Leichen-

halle des Auferstehungs-Kirchhofes

in Weihensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

912/14 Der Vorstand.

Arbeiter-Bund

Radfahr. Solidarität

Ortsgruppe „Berlin“.

Allen Bundesgenossen die

traurige Nachricht, daß unser lang-

jähriges Mitglied

Gustav Wendt

(A. Abtheilung)

am 27. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute

Mittwoch, den 31. Januar, nach-

mittags 3 Uhr, von der Leichen-

halle des Auferstehungs-Kirchhofes

in Weihensee, Lichtendberger Straße,

aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

10/9 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

am 29. Januar verstarb unser

Genosse, der Buchhändler

Wilhelm Colditz

Küppelstr. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 1. Februar, nach-

mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle

des städtischen Friedhofes, Müller-

Ude Seebrücke aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

am 29. Januar verstarb unser

Genosse, der Buchhändler

Wilhelm Colditz

Küppelstr. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 1. Februar, nach-

mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle

des städtischen Friedhofes, Müller-

Ude Seebrücke aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

am 29. Januar verstarb unser

Genosse, der Buchhändler

Wilhelm Colditz

Küppelstr. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 1. Februar, nach-

mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle

des städtischen Friedhofes, Müller-

Ude Seebrücke aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

am 29. Januar verstarb unser

Genosse, der Buchhändler

Wilhelm Colditz

Küppelstr. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 1. Februar, nach-

mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle

des städtischen Friedhofes, Müller-

Ude Seebrücke aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

am 29. Januar verstarb unser

Genosse, der Buchhändler

Wilhelm Colditz

Küppelstr. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 1. Februar, nach-

mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle

des städtischen Friedhofes, Müller-

Ude Seebrücke aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

am 29. Januar verstarb unser

Genosse, der Buchhändler

Wilhelm Colditz

Küppelstr. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 1. Februar, nach-

mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle

des städtischen Friedhofes, Müller-

Ude Seebrücke aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

am 29. Januar verstarb unser

Genosse, der Buchhändler

Wilhelm Colditz

Küppelstr. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 1. Februar, nach-

mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle

des städtischen Friedhofes, Müller-

Ude Seebrücke aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

am 29. Januar verstarb unser

Genosse, der Buchhändler

Wilhelm Colditz

Küppelstr. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 1. Februar, nach-

mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle

des städtischen Friedhofes, Müller-

Ude Seebrücke aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

am 29. Januar verstarb unser

Genosse, der Buchhändler

Wilhelm Colditz

Küppelstr. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 1. Februar, nach-

mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle

des städtischen Friedhofes, Müller-

Ude Seebrücke aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

am 29. Januar verstarb unser

Genosse, der Buchhändler

Wilhelm Colditz

Küppelstr. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 1. Februar, nach-

mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle

des städtischen Friedhofes, Müller-

Ude Seebrücke aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein</

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof III. Amt Norden, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987.

Donnerstag, den 1. Februar 1912, abends 12 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der
Kino-Operateure Groß-Berlins
in Jul. Meyers Festsälen, Dramenstr. 103.

Tagesordnung:
1. Vortrag 2. Diskussion 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 1. Februar 1912, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der
Former u. Berufsgenossen
in den Borussia-Sälen, Adlerstr. 6/7.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Branchenkommission. 2. Neuwahl derselben. 3. Die Lage nach dem Streik.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 1. Februar 1912, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung
für Moabit
in den Pracht Sälen Nord-West, Wickestr. 24.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Bruno Borchardt.
2. Neuwahl der Bezirksleitung.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

111/12 Die Ortsverwaltung.
Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! **Glasschleifer, Glashäuser.** Achtung!
Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr:
Quartals-Versammlung.

Tagesordnung:
Abrechnung vom 4. Quartal 1911. — Bericht der Ortsverwaltung. —
Neuwahl. — Einführung eines Unterstützungsfonds. — Verschiedenes.
Es ist Pflicht, daß alle Mitglieder erscheinen.
71/1 Die Ortsverwaltung. J. H. Schröder.

Deutscher Kürschner-Verband.
Filiale Berlin.
Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Weinstr. 8. Fernspr.: Königsstadt 6789.

Donnerstag, den 1. Februar 1912, abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
aller in der
Mützen- u. Pelzbranche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
in den Sophien Sälen, Sophienstr. 18 (neben H. Berthelm).

Tagesordnung:
1. Der Kampf in der Mützenbranche und die sozialpolitische Rückständigkeit des Arbeitgeberverbandes.
Referent Kollege A. Hegge. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Herren Fabrikanten sind brieflich eingeladen!
Zahlreiches Besuch erwartet [100/4] Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.

Modell- und Fabrikantischler.
Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof,
Rosenthaler Straße 11/12:
Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Neuwahl der Kommission, 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Einseger.
Sonntag, den 4. Februar, im Gewerkschaftshaus, großer Saal:
Großes Wintervergnügen.
Konzert u. Spezialitätenvorstellung. — Berliner Uk-Trio.
Nach dem Konzert: TANZ.
Anfang 4 Uhr. [78/5] Eintritt 30 Pf.

Ohne jede Anzahlung
verkaufe ich **Pianos** erstklassiger Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 2/1*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf. Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurlfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Straße 22^a an der Müllerstraße
jetzt **Otavistraße**
habe ich in meinen neu erbauten, elegant ausgestatteten Häusern noch einige 264/8*
1- und 2-Zimmer-Wohnungen
mit Warmwasserversorgung
per 1. April **billig** zu vermieten.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wags, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Anzug-Woche

Dauer nur bis 4. Februar.

Außerst günstige Kaufgelegenheit
für neueste Frühjahrs-Anzüge
zu besonders billigen Preisen!

Hervorragende Leistungen
unserer Kleider-Werke

Serie I
Herren-Sakkoanzüge 25⁵⁰
1- und 2 reihig. Modernste Cheviots und Kammgarne für jeden Geschmack nur M.

Serie II
Herren-Sakkoanzüge 34⁵⁰
1- u. 2 reihig. Englische Muster und vorzügliche Verarbeitung nur M.

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 111 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 45 (Lehle Moden) kostenfrei

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Kartonbranche.

Donnerstag, den 1. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Versammlung der Heimarbeiter in der Kartonindustrie.

Tagesordnung: 1. Das Heimarbeitertum in der Kartonindustrie. 2. Lohnbewegung. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Besuch erwarten
Die Ortsverwaltung. Die Tarifkommission.

Jedes Paket von Dr. Gentner's
Veilchenseifenpulver
Goldperle
enthält ein reizendes praktisches
Geschenk.



Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schubertseife „Nigrin“:
Carl Gentner, Göppingen.

Vertretung für Groß-Berlin:

Max Haiseh, Rixdorf, Kaiser-Friedrichstr. 216.
Telephon Rixdorf 9280.

Malchower Kautabake

Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
Kat. 3861. Berlin O 27, Grüner Weg 119.

Dr. Simmel Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Zigarren-W. Herbst
Fabriken
gegr. 1862. Tel.: Moritzplatz 3873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.
Tarifarbeit.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Mass, schick, dauerh. Zutaten
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Biers.)

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Dabnich, Auguststr. 50, Eingang Kochsimitzstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Reichsbadstr. 14, Hochparterre. S. und SW.: Hermann Berner, Snelienaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Pauli, Ringstr. 31, Hof rechts dort.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, St. Frankfurterstr. 120. — Richard Hadelbusch, Peterburgerplatz 4 (Laden).
5. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufferplatz 14/15.
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8.
Wedding: J. Dörrich, Nazarethstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunn: J. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhäuser Vorstadt: Karl Marx, Breitenhagenstr. 27.
Adlershof: Karl Schwarzi, Köpenickerstr. 6.
Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 13, I.
Baumschulenweg: H. Hornig, Rantzenbalestr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Broje, Mühlentstr. 5, Laden.
Bohndorf und Falkenberg: Alois Lau, Bohndorf, Gensenshofstr. 12 (Hof).
Charlottenburg: Gustav Scherberg, Selenheimerstr. 1.
Eichwalde: Oscar Kayle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen Chaussee.
Friedersdorf-Petershagen: E. Hölzbarth, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: H. Bernice, Wilmstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Bieline, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Käter, Köpenickerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.
Köpenick: Emil Böhler, Kieperstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Wartenbergstr. 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf: P. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstr. 17.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 206, Hof.
Marienfelde: Emil Weiser, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Gustav Leh, Wollterstraße.
Nieder-Schöneweide: Gehr, Weigerstr. 6.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Wühlentstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gurich, Brodingstr. 56, Laden.
Rixdorf: W. Heintz, Redastr. 2, im Laden; Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breiterstr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riehn, Borsigwalde, Mühlentstr. 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Franz, Berliner Straße 76, Laden.
Treptow: Rob. Gramenz, Niehölzstraße 412, Laden.
Weißensee: E. Fuhrmann, Seemannstr. 109, parterre.
Wilmsdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilmensaustr. 26.
Zehlendorf, Miessdorf: Ernst Gätzig, Zehlendorf, Dorfstr. 15.
Sämtliche Verteilertatzen sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Als Verlobte empfehlen sich
Anna Wegner, Breslau,
Emil Leconde, Adlershof.
Adlershof, den 28. Januar 1912.

Ziehung 6. Februar
6. Schlesische Pferde-Lotterie
Lose à 1 Mk. Porto u. Liste 25 Pfg. extra
3842 Gewinne. Gesamtwert Mark
60 000
aus 45 Pferde und 4 Equipagen Mark
40 000
aus 2000 Equipagen Mark
20 000
aus 1000 Equipagen mit 4 Pferden Mk.
10 000
Lose empfehlen und versenden
Lud. Müller & Co.
Berlin C., Bankgesch. Breitestr. 6.
Telegr.-Adr.: Göttemüller.

Zu Vereinsfestlichkeiten
Damenpenden, Besorgungsgewandte, Kopfbekleidungen, Girlanden in großer Auswahl zu billigen Preisen.
Ernst Minnich Nachf.,
Admiralstr. 18c.
Sofort zugreifen!
Garantie: Zurücknahme. Streng reell! Einige leicht beschaffte Volksbademänner, Ia. Parfüm Paradies, Normalgröße 172 cm lang, aus bez. Blech, anstatt Fabrikpreis 12,50, nur 10,50, franko gegen Nachnahme. 2715b
Holz- u. Metallwerk Oederan (Sachsen).

Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden)

In neuer Auflage ist erschienen:
Referenten-Führer
Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationsfähigkeit notwendigen Wissenskönnens von **Eduard David.**
4. durchgesehene Auflage.
Preis 1,50 Mark.

Zwölfter Parteitag der englischen Arbeiterpartei.

Birmingham, 26. Januar. (Eig. Ber.) (Dritter Tag.)

Gleich zu Anfang der Sitzung wurde beschlossen, ein Telegramm an die deutsche Sozialdemokratische Partei zu schicken...

Der Vorstand berichtete alsdann über die Finanzen des kommenden Jahres, die durch den Beschluß der gestrigen Sitzung unregelmäßig geblieben waren...

Von den Gewerkschaftskartellen zu Portsmouth und Sudbury wurde der Versicherungsgesetz kritisiert. Es hieß darin, daß gewisse Klauseln des Gesetzes die Schwierigkeiten...

Der Begründer der Resolution forderte, daß die Lasten der Versicherung auf die Schultern derjenigen Personen zu legen seien, die wie die Landmonopolisten, Eigentümer der Slams...

Sanders (Haber) bezeichnete die Einführung der Beitragspflicht als einen sozialen Rückschritt. Die Konservativen nähmen sich an der liberalen Sozialreform ein Beispiel...

MacDonald machte die Resolution lächerlich. Der Vorstand könne nichts dagegen haben, wenn die Resolution angenommen werde...

Knee (Londoner G. A.) bezeichnete das Versicherungsgesetz als ein Divisionsexperiment und Sexton (Dodarbeiter) verurteilte die im Gesetz enthaltene Ungerechtigkeit...

Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die J. L. P. und der Textilarbeiterverband hatten folgende Resolution über die Kriegsfürsorge eingebracht:

Da der Parteitag der Ansicht ist, daß der Krieg den sozialen Fortschritt und die Wohlfahrt der Arbeiterklasse bedroht und scharfes Elend, Verlust an Menschenleben und Vergeudung materieller Güter im Gefolge hat...

Die Resolution wurde einstimmig angenommen, nachdem ein Zusatzantrag der Arbeiterpartei von Barron-in-Furness (wo Küstungen abgebaut werden) in dem verlangt wurde...

Bruce Glasier begründete im Namen der J. L. P. einen Antrag, in dem der Vorstand beauftragt wird, bei den verschiedenen Sektionen anzufragen, wie diese sich zu der Idee eines Streiks oder Generalstreiks zur Verhütung der Mobilmachung stellen...

Sanderson (ParteiSekretär) befuhrwortete die Annahme der Resolution, in der ja nur eine Anfrage beantragt werde. Die Resolution wurde dann mit 1323 000 gegen 155 000 Stimmen angenommen.

In einer Resolution, in der die persische Politik der englischen Regierung scharf verurteilt wurde, nahm Keir Hardie das Wort. Er führte folgendes aus: Die Arbeiterpartei beurteilt die ganze auswärtige Politik der liberalen Regierung, wie sie in dem füllschweigenden Einvernehmen Englands in den Auswärtigen Angelegenheiten...

Die Resolution wurde von Anderson (J. L. P.) in einer temperamentvollen Rede unterstützt und dann einstimmig angenommen.

Einstimmig angenommen wurde auch eine Resolution, die gegen die drakonischen Urteile protestierte, die in der letzten Zeit gegen Arbeiter und Arbeitervertreter wegen Streikvergehen gefällt worden sind.

Längere Debatten riefen noch die Anträge zu den Punkten Wahlrecht und Unterrichtsfrage hervor. In der Wahlrechtsresolution hieß es, daß keine Wahlrechtserweiterung annehmbar sei, die nicht den Frauen das Stimmrecht gebe...

Am Schluß der Morgen-sitzung überreichte der Vorsitzende dem Genossen Wollenbuhr im Namen des Parteitags ein kleines Geschenk und Andenken in Gestalt der Werte Shakspares. Wollenbuhr dankte mit einigen herzlichen Worten...

In der Nachmittags-sitzung fand der „Mordmord zu Bethlehem“ statt, wie unsere englischen Freunde humoristisch die massenweise Abschichtung der noch unerledigten Anträge nennen. Nur ganz zu Ende, als der Vorsitzende den Parteitag schon schließen wollte, kam es noch einmal zu einer Debatte über einen Antrag...

Zumer (Glasgow) begründete den Antrag und bezeichnete den Parlamentarier Snowden als den Verfasser der zu verurteilenden Artikel.

MacDonald gab zu, daß die Disziplin in der parlamentarischen Fraktion manches zu wünschen übrig lasse. Dieses Uebel zu kurieren, sei Sache des Parteitags. Dieser muß sich eine bessere Kontrolle über die Vertreter im Parlament verschaffen...

Nach dieser Erklärung wurde ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Der Parteitag schloß mit den üblichen Dankworten für den Präsidenten.

Konferenz der Binnenschiffer.

Zur Trinkwasserfrage wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 29. und 30. Januar in Berlin tagende Delegiertenversammlung der Binnenschiffer der Elbe, Oder und der märkischen Wasserstraßen erachtet das Kaiserliche Gesundheitsamt, den Trinkwasserverhältnissen ernstlich seine Aufmerksamkeit zuzuwenden...

- 1. Fürsorge für genügende Trinkwasseranlagen und Schöpfstellen, damit die Schiffsmannschaften nicht gezwungen sind, Flußwasser zu genießen.
2. Errichtung resp. Verlegung von Trinkwasseranlagen an solche Plätze, die ohne Unfallgefahr erreicht werden können.
3. Insbesondere ist darauf zu achten, daß die Anlagen zu errichten sind, ohne daß die Gleise von Eisen- und Straßenbahnen überschritten werden müssen.
4. In den Seehäfen oder solchen Häfen, wo eine direkte Verbindung zwischen Land und Fahrzeug nicht herzustellen ist, dahin zu wirken, daß Trinkwasser durch Wasserboote gratis an die Flußfahrzeuge geliefert wird, sofern die Fahrzeuge nicht am Lande liegen.
5. In der Flößerei ist mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß den Flößern während der Fahrt Trinkwasserbehälter geliefert werden, wie dies bei Epidemien wiederholt schon der Fall war.

Die gestrige Sitzung begann mit der Beratung des 6. Punktes der Tagesordnung:

Die Einwirkung der Organisation auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Binnenschifffahrt.

Der Referent Schünning führte in der hauptsächlich folgenden aus: Die erste erfolgreiche Bewegung der Binnenschiffer war der Kampf auf der Elbe im Jahre 1906, der gewissermaßen eine Folge der Fusion der großen Schiffsfahrts-Gesellschaften war...

nämlich in dem für die Dresdener Kohlen-schiffahrt und dem für die Steine-, Kohlen- und Güterschiffahrt in Meissen. In den anderen drei Tarifsen auf Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen wurden hinsichtlich der Löhne nur bestimmte Zuschläge von 5 M. und mehr festgelegt; daneben ist die Bezahlung für Ueberarbeit geregelt; es sind andere Verbesserungen geschaffen und alte Mißstände beseitigt; die Arbeitszeit ist an den Umschlagplätzen, jedoch nicht während der Fahrt geregelt...

Es lagen zu diesem Punkt verschiedene Anträge vor, die jedoch nicht zur Abstimmung gebracht, sondern einer Tariffkommission überwiesen wurden. In diese Kommission wurden gewählt: Schünning, A. Schulz, Schramm, Rohberg und Schlich.

Unter anderem wurde ein Antrag auf Anstellung je eines Beamten der Organisation in Stettin und Magdeburg einstimmig angenommen und der Hauptverwaltung des Transportarbeiterverbandes überwiesen.

Nach Erledigung einiger anderer Anträge wurden die Resolutionen zum Vorstände vollzogen. In den engeren Vorstand wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt: B. Schünning als Vorsitzender, A. Schulz als Schriftführer, W. E. Wöhmer als Kassierer, C. A. Seidel und A. Heitmann als Beisitzer.

In der Nachmittags-sitzung kamen noch einige Anträge zum bevorstehenden Verbandstag zur Verhandlung. Gutgeheißen wurde ein Antrag, der Veränderung in der Beitragsleistung vorsieht, sowie ein anderer, der eine Verlängerung der Karenzzeit sowie Abänderungen in den übrigen Bestimmungen der Erwerbslosenunterstützung zum Ziele hat.

Nachdem der Tarifmissionen- und Heizervertreter Krebs in einer kurzen Ansprache erklärt hatte, daß sein Verband bei der kommenden Lohnbewegung einmütig mit der Organisation der Binnenschiffer zusammenarbeiten werde, wurde der Vorsitzende Schünning in anfeuernden Worten zu weiterer unermüdbarer Tätigkeit für die Organisation aufgefordert...

Witterungsüberblick vom 30. Januar 1912.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer (mm), Windrichtung, Windstärke. Rows include: Eisenmende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Caparanda, Petersburg, Eibitz, Altdorf, Paris.

Wetterprognose für Mittwoch, den 31. Januar 1912. Etwas gelinder bei zunehmender Bewölkung und lebhaften westlichen Winden; geringe Niederschläge. Berlin: Wetterbureau.

Persil

das selbsttätige **Waschmittel!**

Wer seine Wäsche schonen und ihr größere Gebrauchsdauer sichern will, nehme zum Waschen nichts anderes als Persil, das bewährte, selbsttätige, unschädliche Waschmittel von Millionen Hausfrauen. — Erhältlich nur in Original-Paketen.
Der Washtag bringt Ihnen keinen Ärger mehr!
 Persil wäscht ganz von selbst! Die Wäsche wird eingesetzt, etwa 1/4—1/2 Stunde gekocht und gut ausgespült; sie ist dann fertig, blütenweiß wie auf dem Rasen gebleicht.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinig Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkel's Bleich-Soda.

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.**

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 31. Januar 1912.
 Anfang 8 Uhr.
Zirkus Sarrasani. Große Vorstellung.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
A. Overhans. Der Rosenkavalier.
Ag. Schauspielhaus. Gedrönter Siegfried. Siegfrieds Tod.
Deutsches. Benefiz.
Gaverland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Tondenztraße 48/49.
 Dr. Escherich: Im Reiche des Negus.
 Försdal: Ingenieur Grade: Flugwesen und Flugtechnik.
Kammerstücke. Dirigiert. Felling. Gudrun.
Neues Schauspielhaus. Heiligenschild.
Reichshallen. Alles für die Firma.
Kurfürstentheater. Der Schmied der Madonna.
Romische Oper. Undine.
Wesjen. Russisches Ballett.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Kofinen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Der Weg zur Hölle.
Schiller. Charlottenburg. Der Proberpfel.
Friedr. Wilt. Schauspielhaus. Tullus.
Neues. Das Rädel von Montmartre.
Luisen. Wir tanzen durchs Leben.
Hof. Salon und Klotter.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Reines. Lotthens Gedächtnis.
Genz und Janny Elker. Hochzeits.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Volnische Wirklichkeit.
Casino. Der Kampf ums Dasein.
Hypan. Spezialitäten.
Wassage. Spezialitäten.
Serranfeld. Schmerzlose Behandlung.
Das Kind der Firma.
Reichshallen. Stiller Sänger.
Königgrätzer-Kasino. Im Taumel des Glückes. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Wandelblatts Bolterabend. Losgelassen. Waffenübung.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Moos. Die Bettlerin und ihr Kind.
Boigt. Pfeffer-Höfel.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Leidenschaft.
Belle-Alliance. Teufel.
Sternwarte. Invaldenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Theater.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Proberpfel.
 Freitag, abends 8 Uhr:
König Heinrich.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Proberpfel.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Maskerade.
Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Große Kofinen.
Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Das Rädel von Montmartre.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: **Der fidele Bauer.**
Theater des Westens.
 8 Uhr: **Russisches Ballett.**
 Pavillon der Armida — Syphiden — Geist der Rosa — Polowetzker Tänze.
Reichshallen-Theater.
 Direktion Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
 (Aimé des Femmes.)
 Schwan in 3 Akten von R. Demegnin u. G. Mitchell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Baeders.
 Morgen u. folg. Tage: **Alles f. d. Firma.**
Luisen-Theater.
 Mittwoch (Abonnement gültig):
Wir tanzen durchs Leben.
 Donnerstag: **Premiere: Sommerputz.**
 Freitag: **Aus Mangel an Beweisen.**
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Abends 8 Uhr:
Salon und Klotter.
 Volksstück in 5 Akten v. Georg Horn.
 Donnerstag: **Helmat.**
Metropol-Theater.
 Abends 8 Uhr: **Rauschen gefaltet.**
Die Nacht von Berlin!
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von Paul Freund. Musik von R. Holländer.
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Apollo Theater
 Anfang 8 Uhr.
Letzter Tag
 des Januar-Programms mit **Harry Walden.**
 Morgen Donnerstag 8 Uhr:
Vollständig neues Programm.
8 für Berlin neue Debüt
 mit **Paul Beckers,**
 des „Original“.
Herrnfeld Theater
 Nur noch wenige Tage!
Das Kind der Firma
 und
Schmerzlose Behandlung.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverk. 11-2 Uhr (Theaterkasse).
 In Vorbereitung: **Die Novitäten:**
Wie man Männer bessert.
 Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld. — Hierzu: **Schwank** in 1 Akt.
Roacks Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Brunnenstraße 16.
Die Bettlerin und ihr Kind.
 Schauspiel in 5 Akten von Reicher.
 Anfang 8 1/2 Uhr. **Sons usw. gültig.**
 Morgen: **Dieselbe Vorstellung.**
Passage-Panoptikum.
Bei den Feuerfressern
Lebend! Lebend!
Die wilden Essaus.
 Karawane sudanesischer Maul- und Feuer-Fakirs in ihrem Originaldorfe.
Ohne Extra-Entree.

„CLOU“
 Berliner Konzerthaus,
 Mauorstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert u.
 !!! Zillertaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
 Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
 Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.
Neue Welt.
 Arnold Scholz. Hasenheide 108-111.
 Mittwoch, den 31. Januar 1912:
Bockbierfest in den bayer. Alpen.
 Morgen Donnerstag, den 1. Februar 1912:
 Elite-Tag!
Damen-Prämierung.
 Prämiiert wird:
Der längste echte Zopf.
 Chinesinnen nicht ausgeschlossen.
 3 bare Geldpreise: 50.—, 30.—, 20.— Mark.
 Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
4 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
 Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.
Brauerei Friedrichshain
 am Königstor.
 Größte Schenswürdigkeit Berlins.
Heute Mittwoch: Elite-Tag
 Gratisverteilung von 200 Wertgegenständen.
 Größter Bock-Jubel u. Trubel. Auf der Alm.
 Die berühmtesten Festwirte
Ehrengruber und Weislerl.
 3 Kapellen. 100 Oberbavarn.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Passierkarten haben volle Gültigkeit.
Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 8 Uhr: Dr. Escherich:
Im Reiche des Negus.
 Hörsaal 8 Uhr: Ingenieur Grade:
 Flugwesen und Flugtechnik.
Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
 Barlesle v. Reichardt.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.
Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
 Nachmittags:
Militär-Konzert.
 Kunstlauf - Produktionen.
 Abends die **Novitäten:**
 Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und **Die kleine Charlotte.**
 Der norwegische Meister **Harry Paulsen**
 sowie d. prächt. Eisballett **Alpenzauber.**
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr **halbe Kassenpreise.**
 Restaurant L. Ranges.
Belle-Alliance-Theater.
 8 1/2 Uhr: **Drittes Gastspiel Ferd. Bonn in „Trilby“.**
 Ad. Sonnabend, 3. Februar, täglich:
Napoleon Bonaparte und seine Frauen.
 (Gastsp. Bonn als Napoleon Bonaparte).
BUNTE BÜHNE
Kabarett und Theater.
 Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Theater Alt-Berlin
 Blumenstr. 10.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Passage-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Miriam Horwitz
 in ihrem „Die Falle“
 Mlle. Maroussia
 The Meteors
 Lina Loos
 und 10 neue Attraktionen!
Königstadt-Kasino.
 Ade Holzmarkt- u. Alexanderstraße
 Bis 1. Februar täglich:
Im Taumel des Glückes.
 Volksstück in 2 Akten.
 Die erstklassigen Spezialitäten
 Jeden 1. u. 18. Programmwechsel.

Zirkus Busch
 Mittwoch, 31. Januar, ab 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend!
Gastspiel Gertr. Arnold
Die Hexe.
 Besonders hervorzuheben:
 Der Traum des Hexenmeisters
 (eine Darstellung des Volksglaubens jener Zeit).
 Mr. Taft, Manege-Illusionskünstler, 3 Schw. Blumenfeld,
 Reck zu Pferde, Sand-Spiel
 und Amats, Herr Schumann
 und das große Gala-Programm.
 Morgen Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 Zum 1. Male in Deutschland:
20 Ringkämpfer 20
 Nähere Einzelheiten über den
 Ringkampf und die Teilnehmer
 im Programm.
A. Schumann
 Mittwoch, 31. Jan., abends 7 1/2 Uhr:
 Das große Gala-Programm
 und um 9 Uhr das neueste
 Ausstattungsstück:
Das Motorpferd
 in 5 Akten.
 Weiter geht es nicht mehr!
 Dieses große Ausstattungsstück zu übertreffen ist unmöglich!
Union-Theater
5 neue Programme!
 Unt. d. Linden
 Internationale **Sport-Woche.**
Alexanderplatz
Die Schlacht.
 Amerik. Kriegsszenen.
Moritzplatz
Max Linder
 in sein. neuem Sketch.
Hasenheide
 Dem Leoparden entrisen.
 Wild-West-Drama.
Wedding
Die Verräterin
 Hauptrolle: Asta Nielsen.
Alexanderplatz Heute nachm. 3 Uhr: **Spezial-Schüler-Vorstellung.**
Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
 Wandelblatts Bolterabend.

Sarrasani
 Schönhauser Allee.
 Telephon: Nord 4100.
 Mittwoch, den 31. Januar,
 3 Uhr 2 7 1/2 Uhr
Elitevorstellungen
 Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen.
 Militärs bis zum Feldwebel auf allen Sitzplätzen halbe Preise.
 Vorverkauf a. d. Circuskasse und — nur für abends — bei A. Wertheim.
Boigt-Theater.
 Schindlerstr. 68.
 Mittwoch, den 31. Januar 1912:
Pfeffer-Höfel.
 Schauspiel in 5 Akten.
 Aufführung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Mittwoch, 7. Februar: **Sum Bensch für Baumalter: Ein armer Edelmann.**
Casino-Theater
 Lotzbringer Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
 Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
 Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen. — Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr:
Der selige Hofschindl.
Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.
Germania-Prachtsale
 N. Chausseestr. 110. Carl Richter.
 Jeden Mittwoch:
 Paul Mantheys
lustige Sänger.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nachdem **Freitanz.**
 — Borzugskarten gelten. —
 Morgen Donnerstag:
Gr. Kochertanz.
 Anschließend: Familienkränzen ohne Nachzahlung.
Humor-Quartett
 Gg. Treuer
 Kartaniallee 60
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O. Bubolzstr. 4

Arbeiter-Bekleidung F. Falk

Bäckereien, Konditor. Blottners Großbäckerei

Gebrüder Manns

Engel's Landbrot

Witt Engel

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Ost-Bad, Fallisandenstr. 76.

Kuranstalt M. Schulz

Passage-Bad

Römer-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Friedrich-Wilhelmsbad

Bade-Einrichtungen

Das gesündeste und billigste

Bezugsquellen-Verzeichnis.

R. Geuser, Kopenhagenerstr. 9.

S. Grossmann, Landbergerstr. 34.

Alte Hinz, Graunstraße 6.

Wagner, J., Rixd., Bergstr. 42.

Westmann

Damenkleiderstoffe

Drogen u. Farben

Adolf Dannemann

Chr. Kroog

Köhler

Hans Kunkel

Rich. Marks

Werner

Winkler & Barthold

Fleischer u. Wurst

Hermann Albrecht

Jul. Amandowicz

A. Barthum

W. Becker

Rich. Becker

Behle, Rind.

Bilflein, J.

A. Bilsch

August Bismuth

Partei-Angelegenheiten.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Am Freitagabend, den 2. Februar, findet in Berlin und einigen Vororten eine

Flugblattverbreitung

statt.

Von Sonntag an sollen unsere Genossen bei den Empfängern der Flugblätter vorsprechen, um sie als Abonnement des „Vorwärts“ und als Mitglieder der Parteiorganisation zu gewinnen.

Der Aktionsausschuß.

Teltow. Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal von W. Bonow, Berliner Str. 16: Deffentliche Kommunalwähler-Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Stadtverordneten Groger. Aufstellung der Kandidaten. Freie Aussprache.

Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Organisierte Wohltätigkeit.

Die Wohltätigkeitsvereine zusammenzufassen, hat man in Berlin seit langem sich bemüht. Der erste Versuch wurde hier, nebenbei bemerkt, schon vor jetzt ziemlich 100 Jahren gemacht im Anschluß an eine Neugestaltung der öffentlichen Armenpflege Berlins, die erst damals an die Stadtgemeinde überging.

Ein neuer und eigenartiger Weg zu dem Ziel, einen gewissen Zusammenhang zwischen der Hilfsarbeit der einzelnen Wohltätigkeitsvereine sowie der auf demselben Gebiet sich betätigenden Anstalten und Behörden herzustellen, wurde vor jetzt zwei Jahrzehnten von der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ eingeschlagen. Sie schuf unter dem unscheinbaren Namen einer „Auskunftsstelle“ eine Vereinigung, die den Zweck hatte, die Hilfesuchenden an die richtigen Stellen zu führen, wo sie Hilfe finden konnten, und andererseits diese Stellen gegen nicht wirklich Hilfsbedürftige zu sichern.

Die „Zentrale für private Fürsorge“ ist keiner der üblichen Wohltätigkeitsvereine, die ihre Aufgabe nur darin sehen, selber Geldmittel aufzubringen, um Notleidenden direkt zu helfen. Sie will Hilfsbedürftigen beistehen durch Materieteilung und persönliche Fürsorge, die sich auf sorgfältige Prüfung der Verhältnisse stützt.

Jetzt hat diese Vereinigung selber zum ersten Male eine zusammenhängende und ausführliche Darstellung ihrer Tätigkeit veröffentlicht. Die Zahlenangaben über die Arbeit der Zentrale, die ihrem Bericht beigegeben sind, nehmen in ihm nur einen geringen Raum ein. Der Bericht soll nicht eigentlich zeigen, wieviel geleistet worden ist. Er will hauptsächlich darüber belehren, wie die Zentrale arbeitet.

Als zum Frühjahr 1911 sind in bisher 18 Jahren rund 35 500 Fälle an sie herangekreten und registriert worden. Unter 7592 Gesuchen des Jahres 1910 waren 2830, die von den Bittstellern selber an die Zentrale gerichtet wurden, während die übrigen 4762 Gesuche ihr von Personen überwiesen wurden, an die die Hilfesuchenden sich gewandt hatten. Von den 2830 Bittstellern, die sich direkt an die Zentrale wandten, waren ihr nur 505 schon von früher her bekannt. Dagegen waren unter den 4762 Personen, deren Gesuche erst durch Ueberweisung an die Zentrale gelangten, 2467 ihr schon bekannte Bittsteller. Im Jahre 1909 waren 8040 Gesuche eingegangen, 2605 direkt und 5435 durch Ueberweisung. Von 1909 zu 1910 hat die Zahl der direkten Gesuche sich gemehrt, die der Ueberweisungen sich gemindert. Der V. d. V. in dem Maßstab der Ueberweisungsziffer habe die Zentrale „gewissermaßen einen Erfolg“ ihrer Arbeit zu sehen, und er führt dann näher aus: „Es wird nämlich unter den Wohnheimbetreibern allmählich bekannt, welche wohlhabenden und wohlhabenden Personen nicht mehr auf ihre Gesuche ohne weiteres reagieren, sondern sie uns zur Prüfung überweisen, und die Folge davon ist, daß die Belästigung mit Bittbriefen für diese unsere Mitglieder nachläßt.“

Dieser Zusatz läßt schon erkennen, welches Gewicht die Zentrale auf den, wenn man so sagen darf, negativen Teil ihrer Tätigkeit legt, auf die Abwehrrung von nicht hilfsbedürftigen Bittstellern, von gewohnheitsmäßigen Schnorrern. Genau genommen ist allerdings auch das eine durchaus positive Arbeit, die getan werden muß, um den wirklich Hilfsbedürftigen die Hilfsquellen zu sichern. Daß dabei mitunter auch sehr über das Ziel hinausgeschossen und mancher Notleidende zu Unrecht als nicht Hilfsbedürftiger eingeschätzt wird, das darf man bei der Unvollkommenheit alles menschlichen Könnens von vornherein annehmen, wie es andererseits auch nur zu wahrscheinlich ist, daß trotz allem Material der Zentrale noch mancher Schnorrer unentdeckt die Gasse durchstreift.

Wichtiger als der Kampf gegen jene Bittbriefschreiber erscheint uns und auch der Zentrale selber der pflegerische Teil ihrer Arbeit. Die Zentrale betrachtet es als ihre Aufgabe, durch möglichst tiefes Eindringen in die Verhältnisse der Bittsteller die Symptome der Notlage zu erkennen und diese in ihrem Zusammenhang mit den umgebenden Zuständen zu verstehen, weil nur auf solchem Verständnis eine planmäßige und wirksame Hilfsaktion sich aufbauen läßt. Sie sucht den von ihr ermittelten gesamten Notstand einer Einzelperson oder einer ganzen Familie von den verschiedensten Seiten zu bekämpfen durch zweckentsprechende Benutzung aller in Betracht kommenden Hilfsquellen sowie durch Anspornung und Entwidlung der in dem Hilfsbedürftigen selber noch vorhandenen Kräfte, wobei es ihr vor allem darum zu tun ist, möglichst eine völlige Gesundung der Lage herbeizuführen.

An dem Bericht sind zahlreiche Filialzweigsfälle sehr ausführlich in ihrem ganzen Verlauf dargestellt. In der Wiederherstellung der Existenzmöglichkeit mancher Familien ist mit einer Umsicht und Stubbauer gearbeitet worden, wie sie nur bei einer solchen Organisation der Wohltätigkeit geleistet werden kann. Die Unterstützung geschieht mit barem Geld, dann die Beschaffung einer geeigneten

Erwerbsgelegenheit, daneben eine gesundheitliche Fürsorge durch ärztliche Hilfe, durch Unterbringung in Erholungsheimen usw., bei Kindern auch eine Fürsorge in erzieherischer Hinsicht — alles das greift planmäßig ineinander und vereinigt sich zu einer Gesamtwirkung, so daß selbst in verzweifeltsten Fällen oft noch eine erfolgreiche Aufhilfe zustande kommt. Aber möglich ist solche Arbeit in der Tat nur einer Zentralstelle, die durch Anrufung der hilfsbereiten Stellen die zweckentsprechenden Einzelhilfen vermittelt und sie zu einer alle Seiten eines Notstandes berücksichtigenden einheitlichen Hilfsaktion zusammenfaßt.

Wir wissen, daß Not und Elend nur durch eine Neugestaltung unserer Gesellschaftsordnung aus der Welt geschafft werden kann, durch Beseitigung aller Herrschaft des ausbeutenden Kapitals und aller Anreicherung der schaffenden Arbeit. Aber schon im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung läßt sich zur Vinderung von Not und Elend manches tun, wenn man nur will, und eine richtige Organisation der Betätigung „praktischer Nächstenliebe“ kann den etwa vorhandenen guten Willen wirksam unterstützen. Wie überall, so ist auch bei der „Zentrale für private Fürsorge“ gewiß „nicht alles Gold, was glänzt“. Ihre Arbeit ist aber der erstrebliche Anfang einer Entwidlung von planloser Quacksalberei der einzelnen Wohltätigkeitsvereine zu organisierter Wohlfahrtspflege, die dem Notleidenden zu helfen sucht, indem sie ihn wieder auf die eigenen Füße stellt. Noch größerer könnte hier eine ähnlich planvolle Wohlfahrtspflege der Gemeinden geschaffen, aber die Gemeinden überlassen so etwas leider der Privatthätigkeit.

Berlin bringt mehr als den fünften Teil der Einnahmen der Reichspost. Die Bedeutung und die Geschäftslast der einzelnen Postämter wird von der Postverwaltung nach den erzielten Einnahmen bewertet. Die Angaben darüber haben jedenfalls den Vorteil, daß sie bis auf den letzten Pfennig genau sind und nicht auf Durchschnitt oder Zählungen an einzelnen Tagen beruhen, die dann u. a. auf mehrere Jahre angewandt werden. Was für einzelne Postämter gilt, hat jedenfalls auch Bedeutung für ganze Bezirke. Im letzten Rechnungsjahre, das mit dem 31. März 1911 geschlossen hat, hat der Ober-Postdirektionsbezirk Berlin an Porto und Telegrammgebühren über 124 Millionen Mark vereinnahmt. Es ist dies mehr als der fünfte Teil der gesamten Einnahmen der Reichspost, die gleichzeitig nicht ganz 649 1/2 Millionen Mark vereinnahmte. In den letzten zehn Jahren haben sich die Einnahmen des Berliner Bezirkes nahezu verdoppelt. Sie betragen im Rechnungsjahr 1900/01 noch 64 1/2 Millionen, während der Reichspost damals 366 1/2 Millionen einnahmen. Kein anderer Bezirk erreicht auch nur annähernd die Berliner Einnahmen. Am meisten haben Hamburg mit 45 Millionen, Düsseldorf mit 44, Leipzig 26, Dresden und Frankfurt a. M. je 23 1/2, Cassel 21, Erfurt und Dortmund je 20 1/2, Köln 20, Weeslau 17, Magdeburg und Karlsruhe je 16, Hannover 14, Darmstadt 12 1/2, Kiel 12, Straßburg 11 1/2, Bremen und Potsdam je 11, Halle 10 u. s. w. Die kleinsten Einnahmen hat Gumbinnen mit 4 Millionen, d. i. der 31. Teil der Einnahmen des Berliner Bezirkes.

Die Schulferien von Berlin und der Provinz Brandenburg 1912. Die Ferien an den Unterrichtsanstalten im Amtsbezirk des Provinzialschulkollegiums in Berlin sind für das Schuljahr 1912 folgendermaßen festgesetzt worden. Vor den Osterferien schließt der Unterricht am Sonnabend, den 30. März, und beginnt nach ihnen wieder am Dienstag, den 16. April. Vor Pfingsten schließt der Unterricht am Freitag, den 24. Mai, und beginnt wieder am Freitag, den 31. Mai. Vor den Sommerferien ist Schluß am Freitag, den 5. Juli, Wiederbeginn am Dienstag, den 6. August. Der Unterricht beginnt jedoch erst am Dienstag, den 13. August, in den Lehranstalten, die dem Provinzialschulkollegium in folgenden Orten unterstellt sind: in Berlin, Charlottenburg, Dahlem, Friedenau, Friedrichshagen, Grunewald, Hermsdorf, Hermannswerder, Jüterbog, Köpenick, Lankwitz, Groß-Lichterfelde, Lichtenberg, Mariendorf, Niederschönhausen, Rommel, Oranienburg, Rankow, Potsdam, Reinickendorf, Rixdorf, Rummelsburg, Scharnberg, Schöneberg, Oberschöneweide, Niederschöneweide, Spandau, Steglitz, Strausberg, Süden, Tegel, Tempelhof, Treptow, Weihensee, Wilmersdorf und Zehlendorf. Vor den Herbstferien schließt der Unterricht am Mittwoch, den 2. Oktober, und beginnt wieder am Donnerstag, den 17. Oktober, bei den Anstalten, bei denen die Sommerferien länger dauern, jedoch schon am Donnerstag, den 10. Oktober. Vor Weihnachten schließt der Unterricht am Sonnabend, den 21. Dezember. Er beginnt wieder am Freitag, den 3. Januar. Das Schuljahr 1912 beginnt am Mittwoch, den 16. März, das Schuljahr 1913 am Donnerstag, den 3. April.

Um Seelenheil der Studierenden. Schon oft hat die Berliner Universitätsbehörde studentischen Organisationen Vorträge verboten. Vorzugsweise wurde davon die freie Studentenschaft betroffen. In diesem Semester hat man den teuren Nachwuchs der nationalen Intelligenz in väterlicher Fürsorge einmal vor dem verderblichen Einfluß des Mauerbrecher und dann des Breitscheid bewahrt: einen parteipolitisch tätigen Sozialdemokraten zu einem Vortrag aufzufordern, hatten die unternehmungslustigen jungen Leute natürlich nicht gewagt. Am amüsansten aber ist der jüngste Zensurstreich: Die Freistudenten hätten gern eine Großdruckerei befristet. Sie wandten sich an die größeren Zeitungen Berlins und erhielten die Erlaubnis vom — „Vorwärts“! Doch die Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Der Besuch wurde vom Rektor nicht genehmigt. Die Rotations Schnellpressen hätten ja „rot“ abfärben können.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein, Zum „Vorwärts“ darf kein Student hinein!

Wie die oberen Zehntausend sich amüsieren. Die „Vossische Zeitung“ enthielt am Sonntag das folgende, auffällig gedruckte Inserat:

„Für Anfang März suche ich für 10 Tage eine unmobilierte Villa oder zwei große unbewohnte Wohnungen in einem Hause, entweder im Vorort oder im Tiergartenviertel, zur Abhaltung eines großen, zwei Tage dauernden Privatballes.“ Also eine feile Nacht genügt nicht mehr. Es müssen, um die Kerzen bis zur Erschöpfung zu peitschen, gleich zwei Tage und zwei Nächte sein. Das kann ja nach dem Vorbilde amerikanischer Millionäre, die nicht wissen, wie sie am besten das zusammengeschnobene Geld verquatschen sollen, eine recht nette Kopie werden!

Benutzung der Dach- und Kellerräume.

Polizeioffiziers wird geschrieben: „Die polizeiliche Beanstandung der unzulässigerweise in Dachgeschossen eingerichteten Künsterateliers in Berlin und seinen Vororten hat der Presse mehrfach Anlaß gegeben, erneut die Forderung aufzustellen, daß allgemein die Ausbarmachung der Dach- und Kellerräume zum dauernden Aufenthalt von Menschen über die erlaubte Zahl von Volksgenossen hinaus gestattet werde. Es wird dabei zumeist davon ausgegangen, daß sich oft im Dach sowohl wie im Keller Räume einrichten lassen, die an sich allen gewöhnlichen Anforderungen genügen und auch in feuerpolizeilicher Hinsicht einwandfrei sind. Die Richtigkeit dieser Behauptung ist nicht zu bestreiten, sie trifft aber nicht den springenden Punkt.“

Es kommt vor allem darauf an, dem immer stärker auftretenden Bestreben der Grundstücksbesitzer nach einer intensiveren baulichen Ausnutzung des Grund und Bodens entgegenzutreten und es zu verhindern, daß durch die Zulassung weiterer zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmter Räume über das jetzt statthafte Maß hinaus eine noch weitere Anhäufung von Menschen auf einem verhältnismäßig geringen Raum stattfindet.

Die Zustände in Berlin und seinen großen Vororten sind in dieser Hinsicht bereits erheblich ungünstiger als in anderen Großstädten des In- und Auslandes; kamen doch bereits im Jahre 1900 auf ein betrohntes Gebäude in München 28,9, in Hamburg 23,3, in Antwerpen 8,40, in London 7,93, in Berlin dagegen 50,1 und in Charlottenburg 52,8 Bewohner. Dabei erscheint es nicht ungünstig, zwischen Geschäftshäusern und Wohngebäuden einen Unterschied zu machen, da eine scharfe Trennung dieser Gebäudelategorien nicht durchweg besteht und eine Kontrolle, daß Geschäftsräume nicht zu Wohnzwecken benützt werden, von der Polizei gar nicht ausgeübt werden kann. Unter diesen Umständen wird es bei dem Verbot der Anlegung von Räumen zum dauernden Aufenthalt von Menschen in den Dach- und Kellergeschossen im allgemeinen sein Bewenden behalten müssen, was nicht ansieht, daß Ausnahmen in besonders gearteten Fällen, soweit das ohne Verletzung der festzuhaltenden Grundsätze möglich ist, zugelassen werden.“

Unteres Erachtens kommt die Polizei den Grundstücks- und Hausbesitzern schon immer recht weit entgegen, so daß letztere durch- aus keine Ursache zu Klagen gegen die Polizei haben. In der Frage der Wäckerordnung hat die Polizei den Hausbesitzern Zugeständnisse gemacht, die sich mit den gesetzlichen Bestimmungen kaum mehr vereinbaren lassen.

Ministerialerlaß über die Masseur. Der Minister des Innern hat bestimmt, daß in Zukunft staatliche Prüfungen für Heilgehilfen und Masseur nach den Vorschriften vom 18. Februar 1903 nicht mehr abgehalten und entsprechende Zeugnisse nicht mehr zu erteilen sind, da in den erforderlichen Berichten allgemein anerkannt ist, daß ein großer Teil der Hilfstätigkeit, die die staatlich geprüften Heilgehilfen und Masseur ausüben sollen, von den staatlich anerkannten Krankenpflegepersonen geleistet wird, und daß deren Ausbildung die überwiegende Mehrzahl der im Befähigungszeugnis der Heilgehilfen und Masseur aufgeführten Fähigkeiten in sich schließt.

Das Motorverbot für Kinotheater zurückgezogen. Infolge des Kinematographenbrandes in der Frankfurter Allee ist in der Herrn v. Jagow unterstellten Theaterabteilung des Polizeipräsidiums der Gedanke aufgetaucht, schnellmöglichst durch neue Bestimmungen eine Panik bei etwaigen Kinobranden zu verhüten. Bekanntlich lautete die neueste Bestimmung, daß der Motor am Projektionsapparat, der ein selbsttätiges Vorführen des Films bewirkt, durch Betätigung der Handkurbel erstickt wird. Diese Verordnung verurteilt nach der Meinung der technischen Interessentenfreie nur eine erhöhte Feuergefahr. Das Polizeipräsidium hat nun die schon geplante Einführung des Motorverbots auf vier Wochen verschoben. Schon jetzt, vor Ablauf dieser Frist, ist man nun willens, das Motorverbot überhaupt nicht zur Einführung gelangen zu lassen, da dessen Schädlichkeit von Fachkreisen aus gekennzeichnet wurde.

Zu der Ehekränkung in der Loewestraße, über die wir berichteten, erfahren wir, daß beide Eheleute schwerlich mit dem Leben davonkommen werden. Das Befinden der Frau Sonntag, das Montagabend nicht lebensgefährlich, wenn auch bedenklich zu sein schien, hat sich seitdem wesentlich verschlimmert. Auch der Mann liegt im Krankenhaus am Friedrichshagen so schwer danieder, daß kaum noch Hoffnung besteht, ihn am Leben zu erhalten.

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich Montagabend die 50 Jahre alte Frau Marie des Kohrlegers Methner aus der Kleinen Andreasstr. 18 das Leben genommen. Sie sprang aus dem zweiten Stock auf den mit spitzen Steinen gepflasterten Hof hinab und blieb mit zerstücktem Schädel tot liegen. Die Tochter sah noch gerade, wie sie zum Fenster hinaussprang, konnte sie aber nicht mehr retten.

In der Schulischen Raubmordsache ist es der Kriminalpolizei trotz der eingehendsten Nachforschungen bisher nicht gelungen, eine bestimmte Spur festzustellen. Insbesondere ist nach dem nunmehr erfolgten Abschluß der Inventur nicht mit Sicherheit festzustellen, was im einzelnen den Märdern in die Hände gefallen ist. Fest steht nur, daß eine große Anzahl Brillanten und Uhren geraubt worden ist, sicher ist ferner, daß die Tötung der Opfer von 11 1/2 Uhr bis 12 1/2 Uhr erfolgt sein muß.

Die Kriminalpolizei richtet nochmals an das Publikum die Bitte, über Wahrnehmungen in der kritischen Zeit, also am Mittwoch, den 17. d. M. zwischen 11 1/2 und 12 1/2 Uhr oder später Mitteilung zu machen. Besonders ist Zimmervermieterinnen das Fernbleiben, Veränderung in der Kleidung oder größere Geldausgaben ihrer Mieter oder Schlafsucher aufzufallen. Auch Drohschreiben, Straßenbahnkassierer usw. haben vielleicht Wahrnehmungen gemacht, deren Bekanntwerden der Behörde von Interesse sein könnte.

Ueber zwei Selbstmorde von Jugendlichen wird berichtet: In einem hiesigen vornehmen Hotel lernte am Sonntagabend um 10 Uhr ein junger Mann ein, der sich als Stud. phil. Kurt Schweizer aus Jülich in das Fremdenbuch einschrieb. Er suchte gleich sein Zimmer auf und gab für den nächsten Tag keinerlei Antwort. Als er am Montagmorgen immer noch nichts hatte von sich hören lassen und auf Klopfen keine Antwort gab, öffnete man die Tür seines Zimmers und fand dort den jungen Mann in seiner Kleidung tot auf dem Bett liegend. Er hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen. Abschiedsbriefe hinterließ er an die Hotelverwaltung, die Polizei und Angehörige. Im Brief an das Hotel legte er 20 M. für das Zimmer bei mit der Bitte, die Angelegenheit, die er der Direktion bereits, zu entschuldigen. Angehörige, die bereits hier erschienen, haben für den Selbstmord des jungen Mannes, der erst 20 Jahre zählte und aus einer vornehmen Stuttgarter Familie stammt, keine andere Erklärung, als daß er sich geistig überarbeitet hat und deshalb das Examen fürchtete. — In einer Kraftdrohke erschloß sich in der vergangenen Nacht ein junger Mann auf der Straße zwischen dem Brandenburger Tor und dem Reichslanzlerplatz in Charlottenburg. Nach einem Entlassungszeugnis der 67. Gemeindefschule handelt es sich um einen 15 1/2 Jahre alten Hermann Dunsch, den Sohn eines verstorbenen Gärtners Bernhard Dunsch. Wo der jugendliche Selbstmörder zuletzt gewohnt und was ihn in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt. Seine Leiche wurde nach dem Charlottenburger Schanhouse gebracht.

Ein Schenkel treibt seit einigen Wochen im Norden der Stadt sein Unwesen. Ein junger Mann von etwa 20 bis 24 Jahren lauert dort früh morgens auf den dunklen Haustreppen Frauen und Mädchen auf, die Zeitungen, Frühstück und Milch austragen und belästigt sie auf das schamloseste durch Aufforderungen, Tätschleiten und auch Drohungen. Bezeichnend ist dabei, daß er mit einer elektrischen Taschenlampe vorgeht. Der Unhold, der wie ein Arbeiter gekleidet ist, hat ein barloses Gesicht und eine nach links geneigte Körperhaltung und trägt einen dunklen Ueberzieher und einen steifen Hut oder eine Mütze. Die Belästigten würden, falls er wieder auftritt, gut tun, ihn sofort festnehmen zu lassen.

Wenigere Geschäftseindrücke, bei denen die Diebe allerhand Waren erbeuteten, sind wieder zu verzeichnen. Für ungefähr 3000 M. Kleiderstoffe, Weinen, Trübsagen usw. fielen Einbrechern in der Hände, die in das Modewarengeschäft von E. Schind in der Weisestrasse 31 eindringen. Hier benutzten sie die Stille der Straße an dieser Stelle, um aus der vorderen Ladentür ein Stück heranzuziehen und sich so Eingang in die Geschäftsräume zu verschaffen. Nachdem sie für obige Summe Waren aller Art zusammen-

gepakt hatten, erbrachen sie noch die Ladenkasse und entnahmen hieraus über 100 Mark in Bar. — Herren- und Damenstiefel im Werte von über 2000 M. erbeuteten Einbrecher, die das Schuhwarengeschäft der Geschwister Hirschfeld in der Brüsseler Str. 54 heimsuchten. Hier verschafften sie sich vom Hofe aus mittels Nachschlüssel Eingang. — Aus der Werkstatt des Fleischwarenfabrikanten Paul Jeske in der Vorurber Str. 16 stahlen Einbrecher mit großer Sachkenntnis die wertvollsten Pneumatikschläuche, Gletschuhdecken, einen Sammi-mantel usw., und zwar von allen Gegenständen die teuersten und neuesten Sorten. — Eine große Menge Fleischwaren aller Art erbeuteten Einbrecher bei einem Schächler in der Kaiser-Friedrich-Str. 59. — Als ein Feinschmecker erwies sich ein Dieb, der vom Hofe eines hiesigen Hotels einen braunen Handkoffer stahl, in dem sich 11 Dosen mit feinem Kaviar im Werte von 850 M. befanden.

Einen groß angelegten Bettelbetrug hat ein Kaufmann und Privataktionär Georg Dargowski von Jülich aus betrieben, wo er jetzt festgenommen worden ist. In der zweiten Hälfte des Dezembers v. J. überschwebte der Gauner von Jülich aus mehrere Städte mit Briefen, denen die Photographie eines kleinen Kindes beigelegt war. Von mildtätigen Leuten suchte er eine Erziehungsbeihilfe für das Kind zu erpressen, dessen Mutter sich aus Verzweiflung das Leben genommen haben soll. Der Gauner, dessen Auslieferung nach Deutschland schon in die Wege geleitet ist, hat bereits die Schwindelbeise eingestanden. Alle eventuell durch diesen Trick Geschädigte wollen sich bei der Inspektion B II der hiesigen Kriminalpolizei melden.

Der Pharus-Verkehrplan Groß-Berlin erscheint als Buchhandlungsausgabe des Berliner Adreßbuchplanes am 1. Februar 1912. Der Plan umfaßt Berlin mit seinen Vororten, die durch verschiedene Farbtonung gegeneinander kenntlich gemacht sind. Das Gebiet Groß-Berlins ist in dem Maßstab 1:27 000 bei dem Format von circa 95:125 Zentimeter gebracht. Die Ausgabe ist in sämtlichen Buchhandlungen und im Pharus-Verlag zum Preise von 2,50 Mark käuflich.

Unter der Firma „Berliner Hippodrom-Gesellschaft“ hat sich eine Kapitalstärke, teils aus deutschen, teils aus ausländischen Aktionären bestehende Gesellschaft gebildet, welche den Sportplatz für längere Zeit gepachtet hat, um dortselbst — ab 16. Februar — Schaustellungen amerikanischer Art zu bringen. Leiter des Unternehmens ist der in Artistenkreisen bekannte Manager Herr Paul Reue.

Verlegte Poliklinik. Die früher im Hause Karlstr. 31 befindlich gewesene Ohren-, Nasen- und Halspoliklinik ist jetzt ins Nebenhaus Ude Karl- und Albrechtstraße verlegt. Eingang ist Albrechtstr. 24. Sprechzeit 11—1. Auch ist damit eine Poliklinik für Lungenerkrankungen verbunden.

Berlener gegangen ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in der Nähe des Silesischen Bahnhofs ein Paket (Inhalt: eine kleine Altkostsche mit diversen Quittungsformularen). Finder wird gebeten, dieselbe Nummernburg, Sonntagstr. 27, Gartenhaus I, bei Bedelowsky abzugeben.

Am Donnerstag, den 26., verlor ein Arbeiter seinen Arbeiter-Rotizalender, der für den Inhaber wichtige Papiere enthält, auch die Sammelliste zur Reichstagswahl Nr. 11 834 (bis jetzt gezählt 2,65 M.). Die Papiere sind für andere wertlos. Der Finder wird um Abgabe an Albert Schröder, Charlottenburg, Kantstraße 88, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Vorernährung der Mütter. Die Stadt Charlottenburg hat dem Hauspflegeverein eine Summe zur Verfügung gestellt, aus der an unermittelte oder wenig bemittelte Schwangere vier Wochen vor der Entbindung und für die Zeit des Wochenbettes Beihilfen gewährt werden sollen, um sie für ihre Aufgabe des Selbsthaltens vorzubereiten. Die Beihilfe besteht meist in der Verabreichung eines kräftigen Mittagessens oder in der Lieferung sonstiger Lebensmittel. Zu diesem Zwecke sind folgende Speisungstellen eingerichtet: Charlottenburger Ufer 16, Königsberg 54, Wilmersdorfer Straße 111, Berliner Str. 137 und Alt-Moabit 39. Meldungen werden von der Ernährungsabteilung Marktstr. 71 Dienstags und Freitags zwischen 10 und 11 Uhr vormittags möglichst 6 Wochen vor der erwarteten Entbindung angenommen. Der Hauspflegeverein hat die Verpflichtung übernommen, die von ihm gepflegten Mütter stets rechtzeitig vor dem Aufhören seiner Pflege an die nächste Schlingensfürsorgestelle zu überweisen, damit diese in unmittelbarem Anknüpfung an die Tätigkeit des Hauspflegevereins die weitere Fürsorge übernehmen kann.

Böswillige Klarmierungen der Feuerwehre werden trotz der darauf stehenden harten Strafen immer wieder verübt. Eine Verurteilung von 20 M. wird vom Magistrat denen gewährt, die solche Angaben machen, daß die gerichtliche Bestrafung der Täter erfolgen kann. Erst kürzlich haben zwei hiesige Einwohner die angelegte Verurteilung erhalten. Die Urheber des groben Unfugs wurden vom Schöffengericht mit 50 M. Geldstrafe event. zehn Tagen Gefängnis bezw. mit 2 Wochen Gefängnis bestraft.

Schöneberg.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich vorgestern im Hause Stubenrauchstraße 2a zugetragen. Der 15jährige Sohn Heinrich des in dem genannten Hause wohnenden Gastwirts Lutterfort hatte im Bett gelegen und dann in der Schlafrunkenheit den Gashahn in seiner Schlafstube nicht ganz geschlossen. Am nächsten Morgen wurde der Knabe von seinen Eltern in fast leblosem Zustande aufgefunden; das Zimmer war über und über mit Gas gefüllt. Den mehrschündigen Bemühungen zweier hinzugerufener Ärzte gelang es zwar, den Verunglückten wieder zum Bewußtsein zu bringen, doch mußte der junge Mensch in bedenklichem Zustande nach dem Schöneberger Stranzenhause geschafft werden. Dort ist er am Montagabend der Einwirkung des Gases erlegen.

Lichtenberg.

Lichtenberg Polizeipräsidium. Der „Reichsanzeiger“ macht bekannt, daß die hiesige Polizeiverwaltung zum Polizeipräsidium erhoben worden ist, das fortan von einem Polizeipräsidenten mit dem Range des Oberregierungsrates geleitet wird.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Für ein ausgeschiedenes Mitglied der Armendeputation war Erich zu wählen. Unsere Genossen beantragten zunächst, daß auch Frauen zur Armenpflege zugelassen werden, wie es in anderen Gemeinden bereits geschieht sei. Man hätte sich zwar, unsere Forderung rundweg abzulehnen, suchte aber durch allerlei Kompetenzbedenken und Geschäftsordnungsnüsse eine klare Entscheidung zu umgehen. Erst nach energischem Einspruch unserer Genossen wurde in regulärer Abstimmung der Antrag mit 7 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Allerdings erklärten mehrere Herren, sie hätten lediglich aus dem Grunde dagegen gestimmt, um der Armendeputation die Möglichkeit zu lassen, zu der wichtigen Frage Stellung zu nehmen und geeignete Vorschläge zu machen. Das es aber mit solchen Erklärungen auf sich hat, zeigte sich sofort, als nunmehr unsere Genossen beantragten, unter Hinweis auf ein früher gegebenes positives Verprechen, an Stelle des vom Gemeindevorstand vorgelegenen Gänsemästereibesitzers einen Angehörigen des Arbeiterstandes zu wählen. Der Antrag wurde abgelehnt trotz aller schönen Worte. Nicht sonderbare Dinge kamen zur Sprache bei Erledigung einiger Vorlagen, die sich auf die zu errichtenden höheren Schulen bezogen. Herr Tabebaum, der Deputierter für das Schulwesen, führte bittere Klagen über Schwierigkeiten, die ihm bei seinen Vorarbeiten gerade von Karlshorst bereitet werden. Be-

sonders bemerkenswert ist dabei auch das Verhalten des Kreischulinspektors, der, nach Ansicht des Beigeordneten, seine Befugnisse überschreitet, um neue Hindernisse aufzutürmen. In bezug auf die Leiterin der Schule, Fräulein Horster, erinnerte Genosse Vinzler daran, daß sie seinerzeit namhafte Zuschüsse für ihre Schule aus Gemeindegeldern erhalten habe, weil die Gemeindevertretung von Anfang an das Ziel im Auge hatte, die Schule zu übernehmen. Damals sei wiederholt betont worden, daß genannte Dame mit Unterbilanz arbeite und ohne die Zuschüsse die Schule nicht aufrecht erhalten könne. Als es sich aber um den Abschluß des Uebernahmevertrags handelte, stellte sie außerordentlich hohe Forderungen, die sie mit ihrem beträchtlichen Einnahmeausfall begründete. Man habe ihr entschieden zuviel bewilligt, so daß er wünschte, die Regierung möchte den Vertrag nicht genehmigen, dann würde die Gemeinde viel Geld sparen. Wohl oder übel werde man jedoch zahlen müssen und Fräulein Horster mache ein glänzendes Geschäft. Wegen die Terrangefährlichkeit Karlshorst soll flagrant vorgegangen werden, weil sie ihren Zahlungsvorschriften der Gemeinde gegenüber trotz weitgehender Rücksichtnahme nicht nachgekommen ist. Ein beachtenswerter Antrag wurde vom Gemeindevorstand v. Tresslow gestellt. Dem Antrag liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Die Gemeinde Lichtenberg hat in der Gemarkung Friedrichsfelde ihr Wasserwerk und liefert auch für unseren Ort das Wasser, jedoch zu einem unverhältnismäßig hohen Preise. Nun hat Lichtenberg zwecks besserer Ausnutzung des Werkes mit verschiedenen anderen Gemeinden Wasserlieferungsverträge abgeschlossen. Dadurch ist es nötig geworden, ein weiteres Leitungsrohr im Triftweg zu verlegen. Dagegen sträuben sich die Interessenten, die über den Weg zu verfügen haben. Man behauptet, schon jetzt sei der Grundwasserspiegel um 1½ Meter durch Wasserentnahme gesunken. Dem Gemütsbau drohe Vernichtung und auch der Schloßpark habe bereits schweren Schaden gelitten. Schließlich sei aber auch danach zu trachten, von dem rigorosen Wasserlieferungsvertrag mit Lichtenberg loszukommen, denn ein eigenes Wasserwerk würde das Wasser zum halben Preise wie dem gegenwärtigen liefern können. Deshalb soll der Versuch gemacht werden, daß Lichtenberg nach Verlauf von zwei Jahren von der Verpflichtung der Wasserlieferung entbunden werde.

Weißensee.

Wahlbetrachtungen stellen nicht nur die großen politischen Zeitungen, sondern auch die kleinen sich unpolitisch nennenden Vorortzeitungen an. Auch letzteren verheißt die verblühenden Erfolge der Sozialdemokratie einmal zu — „Gedankenblitzen“. So sieht das hiesige Grundbesitzerorgan, G. m. b. H., das Unglück Trojas schon hereinbrechen. Es sei, so betont das Blatt, unaussprechlich, die Erfolge der Sozialdemokraten bedeuten einen Kasandrakaus, dem eine ungemein stürmische Zeit folgen dürfte. Den Lesern wird dann noch ein Scharfbild an die Wand gemalt; das Blatt hält die Zeit nicht mehr fern, wo die Sozialdemokratie eines schönen Tages durch Befehl erkläre werde, daß von nun an aller Privat- und Eigenbesitz an Grund und Boden in den Kollektivbesitz der Gesellschaft übergehe. Wenn weiter diese 110 Mann es für erforderlich hielten, durch eine Ergänzung des jetzt bestehenden Reichsgesetzes über die Wertzuwachssteuer statt der bisherigen Reichsquote neun Prozent der Steuer für die Reichsbesitzer-Vereine (84 und 14) nicht gleichgültig sein, wie der Reichstag zusammengesetzt sei und wie seine Interessen wahrgenommen werden. So arafel dieses Organ in vielen Feilen und es wundert sich über seine Kollegien, die amtliche „Weißenseer Zeitung“, die sich über die Wahlen im Orte damit hinwegsetze, daß die einzelnen bürgerlichen Parteien für ihre Kandidaten eine erhebliche Arbeit geleistet haben und daß es für sie wichtiger sei, wer der Kreis im Landtage vertritt.

Unter den 7137 sozialdemokratischen Stimmen des hiesigen Ortes befinden sich sicher eine ganze Anzahl Stimmen von Haus- und Grundbesitzern, die unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Druck sozialdemokratisch gestimmt haben, ohne sich große Belohnung um die „Enteignung“ ihres Besitzes zu machen. Vielleicht redet das Hausbesitzerblatt den Lesern noch ein, daß die abgegebenen 1985 bürgerlichen Stimmen lediglich solche von Haus- und Grundbesitzern seien.

Bruchmühle.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm den Bericht der Bezirksleitung entgegen, aus demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl auf 49 männliche und 13 weibliche gestiegen ist. Auch die Zahl der „Vorwärts“-Leseer weist eine Steigerung auf. Die Kassendebüts lassen etwas zu wünschen übrig. Ganz besonders wurde noch auf die bevorstehenden Gemeindevahlen hingewiesen.

Aldershof.

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1912 ist nunmehr fertiggestellt. Die Ausgaben für die Volksschulen sind um beinahe 13 000 M. höher als im Vorjahre. Der Zuschuß für die geborene Schule ist um weitere 9300 M. gestiegen und beträgt jetzt 42 300 M. Trotz dieser Mehrausgaben will der Bürgermeister den Etat balancieren, ohne daß eine Erhöhung der Steuerlast notwendig wird. Ob es ihm gelungen ist, ohne wichtige und andere notwendige Ausgaben zu streichen, bleibt abzuwarten. Der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer beträgt zurzeit 150 Proz.

Rowahed.

Zwei Turnhallen sollen laut Beschluß der Gemeindevertretung in diesem Jahre neu errichtet werden. Für die Gemeindegasse IV macht sich eine solche deshalb notwendig, weil bei dem in diesem Sommer vorzunehmenden Umbau des Fortbildungsschulgebäudes der im Erdgeschoß gelegene frühere Hof, der zurzeit zu Turnzwecken verwendet wird, zu Unterrichtsräumen ausgebaut werden soll. Als Platz für die neue Turnhalle ist das östlich der Gemeindegasse IV, an der Ecke Schornhorst- und Anhaltstraße belegene Gelände vorgesehen. In einem Andau ist der Eingang, ein Turnlehrer- bzw. Samariterzimmer, ein Garderoben- und Waidraum sowie ein Abortraum mit Wifortanlage vorgesehen. Unter dem Abortraum soll die Zentralheizungsanlage Platz finden. Das Reupere des Bauwerks ist dem der Gemeindegassenschule angepaßt. Die Beleuchtung sämtlicher Räume erfolgt durch elektrisches Licht. Das Gebäude erhält Kanalisations- und Wasserleitungsanschlüsse. Der Hof wird befestigt und längs der Vorgartengitter mit breiten Rosenanlagen eingefloßt. Die zweite, für die höhere Mädchenschule bestimmte Turnhalle, die gleichzeitig als Aula benutzt werden kann, soll auf dem zwischen dem jetzigen Schulgrundstück und der Reuen Poststraße belegenen, der Firma A. Vitka gehörigen Gelände errichtet werden, und zwar so, daß der Frontgiebel nach der neuen Straße und die Längsfront mit etwa sieben Meter Abstand von der südlichen Nachbargrenze zu liegen kommt. Das vorhandene Abortgebäude wird verlängert und erhält im Erdgeschoß einen Eingang, ein Turnlehrer- bzw. Samariterzimmer und einen Garderoben- und Waidraum. Das Obergeschoß wird ganz für die Abortanlagen eingerichtet, während im Keller der Kessel für die Zentralheizungsanlage Platz finden soll. Die äußeren Anstichflächen sind denen des Schulgebäudes angepaßt. Die Baukosten beider Turnhallen einschließlich aller Nebenanlagen und Lieferung der erforderlichen Turngeräte sind mit je 35 000 M. veranschlagt.

Gerichts-Zeitung.

Vom Religionsunterricht freireligiöser Kinder.

Das Kammergericht blieb in einer am Donnerstag verhandelten Schulveräußerungsfrage gegen Erengart in Schierstein o. Rhein bei seinem bekannten Standpunkt, daß die Kinder freireligiöser am Religionsunterricht in der Schule teilnehmen müßten, falls sie nicht davon dispensiert seien. Die Revision gegen das Urteil des Landgerichts Wiesbaden, das E. wegen Veräußerung der schul-

mäßigen Religionsstunden durch sein Kind verurteilt hatte, wurde verworfen. Das Kammergericht sprach zugleich aus, daß ein der deutsch-katholischen Gemeinde Wiesbaden durch eine nachlässige Resolution von 1848 verliehenes Privilegium auf die jegliche freireligiöse Gemeinde Wiesbaden nicht mehr Anwendung finden könne, wenn diese sich auch aus der deutsch-katholischen Gemeinde entwickelt habe. Selbst wenn man mit dem Landgericht — im Gegenjah zu einer früheren Entscheidung des Kammergerichts — annehmen wollte, durch die Resolution von 1848 sei damals der deutsch-katholischen Gemeinde das Privilegium verliehen worden, durch eigenen Religionsunterricht der Kinder ihrer Mitglieder vor dem Religionsunterricht in der Schule freizumachen, müßte doch die Revision des Angeklagten verworfen werden. Entscheidend sei die ohne Rechtsirrtum erfolgte Feststellung des Landgerichts, daß die jegliche freireligiöse Gemeinde nicht mehr identisch sei mit der damaligen deutsch-katholischen Gemeinde Wiesbaden. Nach dieser Feststellung könne der vom Sprecher (Prediger) der freireligiösen Gemeinde Wiesbaden den Kindern ihrer Schiersteiner Mitglieder allmähentlich einmal erteilte Unterricht nicht mehr den schulplanmäßigen Religionsunterricht ersetzen. Zu diesem hätte Angeklagter sein Kind schicken müssen, da er einen Dispens nicht hatte.

Aus der Frauenbewegung.

Mutterschutz.

Nicht nur hochgespannte, sondern sogar sehr bescheidene Erwartungen in bezug auf den Mutterschutz hat der Schnapsblockreichstag enttäuscht. Keine obligatorische Hebammenhilfe, keine ausreichende Unterstützung, keine genügende Schonzeit für Schwangere und junge Mütter, das ist das Resultat des lang verprochenen, verheißungsvoll angekündigten Mutterschutzgesetzes durch die Reichsversicherungsordnung. Daß die schwarzblaue Mehrheit es fertig brachte, die bereits allgemein auf acht Wochen festgesetzte Unterstützung und Schonzeit für die in Landkrankenanstalten versicherten Proletarierinnen wieder auf vier Wochen zu erniedrigen, das ist eine unbilligste Schmach der Hochmehrheit für Gottesfurcht und Schnapsliebhaber. Das Versagen der Glaubensritter auf dem Gebiete der Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung enthält in seiner ganzen Rückständigkeit und Arbeiterinnenmifachtung die Krankenkassenstatistik. Sie zeigt, wie wenig bisher nach dieser Richtung geschehen ist, wie notwendig eine ausreichende obligatorische Versicherung und Unterstützung der Schwangeren und jungen Mütter war. Bei aller Anerkennung für die Anstrengungen der Ortskrankenkassen, die befamntlich vielfach unter den ungünstigsten Bedingungen arbeiten, weil sie meistens mit den von Betriebs- und anderen Klassen abgestoßenen wenig widerstandsfähigen Personen belastet werden, bleibt bei der fakultativen Leistung die Mutterschutzversicherung doch nur ein kümmerlich gepflegtes Pflänzchen. Das beweisen folgende Angaben über die Ergebnisse sämtlicher reichsgegliederter Krankenkassen:

	1908	1910
Zahl der Mitglieder	12 324 094	13 069 375
Einnahmen überhaupt M.	333 291 351	379 284 496
Ausgaben	325 054 492	350 545 175
Krankengeld	133 542 335	135 952 829
Schwangeren- und Wöchnerin-Unterstütz.	5 927 722	6 432 231
pr. Mitglied	M. 0,48	0,49
pr. 100 M. Einnahme	1,78	1,69
pr. Krankengeld	4,43	4,73

Natürgemäß ist in den verschiedenen Klassen die Gesamtleistung für die Mutterschutzunterstützung schon wegen der ungleichen Zusammenziehung der Mitgliederzahl sehr verschieden. Die Krankenkassen mit nur sehr wenig weiblichen Mitgliedern können natürlich keine sehr großen Summen für Schwangere und Wöchnerinnen aufwenden. Den angeführten Umstand berücksichtigt, fällt in der nachfolgenden Aufstellung die minimale Leistung der Innungskassen und der Landkrankenanstalten auf. Auf ein Mitglied wurde nämlich an Wöchnerinnen- und Schwangerenunterstützung für das ganze Jahr gezahlt:

	1908	1910
Landkrankenanstalten	—	1 Pf.
Landesrechtliche Hilfskassen	2	1
Eingeschriebene Hilfskassen	3	3
Baukrankenanstalten	3	5
Innungskrankenkassen	14	15
Betriebskrankenanstalten	58	59
Ortskrankenanstalten	64	65
Krankenkassen überhaupt	48	49

Die Landkrankenanstalten haben demnach in dieser Beziehung vollständig verlagert. Die Hilfskassen, die meist als Zuschußkassen benutzt werden, kann man hier ausschalten. Wenig befriedigend ist auch die Leistung der Innungskassen, in denen das städtische Kleinbürgertum dominiert. In den Betriebskassen haben sich die Verhältnisse gegen früher schon etwas gebessert. Da sie in der Textilindustrie und in anderen stark mit weiblichen Arbeitskräften durchsetzten Gewerben vorherrschen, steht ihre Leistung hinter der der Ortskrankenanstalten doch noch weit zurück.

Das Gesamtergebnis ist auf jeden Fall sehr unbefriedigend. Hier zeigt sich ein Manko sozialer Fürsorge, das unbedingt gedeckt werden muß. Es erfordert Gefatomben von Opfern an Gesundheit und Glück, es ist die Quelle maßloser Leiden und der Vernichtung zahlloser Menschenleben!

Freiabend.

Dritter Wahlkreis. Donnerstag, den 1. Februar, abends 8½ Uhr. im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Soal wird an der Tafel bekanntgegeben). Genosse Dr. Grumach spricht über Land-agitation.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet S t u n d e n r a d e 60, von vier bis sechs Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Brief und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Persönliche Antworten sind nicht erlaubt. Anfragen, denen keine Abmahnung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Übrige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. J. 600. Im Berliner Adreßbuch, Teil II, unter Postbeamte — G. W. Unerschuldlich. — N. J. 99. Der „Rebeller“-Kassabührer, Offenbach a. M. Bei der Post. — Rixdorf 103. Fragen Sie einen Postmann. — Hofmann 3000 Marie. Ohne weiteres nicht zu beantworten, kommen Sie in die Sprechstunde. — G. B. 115. Je größer die Auflage, je größer der Erfolg.

Leser- und Tischlerklub „Zed. Op.“. Heute Mittwoch, abends 8½ Uhr, bei Reibhardt, Götlicher Straße 58: Vortrag. Gäste willkommen.

Wartbericht von Berlin am 29. Januar 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiß, 40,00—60,00. Nüssen 40,00—50,00. Kartoffeln 10,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Rindfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,30—7,20. 1 Kilogramm Karren 1,00—2,40. Kase 1,20—2,80. Jander 1,60—3,60. Geflügel 1,20—2,60. Braten 1,00—2,00. Schmalz 1,60—3,20. Fette 0,80—1,40. 60 Stück Brot 3,00—24,00.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.